

Ademmer, Martin et al.

Article

Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2019 - Deutsche Konjunktur kühlt ab

Kieler Konjunkturberichte, No. 53

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Ademmer, Martin et al. (2019) : Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2019 - Deutsche Konjunktur kühlt ab, Kieler Konjunkturberichte, No. 53, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/209465>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2019

Abgeschlossen am 12. März 2019



Nr. 53 (2019|Q1)

*Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe,
Salomon Fiedler, Dominik Groll,
Nils Jannsen, Stefan Kooths und
Galina Potjagailo*

INHALTSVERZEICHNIS

Deutsche Konjunktur kühlt ab

Industrieproduktion nur temporär mit höherer Dynamik	6
Das Finanzierungsumfeld bleibt noch längere Zeit günstig	14
Finanzpolitik expansiv ausgerichtet	19
Außenhandel trotz Aufholeffekten verhalten	21
Heimische Absorption verlangsamt sich nur leicht	24
Moderate Dynamik bei der Verbraucherpreisinflation.....	29
Lohnkosten steigen deutlich schneller als Produktivität	31
Beschäftigungsaufbau schwächt sich allmählich ab.....	32
Öffentliche Haushalte: Politik schmelzt Überschüsse ab.....	34
Risiken und Wirtschaftspolitik	39
Literatur	42
Tabellenanhang.....	44

Kasten 1:

<i>Die Bedeutung von Sonderfaktoren für die deutsche Konjunktur – eine Analyse anhand synthetischer Doppelgänger</i>	<i>7</i>
--	----------

Kasten 2:

<i>Zur Bedeutung der Automobilproduktion für den Konjunkturverlauf</i>	<i>11</i>
--	-----------

Kasten 3:

<i>Prognosen des IfW und tatsächliche Entwicklung im Jahr 2018</i>	<i>15</i>
--	-----------

Kasten 4:

<i>Zum Einfluss des Niedrigwassers auf die Körperschaftsteuereinnahmen</i>	<i>35</i>
--	-----------

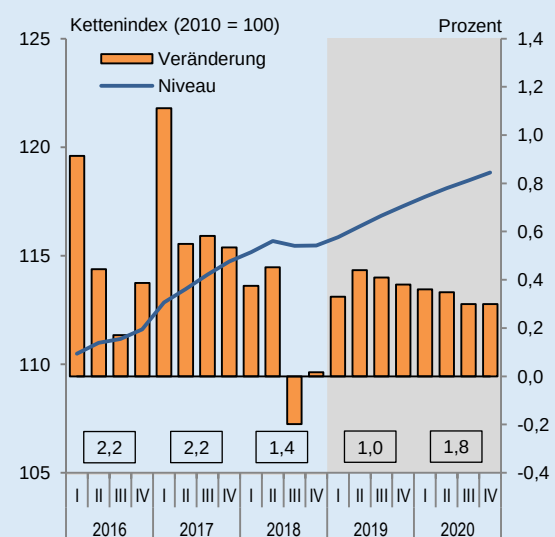
DEUTSCHE KONJUNKTUR KÜHLT AB

*Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler, Dominik Groll,
Nils Jannsen, Stefan Kooths und Galina Potjagailo*

Die deutsche Konjunktur hat einen Gang zurückgeschaltet. Nachdem die konjunkturelle Dynamik in Deutschland bis zur Mitte des vergangenen Jahres noch äußerst hoch war, geriet die Produktion spürbar ins Stocken. Wesentlich dazu beigetragen haben zwar temporäre belastende Faktoren wie die Probleme der Automobilhersteller mit dem neuen WLTP-Standard sowie die niedrigen Pegelstände des Rheins. Allerdings hat sich die konjunkturelle Dynamik auch abgesehen davon verlangsamt. Zu den schlechteren Geschäftsaussichten beigetragen hat nicht zuletzt das außenwirtschaftliche Umfeld, das von einer ausgesprochen hohen politischen Unsicherheit geprägt ist. Dies belastet die Ausfuhren, und auch die Investitionsfreude der Unternehmen hat sich trotz der weiterhin recht hohen Kapazitätsauslastung zuletzt eingetrübt. Zudem behindern Kapazitätsengpässe offenbar die Produktion. So liegt der Anteil der Unternehmen, die über Produktionsbehinderungen aufgrund von Fachkräftemangel und Knappheiten bei Material und Ausrüstungen klagen, seit einiger Zeit auf ungewöhnlich hohem Niveau. Vor diesem Hintergrund haben wir unsere Prognose für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für das laufende Jahr deutlich um 0,8 Prozentpunkte auf 1 Prozent reduziert. Mit dem Auslaufen der temporären Belastungsfaktoren zum Jahreswechsel dürfte sich die Konjunktur wieder fangen. Zudem werden die privaten Konsumausgaben angesichts der kräftig steigenden verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wieder rascher ausgeweitet werden. So planen die Unternehmen, die Beschäftigung weiter zu erhöhen, und die Effektivverdienste dürften angesichts der Knappheiten am Arbeitsmarkt mit überdurchschnittlichen Raten zulegen. Hinzu kommen spürbare Abgabensenkungen und Leistungsausweitungen der öffentlichen Hand. Für das Jahr 2020 rechnen wir mit einer Zuwachsrate von 1,8 Prozent. Diese Beschleunigung ist aber vor allem der deutlich höheren Zahl an Arbeitstagen geschuldet; im Verlauf dürfte sich die Konjunktur weiter verlangsamen. Vor diesem Hintergrund werden sich die Überschüsse der öffentlichen Haushalte deutlich verringern und im Jahr 2020 ein strukturell ausgeglichener Budgetsaldo erreicht sein.

Die zyklischen Expansionskräfte haben sich abgeschwächt, aber das Aufholen der durch Sonderfaktoren bedingten Produktionsausfälle wirkt temporär belebend. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland hat im abgelaufenen Halbjahr stagniert (Abbildung 1; Tabelle 1). Dies ist maßgeblich auf Sondereffekte zurückzuführen, die unseren Schätzungen zufolge das Niveau der Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um mehr als 0,5 Prozent und im vierten Quartal um etwa $\frac{3}{4}$ Prozent gedämpft haben. Diese Sondereffekte gehen vor allem auf produktionsseitige Störungen in der Automobilindustrie und Behinderungen infolge niedriger Pegelstände des Rheins zurück, die wir in unserer Winterprognose ausführlich beschrieben haben (Ademmer et al. 2018b; Ademmer et al. 2019a). Aber auch ohne diese exogenen Bremseffekte hätte sich das Expansionstempo verringert. Darauf deuten insbesondere die

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt 2016–2020



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2018–2020

	2018				2019				2020			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,5	-0,2	0,0	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3
Private Konsumausgaben	0,4	0,2	-0,3	0,2	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Konsumausgaben des Staates	-0,4	0,8	-0,3	1,6	0,1	0,3	0,3	0,7	0,6	0,5	0,4	0,3
Ausrüstungsinvestitionen	2,2	0,3	0,0	0,7	0,4	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4	0,2	0,2
Bauinvestitionen	0,8	0,9	0,7	1,3	0,3	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5
Sonstige Anlagen	-0,5	0,3	0,2	0,5	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Vorratsveränderungen	0,0	0,3	0,9	-0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,4	0,7	0,8	0,0	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Ausfuhr	-0,2	0,8	-0,9	0,7	1,2	1,0	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8
Einfuhr	-0,3	1,5	1,3	0,7	1,6	1,2	1,2	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0
Außenbeitrag	0,0	-0,2	-0,9	0,0	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	44 686	44 779	44 885	45 004	45 129	45 244	45 349	45 444	45 524	45 594	45 654	45 704
Arbeitslose	2 396	2 359	2 323	2 276	2 240	2 204	2 174	2 149	2 127	2 109	2 094	2 083

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

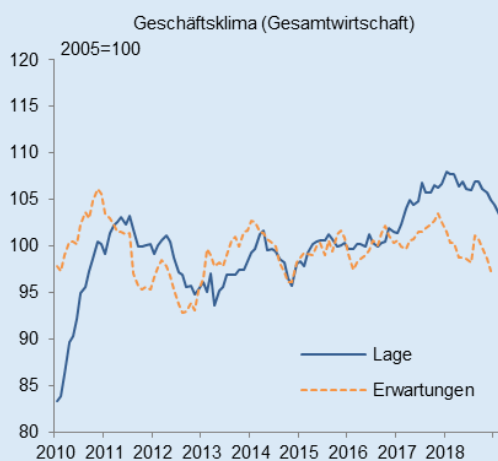
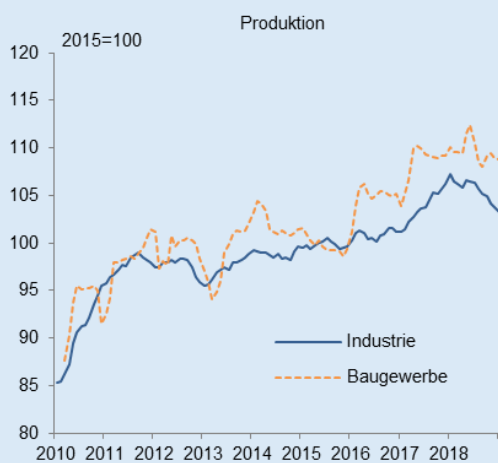
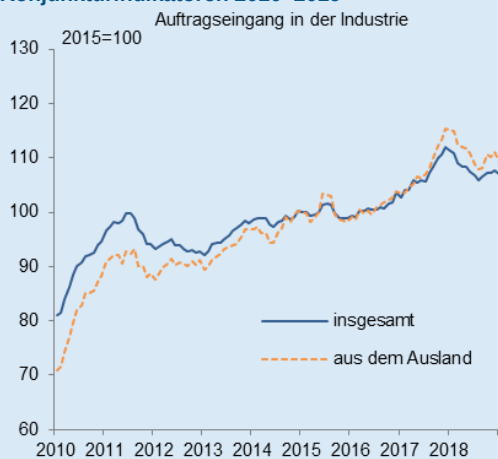
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

eingetrübten Umfragewerte zum Geschäftsklima hin (Abbildung 2). Dies ist zum einen zyklisch bedingt, da der bis zum Sommer des vergangenen Jahres erreichte Auslastungsgrad bereits sehr hoch war, so dass sich die weiteren Expansionsspielräume bei zunehmend kleiner werdenden Kapazitätsreserven verengt haben. Diese zyklisch bedingte Abschwächung war seit längerem abzusehen, auch wenn sich das Einsetzen dieses Effektes nicht quartalsgenau bestimmen lässt. Zum anderen hat sich aber auch das weltwirtschaftliche Umfeld eingetrübt, so dass von den außenwirtschaftlichen Absatzkanälen ein dämpfender Effekt auch auf diejenigen Wirtschaftsbereiche ausgegangen ist, die nicht unmittelbar von den Sondereffekten betroffen waren. Im Ergebnis überlagern sich somit verschiedene Triebkräfte für das kurzfristige Konjunkturbild, die sich nicht trennscharf isolieren lassen. Für die Diagnose am aktuellen Rand ist von Bedeutung, dass die Niedrigwasserphase seit dem Dezember überwunden ist und auch die Fahrzeughersteller die Umstellung auf den neuen WLTP-Standard mittlerweile im Großen und Ganzen bewältigt haben dürften. Für sich genommen wirkt der Wegfall dieser Produktionsbremsen kurzfristig belebend auf die Konjunktur. Hierbei ist zwischen Aufhol- und Nachholeffekten zu unterscheiden. Aufholeffekte rühren daher, dass sich im Zuge der

Rückkehr der Produktion auf den Trendverlauf ohne Sondereffekte die Zuwachsraten temporär beschleunigt. Nachholeffekte treten auf, wenn die zuvor aufgrund von Sondereffekten verminderten Produktionsvolumina durch entsprechende Mehrproduktion zumindest zum Teil kompensiert werden (dies führt temporär zunächst zu höheren und mit dem Auslaufen der Nachholeffekte zu niedrigeren Verlaufsdaten). Da sich die Auftragsreichweiten bei den Unternehmen während der Schwächephase im vergangenen Halbjahr kaum erhöht haben, berücksichtigt unsere Prognose Aufholeffekte auf einen etwas abgeschwächten Trend, während Nachholeffekte nicht in nennenswertem Umfang eingestellt sind.

Die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate der Wirtschaftsleistung unterzeichnet die Expansionskräfte im laufenden Jahr, im kommenden Jahr ist es umgekehrt. Mit dem Auslaufen der Aufholeffekte dürfte ab der zweiten Jahreshälfte 2019 die zyklische Grundtendenz wieder stärker durchschlagen, die auf eine Abkühlung der konjunkturellen Dynamik hinweist. Die von uns für das Gesamtjahr prognostizierte Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 1 Prozent fällt trotz einer kräftigeren Dynamik im Verlauf nochmals schwächer aus

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren 2010–2019



Monatsdaten, saisonbereinigt. Auftragseingang und Produktion als gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; ifo, Konjunkturperspektiven; eigene Berechnungen.

als im Vorjahr, in dem ein Plus von 1,4 Prozent verzeichnet wurde. Maßgeblich hierfür ist die Stagnation im abgelaufenen Halbjahr, wodurch der statistische Überhang in diesem Jahr Null ist (Tabelle 2). In der aus unserer Prognose resultierenden Verlaufsrate (viertes Quartal gegenüber Vorjahresquartal) kommt daher die temporäre Beschleunigung deutlicher zum Ausdruck (1,6 Prozent in diesem Jahr gegenüber 0,6 Prozent im Jahr 2018). Trotz der von uns erwarteten fortschreitenden Abkühlung der Konjunktur nimmt die Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes im kommenden Jahr auf 1,8 Prozent zu. Dies ist aber zum einen auf einen ausgeprägten Arbeitstageeffekt von 0,4 Prozentpunkten zurückzuführen, zum anderen ist in dem Jahresdurchschnittswert ein statistischer Überhang von 0,6 Prozentpunkten enthalten. Die Verlaufsrate verlangsamt sich demgegenüber auf 1,3 Prozent.

Tabelle 2:
Statistische Zerlegung der Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes 2017–2020

	2017	2018	2019	2020
Ursprungswerte	2,2	1,4	1,0	1,8
Kalendereffekt (Prozentpunkte)	-0,3	0,0	0,0	0,4
kalenderbereinigt	2,5	1,5	1,0	1,5
Statistischer Überhang	0,5	0,8	0,0	0,6
Verlaufsrate	2,8	0,6	1,6	1,3

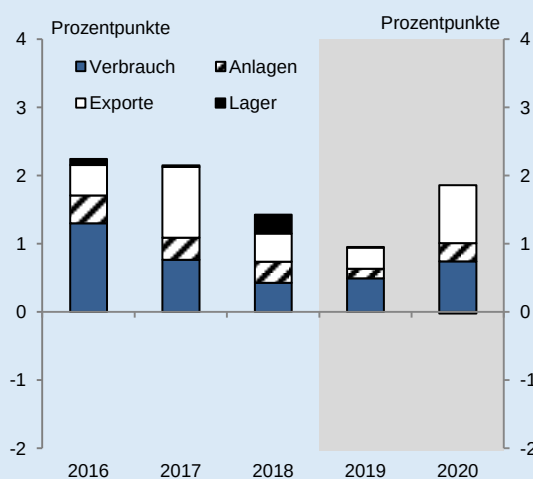
Preisbereinigt, in Prozent; Statistischer Überhang: Jahreszuwachsrate, die sich ergäbe, wenn das Bruttoinlandsprodukt in allen vier Quartalen unverändert bliebe; Verlaufsrate: Vorjahresrate im vierten Quartal auf der Basis saison- und kalenderbereinigter Quartalswerte; Abweichungen bei der Zerlegung rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und Reihe 1.3*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des ifw.

Die binnenwirtschaftlichen Expansionskräfte lassen erst im kommenden Jahr nach. Im laufenden Jahr behält die heimische Absorption (Konsum und Investitionen) ihr Expansions-tempo mit 1,8 Prozent nahezu bei. Rechnet man die Lagerveränderungen heraus, durch die im vergangenen Jahr 0,6 Prozent der erbrachten Wirtschaftsleistung zusätzlich aufgenommen wurden, zeigt sich eine deutliche Beschleunigung von 1,3 Prozent (2018) auf 1,7 Prozent (2019). Maßgeblich hierfür sind die privaten und öffentlichen Konsumausgaben, die im laufenden Jahr mit 1,5 Prozent bzw. 1,9 Prozent kräftig zulegen. Der private Konsum wird sowohl durch die weiterhin aufwärts gerichtete,

wenn auch nicht mehr ganz so stürmische Beschäftigungsentwicklung als auch durch fiskalische Einkommensverbesserungen gestützt. Die Bauinvestitionen werden aller Voraussicht nach ebenfalls weiterhin merklich expandieren, vor allem aufgrund der hohen Wohnungsbautätigkeit und der starken Aufwüchse in den staatlichen Investitionshaushalten. Die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen dürfte in Folge der nachlassenden Kapazitätsauslastung etwas nachgeben. Mit einem Einbruch der Investitionstätigkeit rechnen wir aber nicht, auch weil die Auftragspolster der Unternehmen immer noch gut gefüllt sind. Rechnet man die importierten Vorleistungen heraus, geht rund 1/3 der zusätzlichen Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr auf die Exportsteigerung zurück (Abbildung 3). Allerdings bleibt das Expansionstempo der Ausfuhren aufgrund der konjunkturellen Eintrübung bei wichtigen Handelspartnern mit 2,8 Prozent (nach 2,0 Prozent im Vorjahr) moderat. Die von uns erwartete Beschleunigung auf 4,3 Prozent im kommenden Jahr ist Arbeitstage- und Überhangeffekten geschuldet, die Verlaufsdynamik nimmt unserer Prognose zufolge ab.

Abbildung 3:
Importbereinigte Expansionsbeiträge 2016–2020



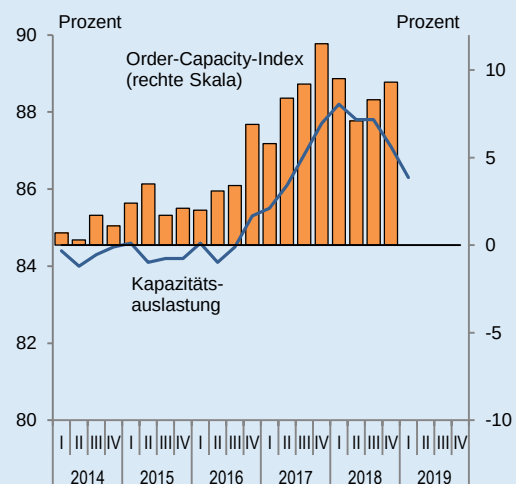
Jahresdaten, preisbereinigt. Berechnung in Anlehnung an Kooths und Stolzenburg (2018).

Quelle: OECD, Input Output Database; Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des Ifw.

Die gesamtwirtschaftliche Auslastung nimmt ab, bleibt aber oberhalb des Normalniveaus. Die deutsche Wirtschaft operiert gegenwärtig weiterhin deutlich oberhalb der Normalauslastung.

tung. Hierauf weisen Umfragen zur Kapazitätsauslastung (Abbildung 4) ebenso hin wie unsere Schätzungen zur Produktionslücke (Ademmer et al. 2019b). Da die Expansionsraten im Prognosezeitraum hinter der Wachstumsrate des Produktionspotenzials zurückbleiben, baut sich die Überauslastung ab. Die darin zum Ausdruck kommende konjunkturelle Abkühlung ist stabilitätspolitisch unbedenklich, solange sich die Abschwungkkräfte nicht in einer Weise verstärken, dass die Normalauslastung merklich unterschritten wird. Dies geht typischerweise mit einem abrupten Einbruch der unternehmerischen Investitionstätigkeit einher, die sich bislang aber nicht abzeichnet.

Abbildung 4:
Kapazitätsauslastung 2014–2019



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

Quelle: ifo Institut, Konjunkturtest; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht.

Industrieproduktion nur temporär mit höherer Dynamik

Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ist im vergangenen Halbjahr aufgrund von Sonderfaktoren deutlich zurückgegangen. Die gesamtwirtschaftliche Stagnation im abgelaufenen Halbjahr war insbesondere der rückläufigen Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe geschuldet, die in der zweiten Jahreshälfte 2018 rund 1,5 Prozent unter ihrem Niveau vom ersten Halbjahr lag. Im

Kasten 1:**Die Bedeutung von Sonderfaktoren für die deutsche Konjunktur – eine Analyse anhand synthetischer Doppelgänger**

Die konjunkturelle Grundtendenz in Deutschland wurde im vergangenen Jahr durch mehrere Sondereffekte überlagert. So führte der Übergang auf den neuen WLTP-Standard ab Sommer 2018 zu einer gedrosselten Fahrzeugproduktion (Kallweit und Jannsen 2018). Zudem schränkten außergewöhnlich niedrige Pegelstände des Rheins die Binnenschifffahrt ein, wodurch es zu Produktionsstörungen kam (Ademmer et al. 2018a: [IfW-Box 2018.17](#); Ademmer et al. 2019a). Im vierten Quartal kam es darüber hinaus zu einem Produktionseinbruch in der Pharmaindustrie, der offenbar ebenfalls Sonderfaktoren und weniger einer allgemeinen konjunkturellen Abkühlung geschuldet war. Im Folgenden wird anhand der sogenannten synthetischen Kontrollmethode versucht, den Einfluss all solcher Faktoren, die vornehmlich die deutsche Konjunktur beeinflusst haben, genauer zu quantifizieren.

Die Idee der synthetischen Kontrollmethode (Abadie und Gardeazabal 2003; Abadie et al. 2014; Born et al. 2017) besteht darin, eine von spezifischen Faktoren betroffene Größe in einem Land – beispielsweise die Industrieproduktion in Deutschland – mit einem synthetischen Doppelgänger zu vergleichen. Der synthetische Doppelgänger wird dabei durch eine gewichtete Kombination aus nicht betroffenen Ländern konstruiert. Die Gewichte der einzelnen Länder werden rein datengetrieben bestimmt und zielen darauf ab, die tatsächliche Entwicklung vor dem Auftreten der Sonderfaktoren möglichst gut nachzubilden. Die Differenz zwischen der tatsächlichen Größe und der des Doppelgängers nach dem Auftreten der Sonderfaktoren wird dann als kausaler Effekt dieser Faktoren interpretiert. Der Doppelgänger stellt also annahmegemäß die kontrafaktische Entwicklung ohne Sondereffekte dar.

Synthetischer Doppelgänger für die Industrieproduktion

Wir konstruieren einen synthetischen Doppelgänger für die Industrieproduktion in Deutschland basierend auf Produktionszahlen von 20 OECD-Ländern.^a Die Gewichte werden anhand des Zeitraums vom ersten Quartal 2012 bis zum ersten Quartal 2018 geschätzt. Wir nehmen an, dass sich der Einfluss der Sonderfaktoren („treatment“) ab dem zweiten Quartal 2018 bemerkbar gemacht hat. Tabelle K1-1 bietet eine Übersicht der 20 Länder und ihrer jeweiligen Gewichte in der Kontrollgruppe. Die größten Gewichte ergeben sich für die Vereinigten Staaten, Belgien, Polen und Schweden. Des Weiteren gehen noch Japan, Österreich, Slowenien und Norwegen mit geringen Gewichten in die Konstruktion des Doppelgängers ein. Alle anderen Länder spielen hingegen keine Rolle.

Tabelle K1-1:**Ländergewichte für synthetischen Doppelgänger (Industrieproduktion)**

Österreich	0,08	Korea	0
Belgien	0,23	Niederlande	0
Kanada	0	Norwegen	0,03
Tschechische Republik	0	Polen	0,13
Dänemark	0	Slowenien	0,04
Finnland	0	Spanien	0
Frankreich	0	Schweden	0,10
Ungarn	0	Taiwan	0
Italien	0	Vereinigtes Königreich	0
Japan	0,09	Vereinigte Staaten	0,31

Quelle: Eigene Berechnungen.

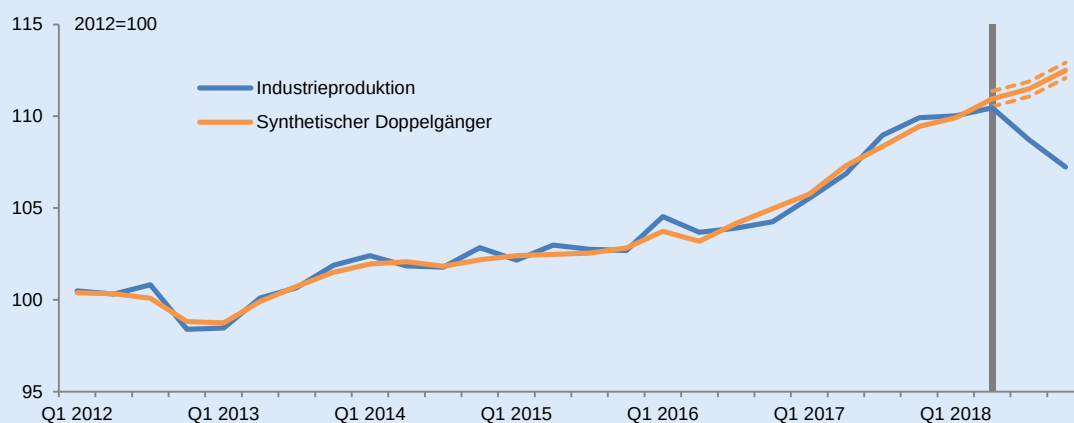
Der synthetische Doppelgänger zeichnet die tatsächliche Entwicklung der Industrieproduktion in Deutschland in den vergangenen Jahren recht gut nach (Abbildung K1-1). Ab dem zweiten Quartal 2018 kam es in Deutschland zu einem Einbruch der Industrieproduktion. In der Kontrollgruppe ist die Industrieproduktion im Post-Treatment Zeitraum hingegen weiter gestiegen. Die Ergebnisse weisen also einen merklichen Einfluss der Sonderfaktoren auf die deutsche Industriekonjunktur aus. Sowohl im dritten als auch im vierten Quartal liegt die Zuwachsrate der tatsächlichen Industrieproduktion rund 2 Prozentpunkte unter der des Doppelgängers. Im Gesamtjahr 2018 wäre die Industrieproduktion in Deutschland den synthetischen Werten zufolge ohne den Einfluss der Sonderfaktoren nicht um 1,2 Prozent, sondern um rund 3,2 Prozent gestiegen.

Robustheitstests

Um die Robustheit dieser Berechnungen zu prüfen, führen wir im Folgenden einige Placebo-Experimente durch (vgl. Born et al. 2017). Zum einen setzen wir den Beginn des Post-Treatment Zeitraums testweise auf das vierte Quartal 2017. Es zeigt sich, dass dies fast keine Auswirkung auf den synthetischen Doppelgänger hat (Abbildung K1-2, links), so dass dieser erst ab dem zweiten Quartal 2018 deutlich von den

tatsächlich beobachteten Werten abweicht. Zum anderen berechnen wir testweise für alle Vergleichsländer, die in der Kontrollgruppe ein Gewicht größer null aufweisen, ebenfalls einen synthetischen Doppelgänger und betrachten wiederum dessen Abweichungen von den tatsächlichen Werten. Wenn in den Vergleichsländern, wie von uns unterstellt, die Sonderfaktoren keine oder wenig Bedeutung hatten, dann sollten die Abweichungen ab dem zweiten Quartal 2018 in diesen Fällen auch nur geringfügig sein. Tatsächlich sind die Abweichungen bei den anderen Ländern im Vergleich zu Deutschland minimal und offenbaren im Post-Treatment-Zeitraum keine Auffälligkeiten (Abbildung K1-2, rechts). Darüber hinaus berechnen wir den Doppelgänger basierend auf einem längeren Schätzzeitraum ab dem Jahr 1996. Dies resultiert in einer annähernd unverändert großen Differenz zwischen den tatsächlichen Werten und dem Doppelgänger im Post-Treatment-Zeitraum. Es zeigt sich allerdings, dass keine Kombination von Vergleichsländern den starken Einbruch der deutschen Industrieproduktion infolge der Finanzkrise genau nachbilden kann.

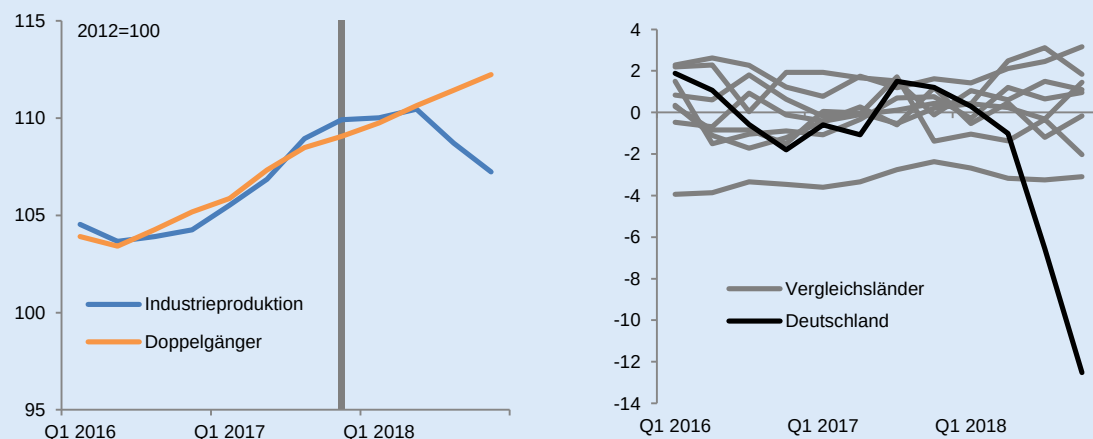
Abbildung K1-1:
Industrieproduktion 2012–2018 und synthetischer Doppelgänger



Quartalsdaten. Industrieproduktion in Deutschland und des Doppelgängers. Gestrichelte Linien geben +/- eine Standardabweichung der Differenz beider Reihen vor dem zweiten Quartal 2018 an.

Quelle: OECD; eigene Berechnungen.

Abbildung K1-2:
Robustheitstests 2016–2018



Links: Industrieproduktion in Deutschland und des Doppelgängers. Fiktiver Post-Treatment-Zeitraum ab dem vierten Quartal 2017. Rechts: Abweichungen der Vergleichsländer von ihrem jeweiligen synthetischen Doppelgänger. Abweichungen zu Vergleichszwecken normalisiert mit der Pre-Treatment-Standardabweichung und zentriert um den jeweiligen Mittelwert im Jahr 2017.

Quelle: OECD; eigene Berechnungen.

Synthetischer Doppelgänger für die Fahrzeugproduktion

Die bisherige Analyse belegt einen signifikanten Einfluss verschiedener deutschlandspezifischer Sondereffekte auf die Industriekonjunktur insgesamt. Da einer dieser Sonderfaktoren (Probleme im Zusammenhang mit dem neuen WLTP-Standard) direkt auf die Automobilbranche gewirkt hat (Kasten 2), wenden wir die synthetische Kontrollmethode auch für die Automobilproduktion an. Zu diesem Zweck vergleichen wir den tatsächlichen Verlauf der Produktion im Bereich Kraftwagen und Kraftwagenteile mit dem Verlauf der Produktion bei einem synthetischen Doppelgänger. Der zugrundeliegende Länderkreis umfasst dabei bis auf wenige datenbedingte Ausnahmen (Finnland, Slowenien, Taiwan) die gleichen Volkswirtschaften wie bei der Analyse für die Industrieproduktion insgesamt. Der Schätzzeitraum für die Bestimmung der Gewichte reicht ebenfalls vom ersten Quartal 2012 bis zum ersten Quartal 2018.

Tabelle K1-2:

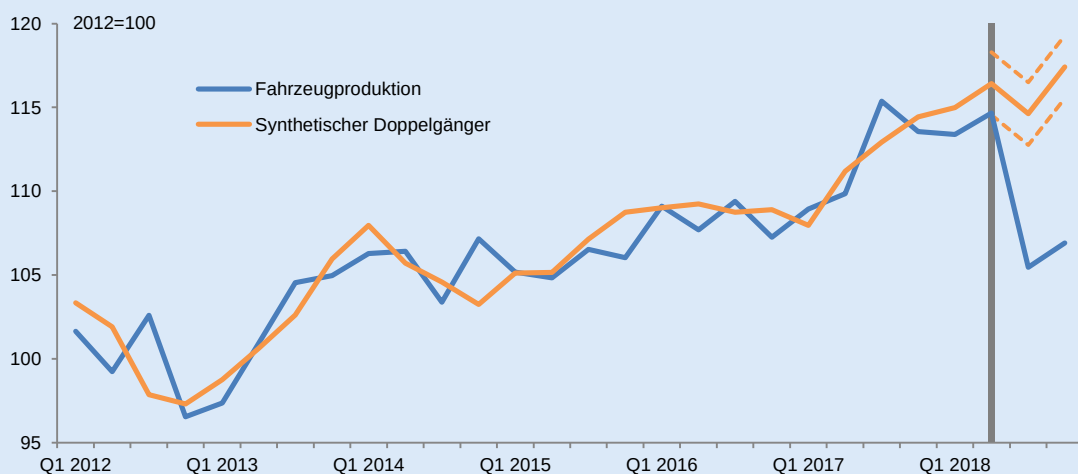
Ländergewichte für synthetischen Doppelgänger (Fahrzeugproduktion)

Österreich	0,34	Korea	0,22
Belgien	0	Niederlande	0
Kanada	0,15	Norwegen	0
Tschechische Republik	0	Polen	0
Dänemark	0,01	Slowenien	-
Finnland	-	Spanien	0
Frankreich	0,07	Schweden	0
Ungarn	0	Taiwan	-
Italien	0	Vereinigtes Königreich	0
Japan	0,21	Vereinigte Staaten	0

Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung K1-3:

Fahrzeugproduktion 2012–2018 und synthetischer Doppelgänger



Quartalsdaten. Fahrzeugproduktion in Deutschland und des Doppelgängers. Gestrichelte Linien geben +/- eine Standardabweichung der Differenz beider Reihen vor dem zweiten Quartal 2018 an.

Quelle: OECD; eigene Berechnungen.

Die größten Gewichte in der Kontrollgruppe für die deutsche Fahrzeugproduktion haben Österreich, Korea, Japan und Kanada (Tabelle K1-2).^b Kleinere Beiträge kommen zudem von Frankreich und Dänemark. Insgesamt zeichnet der synthetische Doppelgänger den tatsächlichen Verlauf der Fahrzeugproduktion in den vergangenen Jahren recht gut nach, auch wenn in einzelnen Quartalen immer wieder etwas größere Abweichungen zu beobachten sind, die kurzfristigen Besonderheiten, wie Arbeitstageeffekten, Streiks oder Krankheitswellen, geschuldet sein können (Abbildung K1-3). Ab dem zweiten Quartal 2018 hat sich die Produktion im Bereich Kraftwagen und Kraftwagenteile in Deutschland jedoch spürbar schwächer entwickelt als es die Entwicklung in den Vergleichsländern nahelegt. Zwar kam es auch bei dem Doppelgänger zu einem leichten Rückgang im dritten Quartal – dazu beigetragen haben dürfte, dass es auch in anderen Ländern zu Problemen mit dem neuen WLTP-Standard kam. Ein Grund dafür, dass das Zulassungsverfahren in Deutschland offenbar zu deutlich größeren Schwierigkeiten als in vielen anderen Ländern geführt hat, könnte in der recht großen Modellvielfalt der deutschen Produzenten liegen, durch die sich der Prüfaufwand vervielfacht hat. Zudem bestehen enge Lieferverflechtungen

zwischen Deutschland und insbesondere den europäischen Nachbarländern. Eine tiefgreifende Abschwächung der Automobilkonjunktur ist in der Kontrollgruppe aber nicht ersichtlich. Im dritten Quartal lag die Zuwachsrate der tatsächlichen Produktion rund 6,5 Prozentpunkte unter der des Doppelgängers, im vierten Quartal etwas mehr als 1 Prozentpunkt. Im Gesamtjahr 2018 hätte sich die Fahrzeugproduktion in Deutschland den synthetischen Werten zufolge ohne den Einfluss der Sonderfaktoren nicht um 1,6 Prozent verringert, sondern wäre um 3,8 Prozent gestiegen.

Fazit

Die Industrieproduktion hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres deutlich abgeschwächt. Zwar hat sich in diesem Zeitraum auch das internationale wirtschaftliche Umfeld eingetrübt. Die Analyse auf Basis der synthetischen Kontrollmethode spricht jedoch dafür, dass die Produktionsrückgänge in der zweiten Jahreshälfte zu einem Großteil auf für Deutschland spezifische Faktoren zurückzuführen sind. Die Zuwachsrate der Industrieproduktion lag sowohl im dritten als auch im vierten Quartal rund 2 Prozentpunkte unter der des Doppelgängers. Bei einem Anteil der Industrieproduktion von etwa 26 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung wäre das Bruttoinlandsprodukt in beiden Quartalen also um etwa 0,5 Prozentpunkte stärker expandiert, wenn sich die Produktion gemäß Doppelgänger entwickelt hätte.

Ein wesentlicher Sonderfaktor waren die Probleme der Automobilhersteller mit dem neuen WLTP-Standard. Die im Vergleich zum Doppelgänger schwächere Automobilproduktion kann dieser Analyse zufolge rund 60 Prozent der niedrigeren Zuwachsrate der Industrieproduktion im dritten Quartal 2018 erklären.^c Da der Produktionsrückgang über Lieferverflechtungen wohl auch in andere Wirtschaftszweige ausgestrahlt hat, könnte die Auswirkung auf die Industrieproduktion sogar noch etwas größer gewesen sein (Kasten 2). Im vierten Quartal dürften dann andere Sondereffekte, z.B. aufgrund des Niedrigwassers und bei der Produktion pharmazeutischer Erzeugnisse, eine größere Rolle als die Störungen in der Automobilindustrie gespielt haben.^d Eine weitere Ursache für die in Deutschland niedrigere Industrieproduktion könnte gewesen sein, dass Produktionsengpässe im Zusammenhang mit der außergewöhnlich hohen Kapazitätsauslastung die Produktion wohl stärker als in vielen anderen Ländern belastet haben. So lag der Anteil der Unternehmen, die über Produktionsbehinderungen aufgrund von Fachkräftemangel und Knappheiten bei Material und Ausrüstungen geklagt haben, im internationalen Vergleich sehr hoch. Alles in allem gehen wir davon aus, dass die nur kurzzeitig belastenden Sonderfaktoren (WLTP-Verfahren, Niedrigwasser, Produktionseinbruch in der Pharmaindustrie) die im Vergleich zum synthetischen Doppelgänger niedrigere Zuwachsrate der Industrieproduktion im dritten Quartal nahezu vollständig und im vierten Quartal zu gut der Hälfte erklären. Demzufolge dämpften diese Belastungsfaktoren das Niveau des Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal um rund 0,5 Prozent und im vierten Quartal um etwa ¾ Prozent.

^aDie Daten stammen von der OECD. In einigen Fällen wird auf nationale Quellen zurückgegriffen und die Produktion im vierten Quartal 2018 anhand der bisher verfügbaren Monatswerte für Oktober und November approximiert. — ^bDie nachfolgenden Ergebnisse ändern sich nur in geringem Maße wenn Österreich als potenzielles Vergleichsland ausgeschlossen wird. Die Anpassungsgüte des Modells wird jedoch schlechter. — ^cDer Fahrzeugbau ist der größte Bereich im Verarbeitenden Gewerbe und hat einen Wertschöpfungsanteil von rund 20 Prozent. — ^dFür eine Analyse der Effekte des Niedrigwassers siehe Ademmer et al. (2019a).

Zuge dessen kam es auch bei den industriellen Unternehmensdienstleistern zu Einbußen. Die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe sowie im Bereich Information und Kommunikation expandierte hingegen lebhaft (Tabelle 3).

Der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe ist maßgeblich auf Sonderfaktoren, die speziell in Deutschland gewirkt haben, zurückzuführen (Kasten 1). So kam es zu Produktionsbehinderungen aufgrund des außergewöhnlichen Niedrigwassers und insbesondere im dritten Quartal zu Störungen in der Automobilindustrie infolge des Übergangs auf den neuen WLTP-Standard (Kasten 2). Im vierten Quartal

kam ein regelrechter Produktionseinbruch von mehr als 20 Prozent bei den Herstellern pharmazeutischer Erzeugnisse hinzu, die einen Anteil von 3,5 Prozent an der Industrieproduktion ausmachen. Dieser dürfte ebenfalls Sonderfaktoren geschuldet sein – in den Quartalen zuvor war die Produktion in diesem Bereich noch stark gestiegen. Unseren Berechnungen zufolge wäre ohne den Einfluss dieser verschiedenen Sonderfaktoren die Zuwachsrate der Industrieproduktion im dritten und vierten Quartal positiv gewesen und hätte im Gesamtjahr 2018 nicht 1,2 Prozent, sondern bis zu über 3 Prozent betragen.

Kasten 2:**Zur Bedeutung der Automobilproduktion für den Konjunkturverlauf**

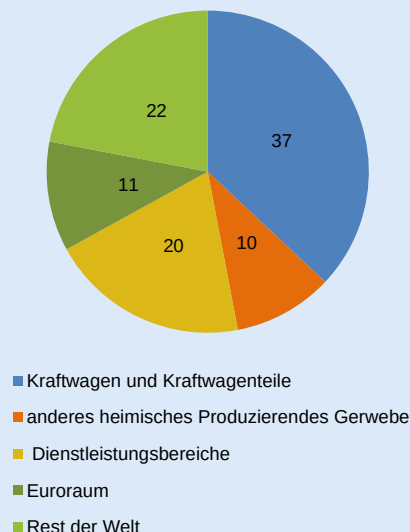
Die Automobilproduktion ist im dritten Quartal des vergangenen Jahres deutlich zurückgegangen. Dieser Rückgang ist auf die Probleme der deutschen Automobilhersteller bei der Umstellung auf den neuen WLTP-Standard zurückzuführen (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2018: Kasten 2.3; Jannsen und Kallweit 2018). Da viele Modellvarianten nicht rechtzeitig das neue Prüfverfahren durchlaufen konnten, drosselten die Hersteller ihre Produktion. Freilich handelt es sich bei diesen Problemen um eine temporäre Produktionsbehinderung, so dass man erwarten könnte, dass sich die Produktion rasch wieder erholt und – sofern ausreichend Kapazitätsreserven bestehen – die zwischenzeitlichen Produktionsausfälle nachgeholt werden. Die andauernde Schwächephase bei der Automobilproduktion sowie die eingetrübten konjunkturellen Aussichten haben jedoch Sorgen genährt, dass die Erholung schwächer ausfallen könnte, als noch vor einigen Monaten absehbar war. Aufgrund der großen Bedeutung der Automobilindustrie für die deutsche Wirtschaft sind diese Zusammenhänge zentral für die Einschätzung der konjunkturellen Grundtendenz in Deutschland.

Nach dem deutlichen Rückgang im Juli lag die Produktion im Wirtschaftsbereich „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ im dritten Quartal des vergangenen Jahres um 8 Prozent unterhalb des durchschnittlichen Niveaus vom Vorquartal. Allein dadurch ist das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal (bei einem Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung von 4,7 Prozent) wohl um etwa 0,35 Prozent gedrückt worden.^a Zudem dürfte der Rückgang aufgrund von Produktionsverflechtungen auch auf andere Wirtschaftsbereiche im In- und Ausland ausgestrahlt haben. So werden gemäß den Input/Output-Verflechtungen für ein im Wirtschaftsbereich Kraftwagen und Kraftwagenteile hergestelltes Endprodukt etwa 37 Prozent der Bruttowertschöpfung in diesem Bereich selbst geleistet (Abbildung K2-1). Etwa 30 Prozent der Bruttowertschöpfung werden in anderen heimischen Wirtschaftszweigen erbracht, wobei knapp 10 Prozent auf andere Zweige des Produzierenden Gewerbes entfallen. Schließlich wird etwa ein Drittel der Bruttowertschöpfung im Ausland geleistet, mit einem Anteil des Euroraums von reichlich 11 Prozent. Demnach könnte das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal über die Produktionsverflechtungen mit anderen inländischen Wirtschaftsbereichen zusätzlich noch einmal um etwa 0,3 Prozent gedrückt worden sein. Es ist allerdings ungewiss, ob sich diese Produktionsrückgänge insbesondere in den Dienstleistungsbereichen in vollem Umfang materialisiert haben, da bekannt war, dass der Produktionseinbruch eine temporäre Ursache hatte.

Eine so wie von uns in der vorausgegangenen Prognose erwartete nachhaltige Erholung hat sich bislang noch nicht eingestellt (Abbildung K2-2). Zwar stieg die Produktion im Dezember kräftig an und näherte sich damit erstmals wieder dem zur Mitte des vergangenen Jahres verzeichneten Niveau an. Allerdings ging sie im Januar wieder deutlich zurück. Eine Ursache für die recht spät einsetzende Erholung der Produktion könnte sein, dass die Hersteller den Absatz zunächst aus ihren Lägern bedient haben. Dies könnte insbesondere dann sichtbare Auswirkungen auf die Produktion gehabt haben, wenn die Hersteller die Produktion im vergangenen Jahr zunächst nicht entsprechend der Absatzrückgänge zurückgefahren haben und so unerwünscht ihre Lagerbestände kräftig gestiegen sind. In der Tat hat sich der Anteil der Pkw-Hersteller, die in Befragungen ihre derzeitigen Lagerbestände als zu hoch beurteilen, seit September spürbar erhöht und lag im Durchschnitt des vierten Quartals deutlich über den in den Vorquartalen verzeichneten Werten. Allerdings sind die Unternehmensbefragungen wohl nur eine grobe Richtschnur für die tatsächliche Lagerentwicklung. Zudem haben sich Produktion und Umsätze von Kraftwagen und Kraftwagenteilen seit Mitte des vergangenen Jahres recht ähnlich entwickelt, was eher auf geringe Schwankungen bei den Lägern hindeutet.

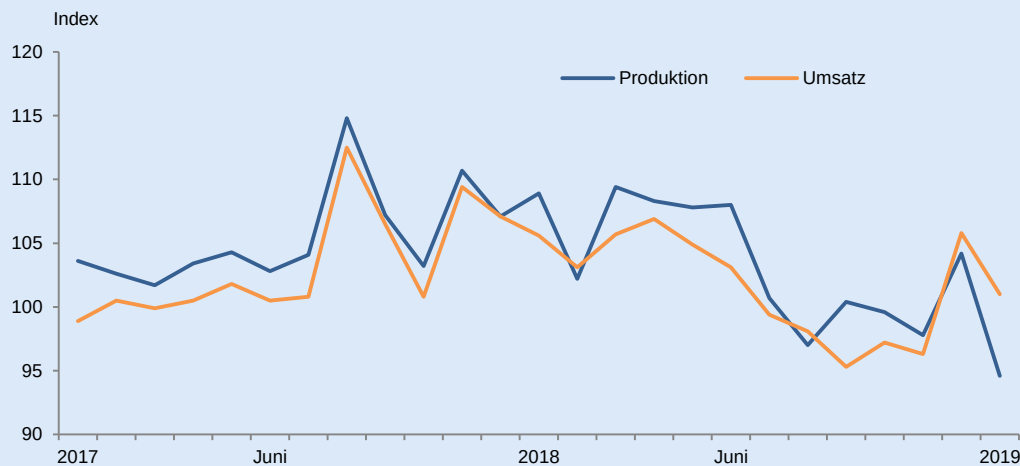
Abbildung K2-1:

Bruttowertschöpfungsanteile für Endprodukte des Wirtschaftsbereichs Kraftwagen und Kraftwagenteile



In Prozent.

Quelle: World-Input-Output-Tabellen für das Jahr 2014; eigene Berechnungen.

Abbildung K2-2:**Produktion und Umsatz im Bereich Kraftwagen und Kraftwagenteile 2017–2019**

Monatsdaten; saison-, kalender- und preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Indizes der Produktion und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe*.

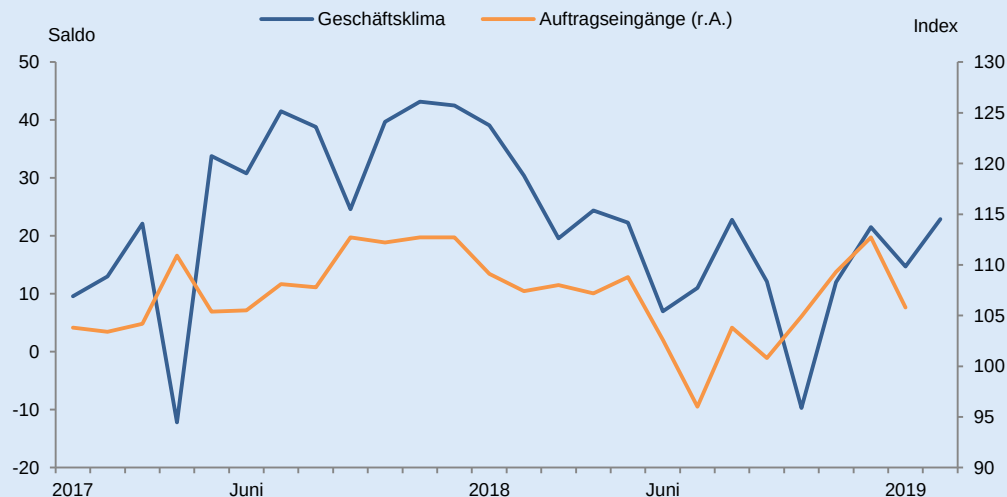
Für den weiteren Verlauf stellt sich die Frage, ob sich die Produktion wieder ihrem zuvor verzeichneten Trend annähert und ob es zu nennenswerten Nachholeffekten der zwischenzeitlich ausgefallenen Produktion kommt. So haben sich zuletzt Sorgen gemehrt, dass die deutschen Automobilhersteller unter einem merklichen Vertrauensverlust leiden („Abgasaffäre“) oder sich die Automobilkonjunktur generell abgeschwächt haben könnte, so dass der zugrundeliegende Produktionstrend mittlerweile deutlich niedriger zu veranschlagen sei als noch zur Mitte des vergangenen Jahres. Gegen einen Vertrauensverlust spricht allerdings, dass sich die Zulassungen von Pkw heimischer Produzenten nicht systematisch schwächer entwickelt haben als die ausländischer Anbieter (Deutsche Bundesbank 2019). Auch war der Anteil von Dieselfahrzeugen an den gesamten Neuzulassungen im Verlauf des vergangenen Jahres zumindest in Deutschland nicht mehr rückläufig, so dass von dieser Seite die Absatzaussichten in den vergangenen Monaten offenbar nicht spürbar belastet worden sind. Allerdings haben die deutschen Automobilhersteller ihre Produktion zuletzt offenbar relativ stärker in ausländischen Produktionsstätten ausgeweitet (VDA 2019). Zwar wäre selbst dann, wenn sich diese Tendenz fortsetzt, mit einer deutlichen Erholung der Produktion von dem im Januar verzeichneten Produktionsniveau zu rechnen. Jedoch dürfte dadurch die Produktion im Prognosezeitraum gedämpft werden.

Die Unternehmenszuversicht von Automobilherstellern unterlag Umfragen zufolge in den vergangenen Monaten teils erheblichen Schwankungen. Insgesamt beurteilten die deutschen Automobilhersteller ihre Geschäftsaussichten zuletzt wieder recht günstig, ohne dabei allerdings das außergewöhnlich hohe Niveau von vor etwa einem Jahr zu erreichen (Abbildung K2-3). Zwar haben sich die Exporterwartungen der Pkw-Hersteller zuletzt eingetrübt, gleichwohl planen sie, ihre Produktion in den kommenden Monaten deutlich auszuweiten. Die Auftragseingänge sind seit Juli wieder spürbar gestiegen, auch wenn es im Januar zu einem Rücksetzer kam. Insgesamt sprechen die Frühindikatoren dafür, dass die Absatzaussichten für die deutschen Automobilhersteller zwar weiterhin aufwärts gerichtet sind, sich aber etwas eingetrübt haben.

Eine Möglichkeit, den quantitativen Einfluss der Probleme mit dem neuen WLTP-Standard abzuschätzen, ist ein Vergleich der Produktionsentwicklung mit anderen Ländern. Dafür ziehen wir die Automobilproduktion in knapp 20 OECD-Ländern heran und bilden daraus einen sogenannten synthetischen Doppelgänger für die Produktion in Deutschland (Kasten 1). Es zeigt sich, dass die Produktion des synthetischen Doppelgängers im dritten Quartal deutlich weniger gesunken ist als in Deutschland. Darüber hinaus erholte sich im vierten Quartal die Produktion beim Doppelgänger stärker und lag merklich über dem zweiten Quartal. Insgesamt lag das Niveau der Automobilproduktion in Deutschland Ende 2018 um knapp 9 Prozent unterhalb der des synthetischen Doppelgängers. Dies spricht dafür, dass der Produktionseinbruch in Deutschland im Wesentlichen auf die Probleme mit dem neuen WLTP-Standard zurückzuführen ist. Ein Grund dafür, warum das neue Prüfverfahren in Deutschland offenbar zu deutlich größeren Problemen als in vielen anderen Ländern, in denen es zeitgleich bindend wurde, geführt hat, könnte in der recht großen Modellvielfalt der deutschen Produzenten liegen, durch die der Prüfaufwand um ein Vielfaches größer war.

Alles in allem gehen wir davon aus, dass sich die Automobilproduktion in Deutschland im Verlauf des ersten Halbjahres vom Einbruch des vergangenen Jahres erholen wird. Zwar ist sie im Januar noch einmal deutlich gesunken. Die vorliegenden Produktionszahlen des Verbands der deutschen Automobilindustrie sprechen jedoch dafür, dass die Pkw-Produktion bereits im Februar wieder spürbar anziehen wird. Eine große Dynamik wird die Produktion im Verlauf des Jahres aber wohl nicht entfalten, da sich das konjunkturelle Umfeld mittlerweile eingetrübt hat. Mit umfangreichen Nachholeffekten bezüglich der im vergangenen Jahr ausgefallenen Produktion rechnen wir vor diesem Hintergrund derzeit nicht, zumal sich die Auftragsreichweite bei Kfz-Herstellern ausweislich der Angaben des Statistischen Bundesamts nur leicht erhöht hat und die Unternehmen ihren Auftragsbestand derzeit nicht als ungewöhnlich hoch bewerten.

Abbildung K2-3:
Geschäftsaussichten und Auftragseingänge in der Automobilbranche 2017–2019



Monatsdaten; saisonbereinigt; Auftragseingang: preisbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*.

^aDer Rückgang der Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe im dritten Quartal in Höhe von 1,6 Prozent lässt sich rechnerisch vollständig durch den Produktionsrückgang bei Kraftwagen und Kraftwagenteilen erklären.

Das Aufholen der durch Sonderfaktoren bedingten Produktionsausfälle wirkt temporär belebend. Da die Produktionsbehinderungen aufgrund des neuen WLTP-Standards und des Niedrigwassers ausgelaufen sind, dürfte sich die Produktion im Verlauf der ersten Jahreshälfte wieder erholen. Im Januar ging die Industrieproduktion zwar um 1,2 Prozent gegenüber dem Vormonat zurück. Maßgeblich war ein neuerlicher Produktionseinbruch bei den Pkw-Herstellern. Die vorliegenden Produktionszahlen des Verbands der deutschen Automobilindustrie sprechen jedoch für einen kräftigen Anstieg im Februar. Insgesamt wird die Produktion ihren vorherigen Expansionspfad wohl vorerst nicht mehr erreichen, da sich die konjunkturelle Dynamik mittlerweile verlangsamt hat; darauf deuten die Frühindikatoren hin. Auch mit

kurzfristigen Produktionsspitzen, um die im vergangenen Halbjahr ausgefallene Produktion nachzuholen, rechnen wir vor diesem Hintergrund nicht, zumal sich die Auftragsreichweite in den vergangenen Monaten kaum erhöht hat und die Unternehmen ihren Auftragsbestand deutlich schlechter einschätzen als noch zur Mitte des vergangenen Jahres. Im Zuge der Erholung im Verarbeitenden Gewerbe wird voraussichtlich auch die Bruttowertschöpfung bei den Unternehmensdienstleistern wieder anziehen. Der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr dürfte angesichts der etwas stärkeren Dynamik des privaten Konsums in den kommenden Quartalen wieder robuste Expansionsraten verzeichnen, und im Baugewerbe dürfte das hohe Expansionstempo beibehalten werden.

Tabelle 3:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2018–2019

	2018		2019			
	III	IV	I	II	III	IV
<i>Saison- und kalenderbereinigte Werte: Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent</i>						
Bruttoinlandsprodukt	-0,2	0,0	0,3	0,4	0,4	0,4
Bruttowertschöpfung	-0,1	0,0	0,3	0,4	0,4	0,4
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-0,9	-1,0	0,0	0,8	0,5	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	-1,3	-0,7	0,0	0,8	0,5	0,4
Baugewerbe	0,8	2,2	0,4	0,7	0,7	0,7
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-0,4	0,4	0,7	0,6	0,6	0,5
Information und Kommunikation	1,0	0,6	0,4	0,3	0,4	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,0	0,3	0,1	0,1	0,1	0,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	-0,4	-0,4	0,2	0,3	0,4	0,4
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Sonstige Dienstleister	0,0	-0,1	0,1	0,1	0,1	0,1

Quartalsdaten, preisbereinigt.

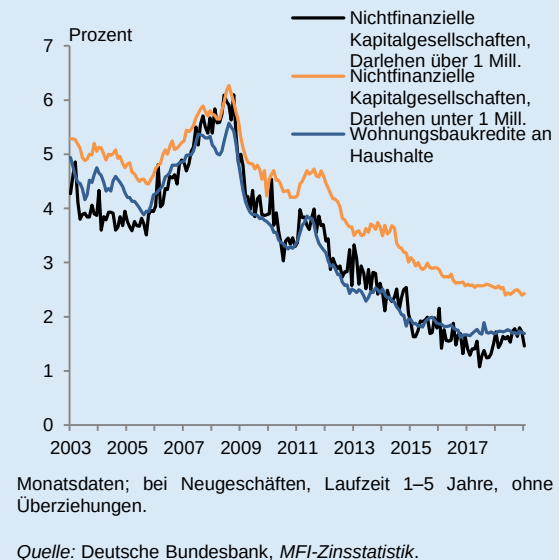
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Das Finanzierungsumfeld bleibt noch längere Zeit günstig

Die Europäische Zentralbank ergreift weitere Lockerungsmaßnahmen. Auf der Ratssitzung vom 7. März wurde beschlossen, eine weitere Serie von gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften aufzulegen. Von September 2019 bis März 2021 sollen entsprechende Gelder jeweils für eine Laufzeit von zwei Jahren vergeben werden. Darüber hinaus sollen noch mindestens bis März 2021 die Kreditgeschäfte des Eurosystems als Mengentender mit Vollzuteilung durchgeführt werden. Weiterhin sollen Tilgungsbeträge fällig werdender Anleihen aus dem Wertpapierkaufprogramm für längere Zeit nach einer etwaigen Leitzinserhöhung reinvestiert werden. Ein solcher erster Zinsschritt soll laut EZB nicht vor Ablauf des Jahres 2019 erfolgen. Wir rechnen damit, dass er frühestens in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres erfolgen wird.

Die günstigen Finanzierungsbedingungen bleiben bestehen. Die Darlehenszinsen halten ihr niedriges Niveau: Im Januar lagen sie, jeweils für Restlaufzeiten zwischen einem und fünf Jahren, für kleinere Unternehmenskredite bei 2,4 Prozent, für größere Unternehmenskredite bei 1,5 Prozent und für Wohnungsbaukredite bei 1,7 Prozent (Abbildung 5). Etwas teurer

Abbildung 5:
Darlehenszinsen 2003–2019



fiel die Unternehmensfinanzierung mittels Anleihen aus. Bei mittleren Restlaufzeiten von über drei Jahren wurden sie im Februar mit 3,0 Prozent verzinst – gegenüber 2,1 Prozent vor einem Jahr. Dabei weitete sich der Zinsabstand zu Bundesanleihen ähnlicher Laufzeit, deren Verzinsung binnen Jahresfrist von 0,5 Prozent auf zuletzt 0,1 Prozent gefallen war, deutlich aus (Abbildung 6). Währenddessen zeigte sich der deutsche Unternehmenssektor insgesamt robust: Zahl und Umfang von Insolvenzen

Kasten 3:**Prognosen des IfW und tatsächliche Entwicklung im Jahr 2018**

Das Bruttoinlandsprodukt expandierte im Jahr 2018 deutlich langsamer, als wir im Frühjahr des vergangenen Jahres erwartet hatten. Während wir von einem Anstieg in Höhe von 2,5 Prozent ausgegangen waren, legte die gesamtwirtschaftliche Produktion gemäß den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamts lediglich um 1,4 Prozent zu. Insgesamt ist der Prognosefehler in Höhe von 1,1 Prozentpunkten recht groß (Tabelle K3-1). In den Jahren von 1994 bis 2017 lag der durchschnittliche absolute Prognosefehler in den Frühjahrsprognosen des IfW bei 0,6 Prozentpunkten; zwischen den Jahren 2011 und 2017 betrug er durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte. Allerdings ist es nicht ungewöhnlich, dass die Prognosefehler in Zeiten von konjunkturellen Eintrübungen vergleichsweise hoch ausfallen (Dovern und Jannsen 2017a; Dovern und Jannsen 2017b).

Tabelle : K3-1**Prognosen des IfW und tatsächliche Entwicklung für das Jahr 2018**

	Statisti- sches Bundes- amt	Frühjahrs- prognose		Sommer- prognose		Herbst- prognose		Winter- prognose	
	Ist-Wert	Prog- nose	Fehler (2)-(1)	Prog- nose	Fehler (4)-(1)	Prog- nose	Fehler (6)-(1)	Prog- nose	Fehler (8)-(1)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Deutsche Wirtschaft:									
Inländische Verwendung	1,9	2,3	0,4	1,9	0,0	2,1	0,2	2,0	0,1
Privater Konsum	1,0	1,7	0,7	1,6	0,6	1,5	0,5	1,1	0,1
Staatlicher Konsum	1,0	1,8	0,8	1,2	0,2	1,1	0,1	1,0	0,0
Ausrüstungen	4,2	5,7	1,5	3,8	-0,4	4,7	0,5	4,2	0,0
Bauten	2,4	1,6	-0,8	4,1	1,7	3,0	0,6	3,3	0,9
Sonst. Anlageinvestitionen	0,4	3,5	3,1	3,8	3,4	0,6	0,2	0,4	0,0
Vorratsveränderungen	0,6	0,2	-0,4	-0,1	-0,7	0,3	-0,3	0,5	-0,1
Außenbeitrag	-0,4	0,4	0,8	0,2	0,6	0,0	0,4	-0,4	0,0
Ausfuhr	2,0	6,2	4,2	3,4	1,4	3,2	1,2	2,0	0,0
Einfuhr	3,3	6,5	3,2	3,6	0,3	3,9	0,6	3,3	0,0
Bruttoinlandsprodukt	1,4	2,5	1,1	2,0	0,6	1,9	0,5	1,5	0,1
Weltwirtschaft:									
Bruttoinlandsprodukt									
USA	2,9	2,9	0,0	2,8	-0,1	2,8	-0,1	2,9	0,0
Euroraum ex. Deutschland	2,0	2,4	0,4	2,1	0,1	2,1	0,1	2,1	0,1
Weltwirtschaft	3,7	4,0	0,3	3,8	0,1	3,8	0,1	3,7	0,0
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	2,1	1,7	-0,4	1,5	-0,6	1,9	-0,2	2,1	0,0
Exportmärkte	2,8	2,8	0,0	2,9	0,1	2,7	-0,1	2,8	0,0
Nachrichtlich:									
Rohölpreis (US-Dollar je Barrel)	71,3	67,1	-	74,2	-	73,5	-	71,6	-

Vorjahresveränderung in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Bruttoinlandsprodukt Weltwirtschaft: Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt nach Kaufkraftparität; Preisliche Wettbewerbsfähigkeit: Auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 56 Ländern, Anstieg bedeutet Verschlechterung; Exportmärkte: Auf Basis des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt) in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Rohölpreis: Werte sind Setzungen; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; US Department of Commerce, *National Economic Accounts*; Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; eigene Berechnungen; Prognosen des IfW.

Die schwächere als von uns erwartete Entwicklung hatte mehrere Ursachen. So kam es in der zweiten Hälfte des Jahres zu temporär belastenden Sonderfaktoren, insbesondere Problemen der Automobilhersteller bei der Umstellung auf den neuen WLTP-Standard (Jannsen und Kallweit 2018) sowie niedrigen Pegelständen des Rheins (Ademmer et al. 2018a: [IfW-Box 2018.17](#)). Beide Faktoren haben zu spürbaren Produktionseinschränkungen geführt und dürften die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt um etwa 0,4 Prozentpunkte reduziert haben. Zudem hat das andauernde fragile internationale Politikumfeld die Konjunktur offenbar stärker belastet, als von uns im Frühjahr erwartet. So sind Indikatoren zur politischen Unsicherheit im Verlauf des Jahres deutlich gestiegen. Parallel dazu haben sich die Exporterwartungen der deutschen Unternehmen, die im Frühjahr des vergangenen Jahres noch auf einem weit überdurchschnittlichen Niveau lagen, sukzessive eingetrübt. Schließlich haben wohl auch noch andere Faktoren, die allerdings nur schwer zu quantifizieren sind, zur konjunkturellen Abschwächung beigetragen. Dazu zählen insbesondere Kapazitätsengpässe, die wohl einer

stärkeren Expansion des Bruttoinlandsprodukts entgegengewirkt haben. So klagten viele Unternehmen, dass Lieferverzögerungen bei Ausrüstungsgütern sowie ein Mangel an geeignetem Fachpersonal ihre Produktion behinderten. Zwar haben wir schon frühzeitig diagnostiziert, dass sich die deutsche Wirtschaft in der Hochkonjunktur befindet und damit die Gefahr eines konjunkturellen Rückschlags hoch ist. Allerdings waren wir im Basisszenario unserer Frühjahrsprognose noch davon ausgegangen, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion nicht allzu sehr durch Kapazitätsengpässe belastet werden würde.

Die Sonderfaktoren spiegeln sich in unseren Prognosefehlern bei den Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts wider. So haben wir sowohl die Zuwachsrate der Ausfuhren also auch die der inländischen Verwendung deutlich überschätzt. In der Folge war auch unsere Erwartung bezüglich des Anstiegs der Einfuhren deutlich zu hoch.

Die schwächere Entwicklung bei den Exporten kann zum Teil durch die dämpfenden Sondereffekte in Zusammenhang mit dem neuen WLTP-Standard sowie dem Niedrigwasser erklärt werden – diese machten sich insbesondere bei den für die gesamten Warenausfuhren anteilmäßig bedeutsamen Exporten von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie chemischen Erzeugnissen bemerkbar. Hingegen hatten wir die Auslandskonjunktur („Exportmärkte“) bereits zu Beginn des Jahres weitgehend korrekt eingeschätzt – diese hätte ausgehend von unseren Schätzmodellen und den damit abgebildeten historischen Zusammenhängen für einen stärkeren Anstieg der Exporte gesprochen. Dies gilt insbesondere für den Rückgang im ersten Quartal des Jahres 2018, als sowohl die kräftige Auslandskonjunktur als auch die Frühindikatoren für den Außenhandel ein sehr positives Bild zeichnen. Die tatsächlich deutlich schwächere Entwicklung dürfte mehreren Ursachen geschuldet sein. Zum Teil dürfte sie eine Konsequenz der zuvor äußerst lebhaften Dynamik sein. Zudem hat die Unsicherheit in Verbindung mit einem drohenden Handelskonflikt und zunehmenden Handelshemmnissen im Verlauf des Jahres offenbar zugenommen und somit die Exporte belastet.^a Auch wenn deutsche Exporteure bislang nicht direkt von Zollerhöhungen betroffen sind und auch die Handelsströme mit den Vereinigten Staaten und China noch keine merklichen Anzeichen von indirekten Effekten zeigen, kann erhöhte Unsicherheit insbesondere im Außenhandel – aufgrund eines hohen Anteils an Investitionsgütern sowie hohen Fixkosten – zu Zurückhaltung bei Auslandsbestellungen führen (Novy und Taylor 2014; Jannsen und Potjagailo 2016: [IfW Box 2016.9](#)). Über diese Aspekte hinaus könnte die im Vergleich zur Auslandskonjunktur schwächere Entwicklung der Exporte auf einen dauerhaften Rückgang der Elastizität zwischen den beiden Größen hinweisen, so wie es vor einiger Zeit für die weltweite Produktion und den Welthandel zu beobachten war (Jannsen 2014: [IfW-Box 2014.9](#)). Bislang liegt hierfür allerdings noch nicht genügend Evidenz vor, um die Modelle strukturell anzupassen, auch weil die zuletzt zahlreich auftretenden Sonderfaktoren den Zusammenhang der Exporte mit der Auslandskonjunktur zeitweise überdeckt haben dürften.

Der private Konsum ist um 0,7 Prozentpunkte weniger stark ausgeweitet worden, als von uns im Frühjahr prognostiziert. Zwar zog das verfügbare Einkommen lediglich geringfügig langsamer an als erwartet. Allerdings stieg die Sparquote im Jahresverlauf spürbar an, während wir von einer unveränderten Quote ausgegangen waren. Im Jahresdurchschnitt lag sie um 0,4 Prozentpunkte höher. Die Sparquote ist nur schwer zu prognostizieren und recht revisionsanfällig, da dem Statistischen Bundesamt für diese Größe zunächst keine Erhebungsdaten vorliegen und sie somit lediglich indirekt erschlossen wird. Deshalb unterstellen wir in der Regel, dass sie sich im Prognosezeitraum allenfalls leicht verändert. Für einen Anstieg der Sparquote im vergangenen Jahr könnten die kräftig gestiegenen Wohnungsbauinvestitionen sprechen, sofern die privaten Haushalte die Ersparnis für ihren Eigenanteil erhöht hätten oder ihr Schuldendienst zugenommen hätte. Allerdings ist bis zuletzt weder die Verschuldung noch der Schuldendienst in Relation zum verfügbaren Einkommen gestiegen (BIS 2019). Gegen einen Anstieg der Sparquote spricht zudem das niedrige Zinsniveau, das Umfragen zufolge die Sparneigung der privaten Haushalte per Saldo eher verringert (Deutsche Bundesbank 2017; ING 2016). Die Ausrüstungsinvestitionen sind im Zuge der eingetrübten Konjunkturaussichten etwas schwächer ausgeweitet worden als von uns erwartet. Bei den sonstigen Anlageinvestitionen trugen die deutlichen Abwärtsrevisionen der zuvor veröffentlichten Werte spürbar zu dem großen Prognosefehler bei.

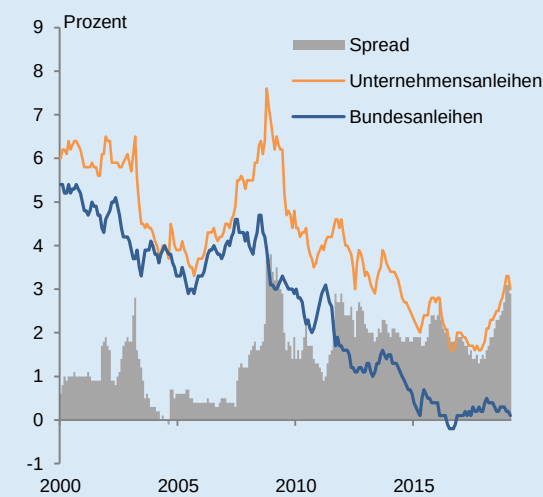
Unsere Prognose für die Zuwachsrate des Staatskonsums von im Frühjahr 1,8 Prozent wurde im Verlauf des Jahres deutlich revidiert. Insbesondere im Sommer haben wir mit Kenntnis des ersten Quartals eine merkliche Anpassung nach unten vorgenommen. Während die Zuwachsrate des nominalen Staatskonsums für das Gesamtjahr bereits im Frühjahr genau getroffen wurde, lag die Prognose für den Deflator deutlich zu niedrig. Insbesondere bei den Vorleistungen gingen wir von einer schwächeren Preisdynamik aus. Ebenfalls wurde der spürbare Anstieg des Deflators bei den Abschreibungen, bedingt durch die höheren Baupreise, unterschätzt.

Im Verlauf des Jahres haben wir unsere Prognosen für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts sukzessive nach unten angepasst. Die Anpassungen erfolgten vor allem, weil unsere Einschätzungen für das jeweils laufende Quartal recht große Fehler aufwiesen, und nicht weil wir unsere Prognosen bezüglich der konjunkturellen Dynamik insgesamt geändert hatten. Der durchschnittliche absolute Prognosefehler für das jeweils laufende Quartal lag in unseren vier Prognosen des Jahres 2018 bei 0,4 Pro-

zentpunkten nach 0,1 Prozentpunkten im Jahr zuvor. Besonders groß fiel der Prognosefehler für das dritte Quartal aus (0,7 Prozentpunkte), da wir weder die großen Probleme im Zusammenhang mit dem neuen WLTP-Standard noch die dämpfenden Effekte der niedrigen Pegelstände des Rheins vorhergesehen hatten. Zwar zeichneten sich diese Sonderfaktoren bereits einige Zeit zuvor ab, allerdings waren die quantitativen Wirkungen sehr schwer abschätzbar. Die Auswirkungen dieser Faktoren wurden erstmals in den Produktionszahlen für den Juli deutlich sichtbar, diese lagen für unsere Herbstprognose jedoch noch nicht vor.

^aSo zeigt ein Indikator für handelspolitische Unsicherheit für die Vereinigten Staaten, der nach der Methode von Baker et al. (2016) von ebendiesen Autoren berechnet wurde, vorübergehende Anstiege kurz nach der Präsidentschaftswahl Ende des Jahres 2016 sowie der Amtsübernahme von Präsident Trump zu Beginn des Jahres 2017, gefolgt von niedrigen Niveaus im Verlauf des Jahres 2017 (Davis 2018). Seit der Zuspitzung des Konflikts im Februar 2018 ist der Indikator erneut deutlich gestiegen und verblieb, nachdem er im Juli seinen Höchstwert erreichte, auf einem deutlich überdurchschnittlichen Niveau.

Abbildung 6:
Kapitalmarktzinsen 2000–2019



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; eigene Berechnungen.

waren im Jahr 2018 noch einmal zurückgegangen (Creditreform 2018) und die Eigenkapitalquote der nichtfinanziellen Unternehmen war bis zum dritten Quartal zwar etwas auf 47 Prozent zurückgegangen (um knapp zwei Prozentpunkte im Vorjahresvergleich), lag aber nach wie vor über ihrem langjährigen Mittel (44 Prozent seit dem Jahr 1999).¹ Allerdings wird der Schuldendienst auch für schwache Unter-

nehmen durch die derzeitige Niedrigzinsphase erleichtert; nachdem diese vorüber ist, werden die Zahlungsschwierigkeiten zunehmen. Auch in anderen Ländern waren die Zinsen auf Unternehmensanleihen im Verlauf des vergangenen Jahres gestiegen, wenngleich sich der Zinsabstand gegenüber den als sicherer Hafen geltenden deutschen Staatsanleihen besonders stark ausweitete. Dies dürfte auch eine Reaktion auf die wirtschaftliche Schwächephase, die insbesondere im abgelaufenen Halbjahr auftrat, und auf die Erwartung einer Straffung der Geldpolitik in den größten Währungsräumen gewesen sein. Mit den Signalen von Seiten der Notenbanken, die auf ein weniger straffes zukünftiges geldpolitisches Umfeld hindeuten, fielen die Zinsen auf Unternehmensanleihen zuletzt wieder. Für den Prognosezeitraum erwarten wir nur sehr langsam steigende Zinsen. Für den dreimonatigen Geldmarktsatz rechnen wir mit einem Anstieg von derzeit -0,3 Prozent auf 0,1 Prozent Ende des Jahres 2020 und für zehnjährige Bundesanleihen mit einem Anstieg von 0,1 Prozent auf 0,4 Prozent (Tabelle 4). Die Finanzierungskosten dürften also auf absehbare Zeit günstig bleiben. Auch die Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken (Bank Lending Survey) deutet derzeit auf ein Fortbestehen des zuvorkommenden Finanzierungsumfelds hin. Per Saldo beließen die Banken ihre Kreditbedingungen unverändert oder vergünstigten sie sogar noch weiter (v.a. bei Wohnungsbaukrediten). Gleichzeitig berichteten die Banken nicht nur, dass die Nachfrage nach Krediten bis zuletzt zugenommen hatte, sondern auch, dass sie mit einem weiteren Anstieg rechneten.

¹ Die Eigenkapitalquote wurde berechnet anhand der von der Deutschen Bundesbank in der Finanzierungsrechnung veröffentlichten Daten.

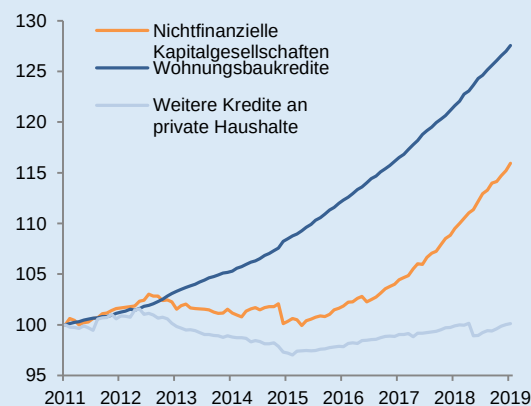
Tabelle 4:
Rahmendaten für die Konjunktur 2017–2020

	2017				2018				2019				2020			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,25	0,25
Langfristige Zinsen	0,3	0,3	0,4	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,4
US-Dollar/Euro	1,07	1,10	1,18	1,18	1,23	1,19	1,16	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	86,3	86,9	89,0	89,1	89,5	89,4	90,2	90,0	89,3	89,1	89,0	88,9	88,8	88,9	89,0	89,1
Exportmärkte	0,79	0,85	0,78	0,78	0,68	0,68	0,55	0,44	0,55	0,55	0,54	0,53	0,52	0,52	0,52	0,52
Rohölpreis	53,6	49,6	52,1	61,4	66,9	74,5	75,1	68,8	63,0	66,2	66,6	66,9	67,2	67,6	67,9	68,2

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 56 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, *Monatsbericht*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; IMF, *International Financial Statistics*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 7:
Kreditsumme 2011–2019

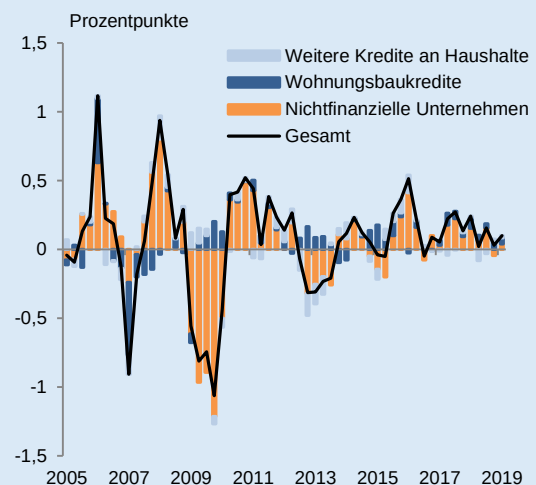


Index: Jan 2011=100; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank: *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*.

Die Kreditexpansion schreitet in unverändertem Tempo voran. Die Kredite an den nichtfinanziellen Sektor insgesamt stiegen im Januar um 4,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Damit wurde das im vergangenen Jahr vorgelegte Tempo gehalten. Auch bei den einzelnen Segmenten kam es kaum zu Veränderungen: Am schnellsten expandierten mit 5,9 Prozent nach wie vor die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen, gefolgt von den Wohnungsbaukrediten, welche um 4,9 Prozent zulegten. Am schwächsten entwickelten sich weiterhin die Konsumenten- und sonstigen Kredite

Abbildung 8:
Kreditimpuls 2005–2019



Quartalsdaten, aktuelles Quartal auf Basis des ersten Monats; Berechnung folgt Biggs et al. (2009). Der Kreditimpuls ist die Veränderung der Kreditexpansion relativ zur Expansion des Bruttoinlandsproduktes.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; eigene Berechnungen.

an private Haushalte mit 0,2 Prozent (Abbildung 7). Alles in allem zeichnet sich ein leicht positiver Impuls von Seiten der Kredite für die konjunkturelle Entwicklung im ersten Quartal ab (Abbildung 8). Die Finanzierung über Anleihen büßte an Attraktivität ein – ihr Volumen lag für die nichtfinanziellen Unternehmen Ende 2018 um 9,5 Prozent unter dem Vorjahreswert. Allerdings hat diese Finanzierungsform mit einem

Anteil von nur drei Prozent an den gesamten Verbindlichkeiten dieser Unternehmen eine geringe Bedeutung.

Finanzpolitik expansiv ausgerichtet

Im Jahr 2019 werden die Leistungen der Sozialversicherungen ausgeweitet. Die Aufstockung der sogenannten Mütterrente um einen halben Rentenpunkt pro Kind, das vor 1992 geboren wurde, wurde zu Jahresbeginn eingeführt und bringt Mehrausgaben von 3,8 Mrd. Euro mit sich. Die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente werden hingegen zunächst nur wenige Mehrausgaben hervorrufen und die Ausweitung der Gleitzone (Midi-Jobs) zu vergleichsweise geringen Mindereinnahmen der Rentenversicherung führen. Ferner dürfte die Angleichung der Ostrenten an das Westniveau im laufenden Jahr einen allerdings nur geringfügigen Ausgabenanstieg bewirken. In der Arbeitslosenversicherung wurde der Beitragssatz um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Allerdings wurden zugleich die Sätze zur sozialen Pflegeversicherung in gleicher Höhe angehoben, da dieser Zweig der Sozialversicherungen im vergangenen Jahr ein spürbares Defizit verzeichnet hatte. Die Wiedereinführung der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung wird mit leicht sinkenden Zusatzbeiträgen begleitet, da die einzelnen Krankenkassen gehalten sind, ihre Rücklagen aufzulösen. Zugleich werden die öffentlichen Arbeitgeber und die Rentenkasse durch höhere Beitragszahlungen an die gesetzliche Krankenversicherung belastet. Es wird zudem zu deutlichen Mehrausgaben im Zuge des Pflegepersonalstärkungsgesetzes kommen, wobei unklar ist, inwieweit die anvisierten Volumina angesichts der Anspannungen in diesem Arbeitsmarktsegment abgerufen werden können. Schließlich führt die Aufstockung des Krankenhausstrukturfonds zu zusätzlichen Ausgaben.

Steuersenkungen und Mehrausgaben für Verteidigung belasten die Haushalte der Gebietskörperschaften. Zu Beginn des Jahres wurde der Einkommensteuertarif an die Inflation der vorangegangenen Jahre angepasst und der

Kinder- sowie der Grundfreibetrag angehoben. Zur Mitte des Jahres wird das Kindergeld um 10 Euro pro Monat und Kind erhöht. Ebenfalls zur Mitte des Jahres wird der Kinderzuschlag steigen. Zu deutlichen Mehrausgaben soll es laut aktueller Haushaltsplanung des Bundes im Bereich Verteidigung kommen, wo der Ansatz um 3 Mrd. Euro über dem des Jahres 2018 liegt. Zudem sind Mehrausgaben durch die Umsetzung verschiedener Maßnahmenpakete der Bundesregierung, wie des Digitalpakts, des Breitbandausbaus, der Förderung der Kitas und der Langzeitarbeitslosen, zu erwarten, wobei wir je nach Art der Maßnahme mit größeren Mittelabflüssen erst in der zweiten Jahreshälfte 2019 oder im Jahr 2020 rechnen. Merkliche Mehreinnahmen werden hingegen bei der Lkw-Maut erwartet, da zum einen die Ausweitung auf alle Bundesstraßen erstmals ganzjährig wirkt und zum anderen entsprechend des jüngsten Wegekostengutachtens zum 1.1.2019 die Mautsätze angehoben werden. Zusätzliche Einnahmen sind auch durch die Versteigerung der Funklizenzen zum Mobilfunkstandard 5G zu erwarten, doch ist angesichts von Verfahrensbeschwerden von Bieterseite unklar, wann und mit welchen Ergebnissen die Auktion durchgeführt wird. Daher werden hier keine zusätzlichen Einnahmen im Prognosezeitraum unterstellt. Schließlich ist aufgrund der guten Kassenlage der Länder und Kommunen mit höheren konsumtiven und investiven Ausgaben auf diesen Ebenen zu rechnen (Boysen-Hogrefe 2018: [IfW-Box 2018.20](#)). Alles in allem werden die Haushalte der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen durch die Maßnahmen der Finanzpolitik merklich mit 23,6 Mrd. Euro belastet. Berücksichtigt man automatische Reaktionen, namentlich die „heimlichen Steuererhöhungen“ im Zuge der progressiven Einkommensteuer sowie die sinkende Steuerlast durch die Konstanz von Mengensteuersätzen, sinkt die Belastung auf 20,2 Mrd. Euro (0,6 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Von der Finanzpolitik geht somit ein spürbarer konjunktureller Impuls aus (Tabelle 5).

Für das Jahr 2020 rechnen wir mit der Umsetzung der „Grundrente“. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene „Grundrente“, die die

Tabelle 5:
Budgetwirkungen finanzpolitischer Maßnahmen 2019–2020^a (Mrd. Euro)

	2019	2020
Einnahmen der Gebietskörperschaften^b		
Alterseinkünftegesetz	-1,4	-1,4
Erhöhung von Kindergeld, Grund- und Kinderfreibetrag 2017 und 2018, Verschiebung der Tarifeckwerte	-0,4	-0,1
Familienentlastungsgesetz	-4,1	-5,3
Steuerliche Forschungsförderung		-0,7
Sonstige steuerliche Maßnahmen	-0,9	0,1
LKW-Maut auf allen Bundesstraßen und Mauterhöhung	1,6	0,0
Kfz-Steuer: Abgaswerteneuberechnung	0,2	0,2
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung 2017 und 2019	7,0	0,2
Senkung der durchschnittlichen Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Kranken- versicherung	-1,0	-0,1
Beiträge zur GKV von Selbstständigen	-0,8	0,0
Beitragssatz zur ALV	-5,9	-0,2
Erweiterung der Midi-Jobs / Gleitzone	-0,2	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Einsparungen bei ALG II durch Familienentlastungsgesetz	0,1	0,1
Parität in der GKV (öffentliche Haushalte als Arbeitgeber)	-0,9	0,0
Gute-KiTa-Gesetz	-0,5	-0,5
Mobilitätsfonds	-0,4	0,5
Kaufbonus E-Mobilität	-0,3	0,3
Hilfe von Bund und Ländern wegen Ernteaussfällen	0,2	0,0
Zusätzliche Personalausgaben bei Bund und Ländern	-0,5	-0,5
Verteidigung	-2,5	-1,0
Entwicklungspolitik	-0,8	-0,1
Baukindergeld	-0,3	0,0
Kinderzuschlag (Starke-Familien-Gesetz)	-0,2	-0,5
Familiengeld (Bayern)	-0,3	0,0
Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose	-1,0	0,0
Digitalpakt	-0,5	-0,5
Breitbandausbau	-0,2	-0,9
BAföG-Reform	-0,2	-0,4
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Reform der Krankenhausversorgung	-1,0	-0,1
Terminservice- und Versorgungsgesetz	-0,5	0,0
Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung	-0,1	-0,1
Anpassung der Renten Ost-West	-0,5	-0,8
Erwerbsminderungsrenten	-0,1	-0,2
Parität in der GKV (KvdR)	-1,4	0,0
„Mütterrente II“	-3,8	0,0
Pflegepersonalstärkungsgesetz	-2,0	-0,3
„Grundrente“		-4,0
Zwischensumme	-23,6	-16,3
Automatische Reaktionen		
Heimliche Steuererhöhungen (Einkommensteuer)	6,1	7,0
Endogener Rückgang von Steuerquoten	-2,7	-3,0
Summe	-20,2	-12,3
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt	-0,6	-0,3

^aOhne makroökonomische Rückwirkungen. — ^bDie Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassensjahr.

Quelle: Bundesfinanzministerium; Bundesgesundheitsministerium; Bundesministerium für Arbeit und Soziales; eigene Berechnungen und Schätzungen.

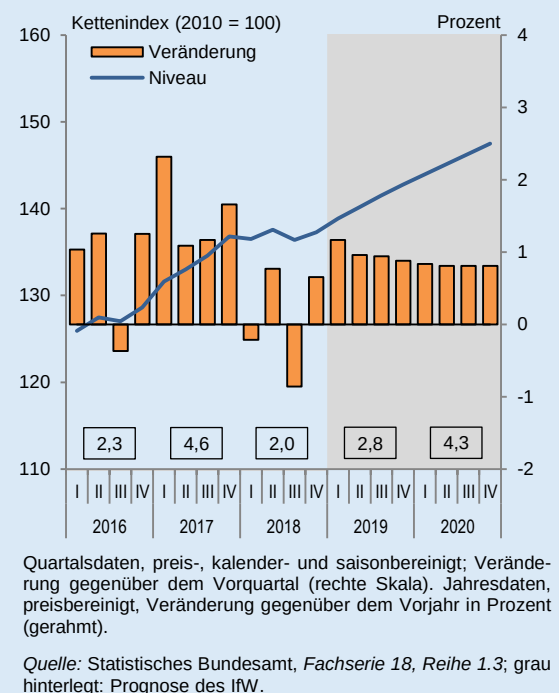
Rentenzahlungen von langjährig Versicherten über das Grundsicherungsniveau bringen soll, dürfte im Jahr 2020 umgesetzt werden. Noch sind wesentliche Details aber unklar, so auch die Frage, ob der Auszahlung eine Bedürftigkeitsprüfung vorausgeht. Für diese Prognose treffen wir die Annahme, dass jährlich Ausgaben von 4 Mrd. Euro zu Lasten der Bundeskasse getätigt werden. Dieser Wert liegt unter dem, was an Ausgaben entsprechend des derzeit kursierenden Vorschlags aus dem Bundesarbeitsministerium wohl angezeigt wäre, aber über dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Volumen. Wir gehen davon aus, dass im Laufe des Jahres ein entsprechender Kompromiss der Koalitionspartner gefunden wird. Ab dem Jahr 2020 sollen zudem die Forschungs- und Entwicklungsausgaben von Unternehmen gesondert steuerlich berücksichtigt werden. Abgesehen von der „Grundrente“ und der steuerlichen Forschungsförderung werden vor allem Maßnahmen, die bereits in den Jahren zuvor implementiert wurden und erst allmählich ihre Wirkung entfalten bzw. erstmalig über ein ganzes Jahr wirken, die Lage der öffentlichen Haushalte beeinflussen. Zu nennen sind zum Beispiel die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten im Wohnungsbau oder die BAföG-Reform. Insgesamt rechnen wir mit Belastungen in Höhe von 16,3 Mrd. Euro. Berücksichtigt man automatische Reaktionen, fällt der Impuls der Finanzpolitik im Jahr 2020 mit 12,3 Mrd. Euro etwas geringer aus (0,3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Außenhandel trotz Aufhol-effekten verhalten

Die Ausfuhren lassen die Schwächephase hinter sich, können aber nicht an die vergangene Dynamik anknüpfen. Die Lieferungen an das Ausland erholten sich im vierten Quartal nur allmählich von ihrer nicht zuletzt durch Sondereffekte ausgelösten Flaute. Während die nominalen Ausfuhren von Kraftwagen und Kraftwagenteilen nach den Einbußen im Zuge der WLTP-Einführung ihr Niveau aus dem Frühsommer erst im Dezember wieder erreichten, gingen die Exporte von chemischen Erzeugnissen wohl in Zusammenhang mit den

Niedrigwasserständen zurück. Einer stärkeren Ausweitung der Ausfuhren stand insgesamt auch die Verlangsamung der Konjunktur in wichtigen Absatzmärkten im Weg. Insgesamt expandierten die Ausfuhren im Jahr 2018 mit 2 Prozent deutlich langsamer als im Jahr zuvor (4,6 Prozent). Im Prognosezeitraum dürften die Exporte wieder lebhafter zulegen, ihre Zuwachsraten werden allerdings aufgrund der sich abkühlenden Weltkonjunktur wohl nicht an die des Jahres 2017 heranreichen (Abbildung 9).

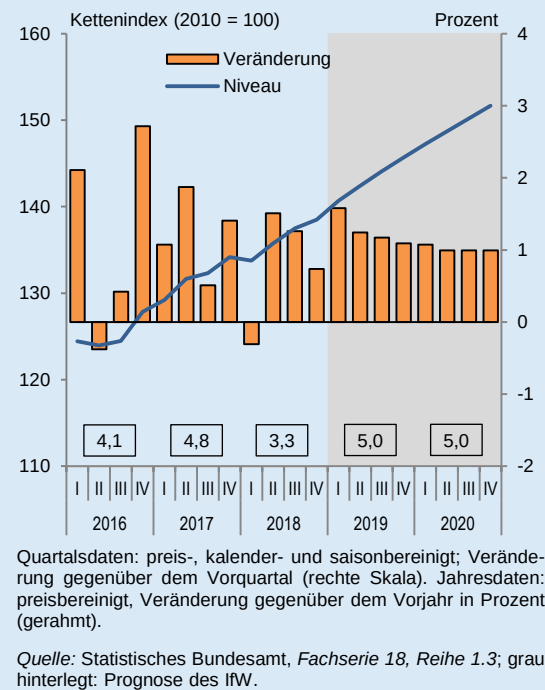
Abbildung 9:
Exporte 2016–2020



Die Einfuhren stiegen im Sommerhalbjahr kräftig und büßten zum Jahresende an Tempo ein, wohl auch weil noch reichlich importierte Güter auf Lager waren. Insgesamt war die Zunahme der Importe im Jahr 2018 mit 3,3 Prozent schwächer als im Jahr zuvor (4,8 Prozent). Im Prognosezeitraum werden die Einfuhren im Einklang mit der Dynamik der Binnenkonjunktur mit recht kräftigen, jedoch im Verlauf abnehmenden Raten expandieren (Abbildung 10).

Die Dynamik der Ausfuhren ließ im vergangenen Jahr gegenüber allen Absatzregionen nach. Die nominale Warenausfuhr in den Euroraum wurde mit 4,6 Prozent zwar deutlich, aber weniger stark als im Vorjahr (7,5 Prozent) ausge-

Abbildung 10:
Importe 2016–2020



weitete. Auch die Ausfuhren nach China legten – vor allem in der ersten Jahreshälfte – recht kräftig zu; ihr Anteil an den deutschen Wareneinfuhren stieg auf über 7 Prozent. Zum Jahresende stagnierten die Lieferungen nach China jedoch; im Einklang damit verloren die chinesischen Importe seitens mehrerer Lieferländer in der zweiten Jahreshälfte 2018 spürbar an Fahrt, nachdem sich die chinesische Konjunktur vor dem Hintergrund des Handelskonflikts und einer restriktiveren Kreditvergabepolitik im vergangenen Jahr merklich abgekühlt hat (Gern und Hauber 2019). Die Vereinigten Staaten blieben Deutschlands wichtigstes Abnehmerland; die nominalen Ausfuhren dorthin expandierten jedoch in vergleichsweise mäßigem Tempo (1,7 Prozent; 2017: 5,8 Prozent). Die Lieferungen in das Vereinigte Königreich gingen, wie schon im Jahr 2016, um 4 Prozent zurück; insgesamt sank der Anteil des Landes an den deutschen Warenexporten seit dem Brexit-Votum um 1,4 Prozentpunkte auf 6,2 Prozent. Nach Russland wurde nur geringfügig mehr exportiert als im Jahr zuvor. Auch die Ausfuhren in die ölexportierenden Länder fielen das dritte Jahr in Folge – ihr Anteil an den gesamten deutschen Warenexporten ging auf unter 2 Prozent zurück,

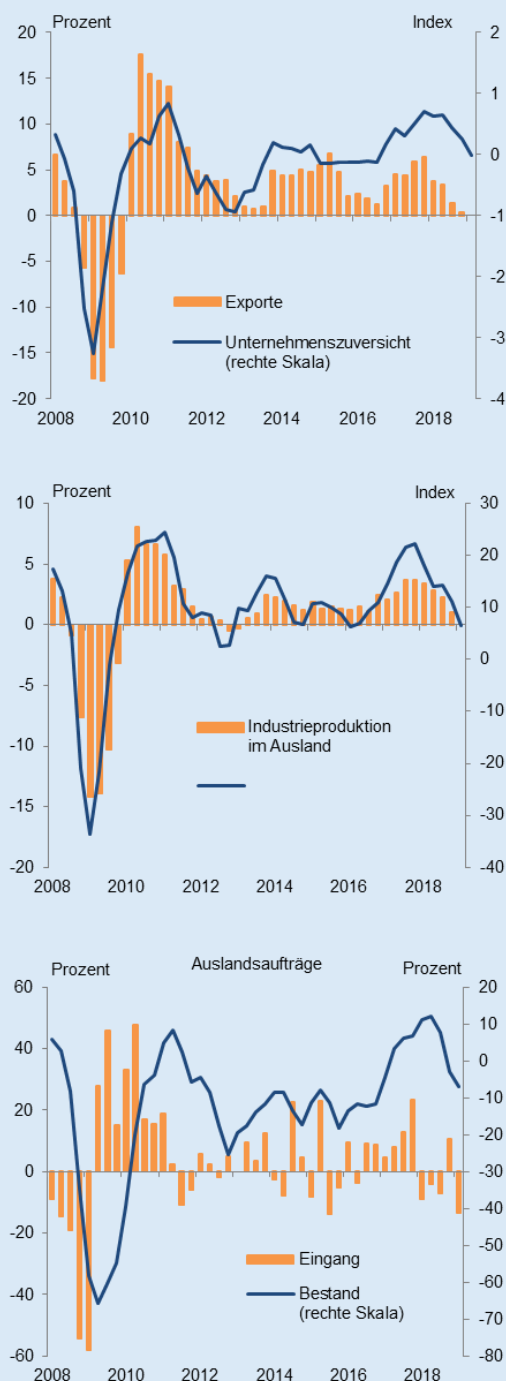
nach einem Höchstwert von über 3 Prozent im Jahr 2015.

Zu Jahresbeginn dürften die Exporte etwas stärker zulegen. Zwar zeichnen einige Frühindikatoren ein schwaches Bild: so sind die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe ausweislich des ifo Konjunkturtests sowie die Produktionserwartungen in den Abnehmerländern um die Jahreswende spürbar gefallen und befinden sich nun leicht unter ihren langjährigen Durchschnittsniveaus (Abbildung 11). Auch die Auftragseingänge aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe gingen im Januar zurück. Hingegen fiel die Unsicherheit in den Abnehmerländern nach einem Zwischenhoch wieder (Abbildung 12). Zudem deuten die preisbereinigten Wareneinfuhren im Spezialhandel auf einen spürbaren Anstieg hin. Dahinter dürften nicht zuletzt Aufholeffekte nach den Produktions- und Lieferschwierigkeiten vom vergangenen Herbst stehen.

Im weiteren Prognosezeitraum expandieren die Ausfuhren in verhaltenem Tempo. So hat sich die Weltkonjunktur zuletzt etwas abgekühlt (Gern et al. 2019). Der Welthandel sowie die Konjunktur in den deutschen Exportmärkten haben sich sogar deutlich eingetrübt. Die Exportmärkte dürften im Prognosezentrum aber wieder spürbar, mit Jahresraten von über 2 Prozent expandieren (Abbildung 13). Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit hat sich wohl mit der leichten Abwertung des effektiven Wechselkurses zu Jahresbeginn verbessert, was die Ausfuhren im laufenden Jahr etwas anregt; im weiteren Verlauf sind nur mehr geringfügige Verbesserungen angelegt (Abbildung 14). Insgesamt prognostizieren wir für die Ausfuhren Zuwachsraten von 2,8 Prozent im laufenden Jahr und 4,3 Prozent im Jahr 2020; die steigenden Jahresraten spiegeln Überhangeffekte und den Kalendereffekt im Jahr 2020 wider.

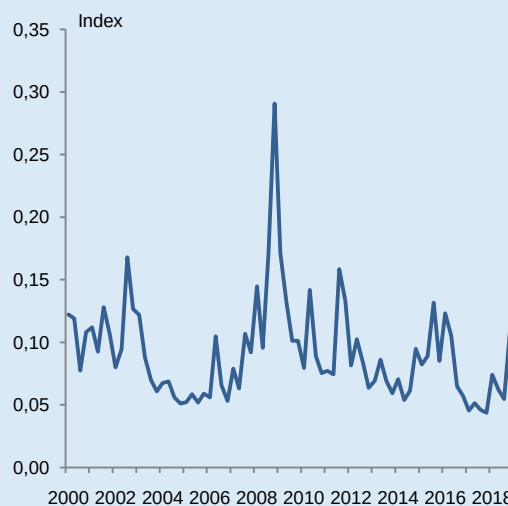
Die Einfuhren expandieren im Prognosezeitraum weiterhin stärker als die Ausfuhren. Für das erste Quartal deuten die preisbereinigten Wareneinfuhren im Spezialhandel auf eine kräftige Ausweitung der Importe hin. Im weiteren Verlauf werden die Einfuhren zunächst weiter deutlich zulegen, dann aber an Tempo einbüßen, im Einklang mit der Dynamik der

Abbildung 11:
Exportindikatoren 2008–2018



Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Thomson Financial Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

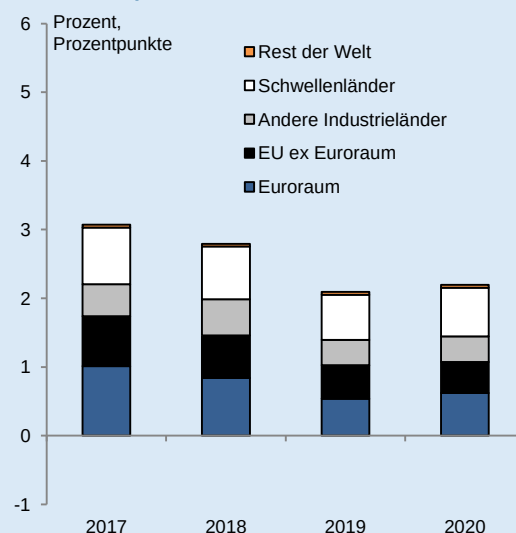
Abbildung 12:
Unsicherheit in den deutschen Abnehmerländern
2000–2018



Quartalsdaten; Unsicherheit auf Basis von Aktienkursvolatilitäten in 46 Abnehmerländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren.

Quelle: Nationale Quellen; eigene Berechnungen.

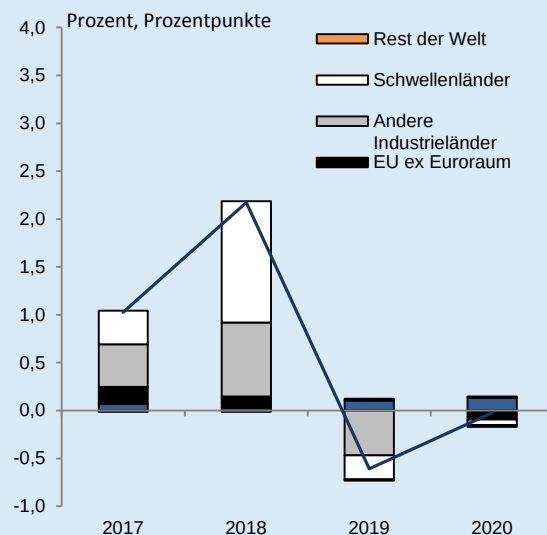
Abbildung 13:
Deutsche Exportmärkte 2017–2020



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 7, Reihe 1*; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2019–2020: Prognose des ifw.

Abbildung 14:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2017–2020



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 51 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 56 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 8.2017; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2019–2020: Prognose des IfW.

Ausrüstungsinvestitionen, des privaten Konsums und der Nachfrage nach Vorleistungsgütern seitens der Exporteure. Alles in allem rechnen wir für das laufende und das kommende Jahr mit Zunahmen der Importe um jeweils 5 Prozent.

Die Terms of Trade verbessern sich im Verlauf leicht. Zum Jahresende verbesserten sich die Terms of Trade – zum ersten Mal seit Mitte 2017 – geringfügig, da die Exportpreise etwas stärker zunahmen als die Importpreise. Im laufenden Quartal dürften sich die Terms of Trade sogar deutlich verbessert haben. So deuten die Monatswerte im Spezialhandel darauf hin, dass die Importpreise mit dem Ölpreistrückgang Ende des Jahres merklich stärker gefallen sind als die Exportpreise. Im weiteren Verlauf werden sich die Terms of Trade gegeben unserer Wechselkurs- und Ölpreisannahmen wohl weiter leicht verbessern. Dabei dürften die Exportpreise nur leicht stärker zulegen als die Importpreise, da keine wesentliche Veränderung der Preissetzungsspielräume auszumachen ist. Insgesamt rechnen wir mit Verbesserungen der Terms of Trade – vor allem aufgrund der Verbesserung

zu Jahresbeginn – um 1 Prozent im laufenden Jahr sowie um 0,4 Prozent im Jahr 2020.

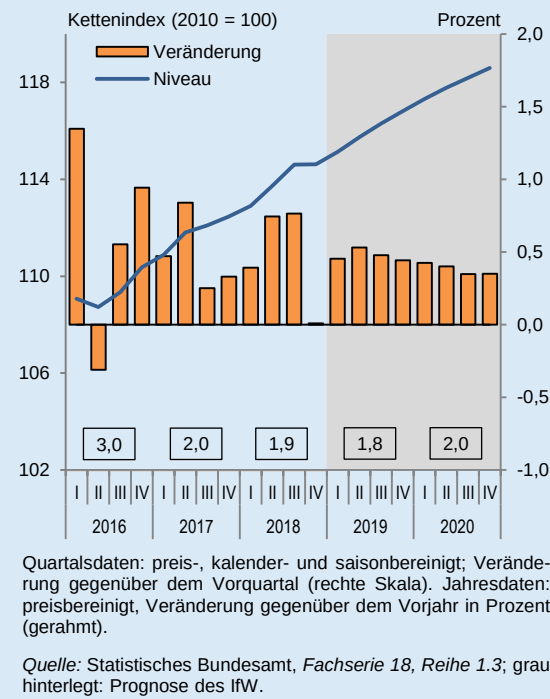
Der Leistungsbilanzsaldo wird im Prognosezeitraum wohl auf einem Niveau von über 7 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verbleiben. Im vergangenen Jahr hat er sich um 0,6 Prozentpunkte auf 7,4 Prozent zurückgebildet. Maßgeblich war, dass die volumenmäßigen Ausfuhren mit niedrigeren Raten expandierten als die Einfuhren, und letztere sich zudem stärker verteuerten. Für den Prognosezeitraum rechnen wir mit einem geringfügigen weiteren Rückgang.² Während die realen Ausfuhren laut unserer Prognose weiterhin mit niedrigeren Raten expandieren werden als die Einfuhren, wirkt die Verbesserung der Terms of Trade einem Rückgang des Leistungsbilanzsaldos entgegen. Zudem dürfte der Saldo der Vermögenseinkommen angesichts des sich ausweitenden Nettoauslandsvermögens und positiver Renditedifferentiale steigen. Insgesamt verbleibt der Saldo der Leistungsbilanz in Relation zum Bruttoinlandsprodukt somit über dem Grenzwert des Ungleichgewichtsverfahrens der Europäischen Kommission von 6 Prozent, hat sich diesem aber – seit dem im Jahr 2015 erreichten Höchstwert von 8,9 Prozent – angenähert.

Heimische Absorption verlangsamt sich nur leicht

Die inländische Verwendung legte im vergangenen Jahr mit 1,9 Prozent kaum langsamer zu als im Jahr 2017. Nach kräftigen Expansionsraten im Sommerhalbjahr stagnierte die heimische Absorption im Schlussquartal lediglich (Abbildung 15). Dies war allerdings vor allem den großen Schwankungen bei den Vor-

² Der Leistungsbilanzsaldo ausweislich der Zahlungsbilanzstatistik entspricht in der Sektorrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen konzeptionell dem verfügbaren Einkommen bzw. der Ersparnis der übrigen Welt, mit umgekehrtem Vorzeichen. Am aktuellen Rand kommt es jedoch mitunter zu Abweichungen – so lag er laut Sektorrechnung im Jahr 2018 bei 7,6 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Wir schreiben den Leistungsbilanzsaldo laut Sektorrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen fort (Tabellenanhang „Hauptaggregate der Sektoren“).

Abbildung 15:
Letzte inländische Verwendung 2016–2020



ratsveränderungen in der zweiten Jahreshälfte geschuldet.³ Rechnet man diese heraus, so ging die letzte inländische Verwendung im dritten Quartal leicht zurück und erholte sich mit einem Anstieg von 0,7 Prozent im vierten Quartal wieder. Im vergangenen Jahr hat sich insbesondere der Anstieg bei den privaten Konsumausgaben spürbar auf 1 Prozent verlangsamt. Zwar legten die verfügbaren Einkommen aufgrund der anhaltend günstigen Lage am

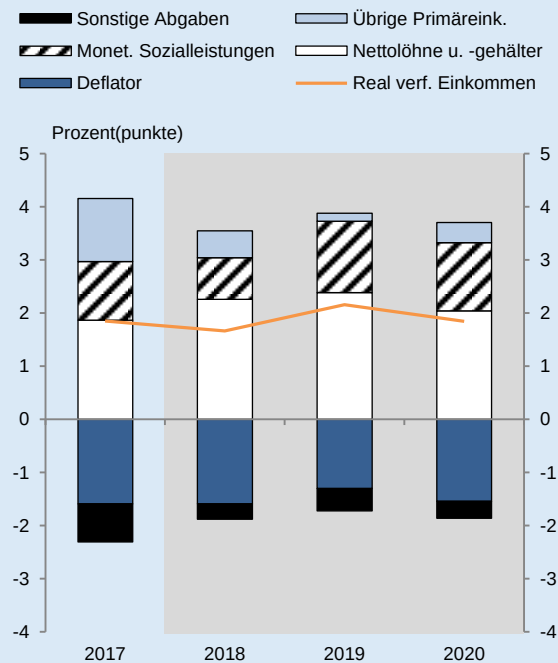
³ Dazu beigetragen haben dürften Sonderfaktoren. Insbesondere die Probleme der Automobilhersteller mit dem neuen WLTP-Standard könnten im dritten Quartal zu einem unerwünschten Lageraufbau geführt haben, der im vierten Quartal wieder reduziert wurde. Freilich sind Schwankungen bei den Vorratsveränderungen nur bedingt ökonomisch interpretierbar, da dem Statistischen Bundesamt erst mit einiger Verzögerung Erhebungsdaten vorliegen, und in der Gesamtschau der für die Vorratsveränderungen relevanten Indikatoren (Produktion, Umsatz, Außenhandel, Unternehmensbefragungen) können die temporären Probleme in der Automobilbranche diese Schwankungen nur zum Teil erklären. Die Lagerbewegungen könnten zudem mit dem recht kräftigen Anstieg der Importe im dritten Quartal sowie mit dem Einbruch der Produktion von pharmazeutischen Erzeugnissen (bei einem deutlich kleineren Rückgang der Umsätze) im vierten Quartal in Zusammenhang stehen.

Arbeitsmarkt weiter lebhaft zu. Allerdings stieg die Sparquote der privaten Haushalte im Verlauf des Jahres deutlich von 10,1 auf zuletzt 10,9 Prozent. Die Unternehmen weiteten ihre Investitionen im Jahr 2018 – bei starken Schwankungen im Quartalsverlauf – mit 2,3 Prozent etwas langsamer aus als im Vorjahr. Die Bauinvestitionen expandierten trotz der spürbaren Kapazitätsengpässe weiter recht lebhaft.

Die heimische Absorption bleibt robust. Trotz der insgesamt schwächeren konjunkturellen Aussichten dürfte die letzte inländische Verwendung weiter mit recht hohen Raten expandieren. Zwar werden die Unternehmen ihre Investitionen in Anbetracht der eingetrübten Absatz- und Ertragserwartungen wohl in etwas langsamerem Tempo ausweiten. Gegen einen starken Rückgang sprechen die nach wie vor recht hohe Kapazitätsauslastung sowie die laut Befragungen des DIHK weiter aufwärts gerichteten Investitionsabsichten. Demgegenüber dürfte sich die Dynamik bei den privaten Konsumausgaben jedoch wieder erhöhen. Neben der weiter kräftig steigenden Lohnsumme werden dazu auch die umfangreichen Leistungsausweitungen und Abgabensenkungen von per Saldo jeweils etwa 0,5 Prozent in Relation zum verfügbaren Einkommen im laufenden und im kommenden Jahr beitragen. Auch die Rahmenbedingungen für die Bauinvestitionen bleiben sehr stimulierend. Sie dürften sich weiterhin in etwa mit dem gleichen Tempo erhöhen, mit dem die Bauunternehmen ihre Kapazitäten ausweiten. Schließlich werden auch die Konsumausgaben und Investitionen der öffentlichen Haushalte angesichts der guten Kassenlage weiter deutlich aufwärts gerichtet bleiben.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nehmen so stark zu wie seit mehr als 15 Jahren nicht mehr. Ausgehend von dem bereits hohen Expansionstempo der vergangenen Jahre dürften sich die verfügbaren Einkommen im Prognosezeitraum noch einmal beschleunigen (Abbildung 16). Zwar wird die Lohnsumme ihre sehr hohe Zuwachsrate des Vorjahres vor allem aufgrund des langsameren Beschäftigungsaufbaus wohl nicht ganz halten können. Allerdings führen umfangreiche Abgabensenkungen und Leistungsausweitungen zu einem Schub bei den verfügbaren Einkommen.

Abbildung 16:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens 2017–2020



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, rechte Skala); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des Ifw.

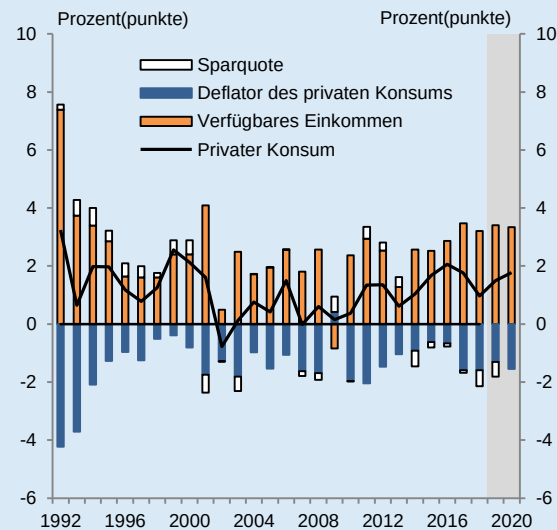
Aufgrund der Abgabensenkungen (Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung, Anpassung der Steuertarife) werden die Löhne und Gehälter im laufenden Jahr mit 4,9 Prozent netto deutlich rascher steigen als brutto (4,3 Prozent). Im kommenden Jahr dürften sie mit reichlich 4 Prozent in vergleichbarem Tempo zulegen. Die Leistungsausweitungen bei der Rente, insbesondere die höheren Rentenzahlungen, werden zudem zu kräftigen Anstiegen bei den monetären Sozialleistungen führen; wir rechnen mit Zuwachsraten von 4,5 Prozent (2019) bzw. 4,2 Prozent (2020), nach durchschnittlich etwas mehr als 3 Prozent in den zurückliegenden drei Jahren. Einem stärkeren Anstieg der verfügbaren Einkommen entgegen wirken dürfte die schwache Entwicklung bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen (UVE). Nachdem sie im vergangenen Jahr leicht zurückgingen, zeichnet sich für das laufende Jahr ein nur verhaltener Anstieg ab, auch weil sich die Einführung der paritätischen Fi-

nanzierung der Krankenversicherungsbeiträge zunächst wohl belastend auswirkt. Erst im Jahr 2020 dürften sie wieder etwas kräftiger zulegen nicht zuletzt aufgrund der höheren Zahl an Arbeitstagen (Jannsen 2017: [Ifw-Box 2017.11](#)). Vor diesem Hintergrund rechnen wir mit lediglich verhaltenen Anstiegen bei den Entnahmen der privaten Haushalte. Der historische Zusammenhang zwischen Entnahmen und UVE spricht für verhaltene Zuwachsraten von etwa 0,5 Prozent (2019) bzw. 1,2 Prozent (2020). Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen aber im laufenden Jahr mit 3,5 Prozent so kräftig steigen wie seit dem Jahr 2001 nicht mehr. Im Jahr 2020 wird dieses hohe Expansionstempo mit einem Anstieg von 3,4 Prozent voraussichtlich annähernd gehalten.

Der private Konsum zieht wieder an. Im vergangenen Jahr legten die privaten Konsumausgaben mit 1 Prozent deutlich langsamer zu als in den Jahren zuvor.⁴ Ein wesentlicher Grund dafür war, dass die Sparquote der privaten Haushalte deutlich stieg und im Jahresdurchschnitt um etwa 0,5 Prozentpunkte über dem Niveau des Jahres 2017 lag (Abbildung 17). Zwar ist die Sparquote nun bereits seit einigen Jahren in der Tendenz aufwärts gerichtet. Für die Prognose unterstellen wir jedoch, dass sie in etwa auf ihrem Niveau vom vierten Quartal von saisonbereinigt 10,9 Prozent bleibt. So gibt es Gründe, die sowohl eher für einen weiteren Anstieg sprechen (z.B. kräftig steigende Wohnungsbauinvestitionen), als auch Gründe, die

⁴ Das Statistische Bundesamt weist darauf hin, dass der Umsatz im Einzelhandel für den Dezember in den vergangenen Jahren bei der Erstveröffentlichung im Durchschnitt deutlich zu niedrig ausgewiesen worden war. Auch die Zuwachsrate der privaten Konsumausgaben für das vierte Quartal wurde in den vergangenen Jahren nach der Erstveröffentlichung deutlich revidiert. Zwischen den Jahren 2005 und 2016 wurde sie nachträglich im Durchschnitt um knapp 0,4 Prozentpunkte nach oben angepasst (Jannsen 2018: [Ifw-Box 2018.3](#)). In diesem Zeitraum wurde auch die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für das Quartal um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte aufwärts revidiert. Sofern solche Anpassungen auch für das abgelaufene vierte Quartal erfolgen sollten, würden sie aufgrund des statistischen Überhangs einen größeren Einfluss auf das Jahresergebnis im laufenden als auf das im vergangenen Jahr haben.

Abbildung 17:
Beiträge zur Veränderung des privaten Konsums
1992–2020

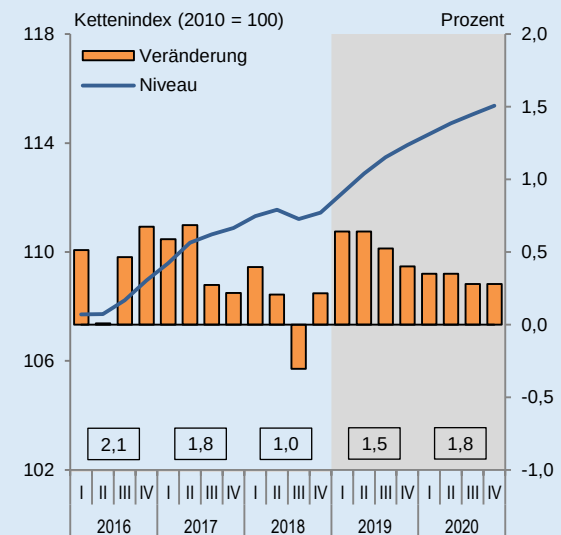


Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

eher auf einen Rückgang hindeuten (z.B. niedriges Zinsniveau). Ferner liegen dem Statistischen Bundesamt für die Sparquote keine Erhebungsdaten vor, so dass gerade die ersten Schätzungen einer erheblichen Unsicherheit unterliegen; vor diesem Hintergrund rechnen wir in unseren Prognosen für gewöhnlich mit allenfalls kleineren Änderungen der Sparquote. Für den Jahresdurchschnitt impliziert diese Annahme freilich einen abermals deutlichen Anstieg der Sparquote um 0,5 Prozentpunkte im laufenden Jahr. Die Preise für Konsumgüter werden im Prognosezeitraum wohl etwas langsamer zulegen als im Vorjahr, so dass die Zuwachsraten der real verfügbaren Einkommen mit 2,1 Prozent im laufenden Jahr bzw. 1,8 Prozent im Jahr 2020 höher ausfallen dürfte als im Jahr 2018 (1,6 Prozent). Demzufolge werden die privaten Konsumausgaben um 1,5 Prozent im laufenden und um 1,8 Prozent im kommenden Jahr ausgeweitet werden (Abbildung 18). Die für den Januar vorliegenden Einzelhandelszahlen deuten darauf hin, dass sich die privaten Konsumausgaben bereits im ersten Quartal mit einer Zuwachsraten von 0,6 Prozent wieder deutlich beschleunigen werden.

Abbildung 18:
Private Konsumausgaben 2016–2020



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Der öffentliche Konsum wird wieder kräftiger zulegen. Im Jahr 2018 expandierte der öffentliche Konsum preisbereinigt recht schwach, obwohl er nominal deutlich ausgeweitet wurde. Der damit einhergehende Anstieg des Deflators zeigte sich insbesondere bei den Abschreibungen und den Vorleistungskäufen. Der Jahresverlauf war von der vorläufigen Haushaltsführung des Bundes gekennzeichnet, durch die das erste Quartal recht schwach ausfiel und die folgenden Quartale stärker. Ein ausgesprochen hoher Anstieg wurde im vierten Quartal verzeichnet, wozu aber auch ein Sondereffekt beitrug. So waren einmalige Verkäufe in Extrahaushalten entfallen, was zu einem ebenfalls temporären Anstieg des öffentlichen Konsums führte. Zum Jahresauftakt ist beim preisbereinigten öffentlichen Konsum daher wieder mit einem moderateren Anstieg zu rechnen. Der Deflator dürfte hingegen durch die Anhebung der Mautgebühren zum 1.1.2019 zunächst gedämpft werden. Getrieben von zahlreichen Maßnahmenpaketen und der guten Kassenlage wird der öffentliche Konsum im Verlauf aber wieder merklich beschleunigen. Insbesondere im Winterhalbjahr, für das wir mit der Umsetzung mehrerer Maßnahmen (z.B. Digitalpakt)

rechnen, dürfte die Dynamik ausgesprochen hoch sein und sich erst gegen Ende des Jahres 2020 wieder moderieren. Ebenso ist angesichts des Tarifabschlusses der Länder und den weiterhin stark steigenden Baupreisen mit einem abermals hohen Anstieg des Deflators zu rechnen.

Tabelle 6:
Anlageinvestitionen 2017–2020

	2017	2018	2019	2020
Anlageinvestitionen	2,9	2,6	2,2	2,7
Unternehmensinvestitionen	2,9	2,3	1,5	2,0
Ausrüstungen	3,7	4,2	1,7	2,8
Wirtschaftsbau	3,1	0,5	1,5	1,9
Sonstige Anlagen	1,3	0,4	1,2	0,9
Wohnungsbau	3,0	2,9	3,0	3,7
Öffentlicher Bau	2,4	4,4	5,0	4,1
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	2,9	2,4	2,8	3,2

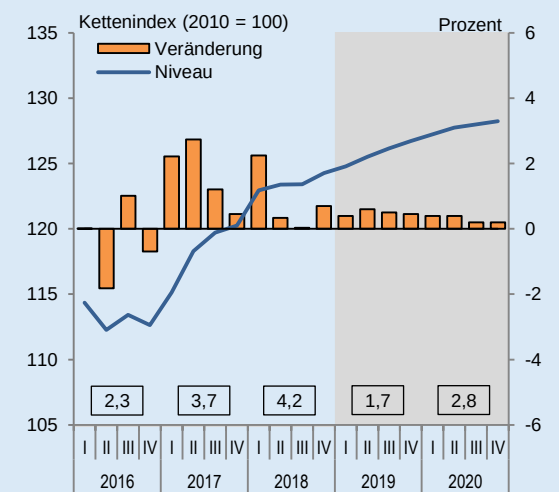
Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Die Unternehmen weiten ihre Ausrüstungsinvestitionen verhalten aus. Im vergangenen Jahr stiegen die Ausrüstungsinvestitionen mit 4,2 Prozent in ähnlichem Tempo wie im Jahr zuvor (3,7 Prozent) (Tabelle 6). Im Vorjahresvergleich hat sich die Investitionstätigkeit der Unternehmen bei Ausrüstungen im Verlauf des Jahres jedoch im Einklang mit den eingetrübten Unternehmenserwartungen abgeschwächt. Zur Verlangsamung im dritten Quartal haben wohl auch die Probleme im Zusammenhang mit den neuen WLTP-Standard beigetragen. So machen gewerbliche Halter etwa 2/3 der gesamten Neuzulassungen von Pkw in Deutschland aus. Gleichzeitig entfallen etwa 25 Prozent der Ausrüstungsinvestitionen auf Kraftwagen und Kraftwagenteile. Somit können die Probleme mit dem neuen Prüfverfahren einen erheblichen Beitrag dazu geliefert haben, dass die Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal lediglich stagnierten (Abbildung 19). Die Zulassungszahlen sprechen dafür, dass im vierten Quartal eine Erholung eingesetzt hat, die Probleme aber erst im laufenden Quartal weitestgehend überwunden sein werden. So lagen die Zulassungen gewerblicher Halter im Januar wieder um 1,6 Prozent über ihrem Vorjahres-

niveau. Die deutlich geringeren Absatzaussichten der Unternehmen dürften die Unternehmensinvestitionen auch im Prognosezeitraum weiter belasten. Allerdings ist die Kapazitätsauslastung der Unternehmen nach wie vor überdurchschnittlich, und Befragungen deuten auf eine immer noch recht hohe Investitionsneigung hin (DIHK 2019). Alles in allem rechnen wir damit, dass sich der Anstieg bei den Unternehmensinvestitionen in der Tendenz verlangsamen wird. Im laufenden Jahr dürften sie um etwa 1,5 Prozent zulegen. Die von uns prognostizierte Rate von 2 Prozent für das kommende Jahr überzeichnet die Investitionsdynamik aufgrund eines Kalendereffekts. Rechnet man den Einfluss der höheren Zahl von Arbeitstagen heraus, ergibt sich ein Anstieg von 1,3 Prozent.

Abbildung 19:
Ausrüstungsinvestitionen 2016–2020

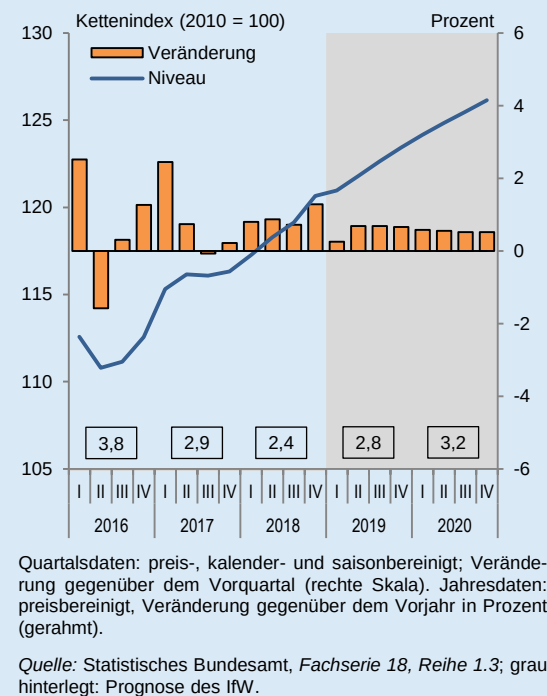


Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Die Bauinvestitionen bleiben auf robusten Expansionskurs. Im vergangenen Jahr fiel die Zuwachsrates für die Bauinvestitionen mit 2,4 Prozent zwar etwas verhaltener aus als in den Jahren zuvor; im Verlauf legten sie aber recht kräftig zu (Abbildung 20). Das für die Bauinvestitionen insgesamt äußerst stimulierende Umfeld wird auch weiterhin Bestand haben. So bleiben die Finanzierungsbedingungen wohl

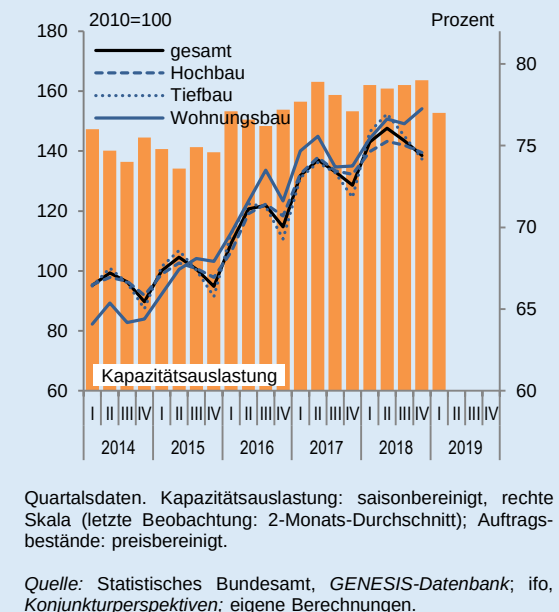
Abbildung 20:
Bauinvestitionen 2016–2020



noch für geraume Zeit sehr günstig, die verfügbaren Einkommen sind weiter kräftig aufwärts gerichtet und die anhaltend gute Kassenlage der öffentlichen Hand regt Investitionen an. Zwar ist das Geschäftsklima bei den Bauunternehmen im Januar deutlich gesunken. Allerdings war es einige Monate zuvor ebenso unvermittelt in einem ähnlichen Umfang gestiegen. Insgesamt befindet es sich weiterhin auf einem äußerst hohen Niveau. Auch die zuletzt deutlich aufwärts gerichteten Auftragseingänge und die sehr hohen Auftragsbestände sprechen für eine weiterhin lebhaft expandierende Baukonjunktur (Abbildung 21). Ohnehin bestimmt sich der Anstieg der Bauproduktion – bei nahezu ausgeschöpften Kapazitäten – bereits seit einiger Zeit offenbar im Wesentlichen dadurch, in welchem Umfang die Bauunternehmen neue Kapazitäten schaffen. Wir gehen davon aus, dass sie ihre Produktionskapazitäten weiterhin in ähnlichem Tempo wie im vergangenen Jahres ausweiten, in dem die Zahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe um etwa 1,5 Prozent stieg und die Bauinvestitionen um knapp 2,4 Prozent ausgeweitet worden sind, bei leicht zunehmender Kapazitätsauslastung. Da die Kapazitätsengpässe aufgrund der lebhaften Nachfrage aber wohl voraussichtlich weiter Bestand haben,

dürften sich die Bauinvestitionen in ähnlich hohem Tempo von etwa 5 Prozent verteuern wie im vergangenen Jahr.

Abbildung 21:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe 2014–2019



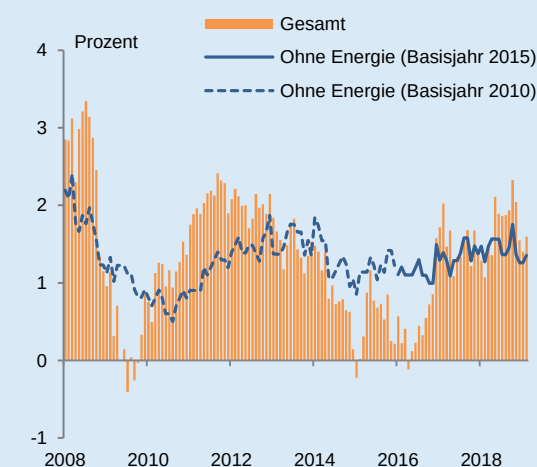
Der öffentliche Bau expandiert im Jahr 2019 weiter kräftig. Im vierten Quartal des vergangenen Jahr kam es zwar zu einem merklichen Rücksetzer. Da die Auftragseingänge jedoch weiterhin aufwärtsgerichtet sind, ist damit zu rechnen, dass auch die Investitionen der öffentlichen Hand weiter sehr lebhaft expandieren werden. Ursächlich ist die gute Kassenlage der Gebietskörperschaften der vorangegangenen Jahre. Vormalige Überschüsse werden in Ausgaben für Bauinvestitionen umgesetzt. Die Überschüsse des Jahres 2018 sowie die zu erwartenden Überschüsse des Jahres 2019 sprechen dafür, dass diese Tendenz über den gesamten Prognosezeitraum anhält.

Moderate Dynamik bei der Verbraucherpreisinflation

Sowohl Ölpreis als auch Euro-Außenwert entwickelten sich im Einklang mit unseren Annahmen aus der Prognose vom Dezember. Ein Fass Öl der Sorte Brent kostete zuletzt etwa 66 US-Dollar und damit ähnlich viel wie zu

Beginn des vergangenen Jahres. Der aktuell von uns unterstellte Ölpreispfad weicht kaum von unserer vorangegangenen Prognose vom Dezember ab; wir rechnen weiterhin mit einem real in etwa konstanten Ölpreis für den gesamten Prognosezeitraum. Der Wechselkurs des Euro zeigte sich ebenfalls stabil. Wie im Schlussquartal des Jahres 2018 kostete er auch zuletzt etwa 1,14 US-Dollar und war damit geringfügig billiger als vor einem Jahr (1,18 US-Dollar). Nominal-effektiv fiel der Außenwert aus deutscher Sicht leicht. Im Vergleich zu den Währungen von 38 Handelspartnern lag sein Wert im Februar 0,6 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats; im Vergleich zum Wert von vor drei Monaten verlor er 1,1 Prozent.

Abbildung 22:
Verbraucherpreise 2008–2019

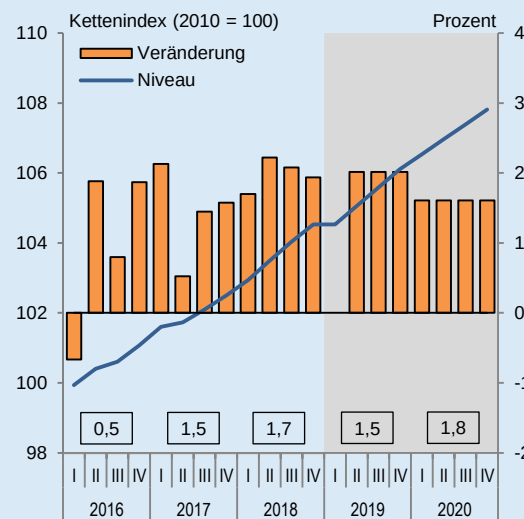


Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat. Nach der Umstellung auf das neue Basisjahr 2015 wurden durch das Statistische Bundesamt noch nicht alle Datenreihen für den Zeitraum vor 2015 veröffentlicht. Deshalb wird dort auf den alten Datenstand zurückgegriffen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen-Datenbanken; eigene Berechnungen.

Die Inflation der Verbraucherpreise schwächte sich zuletzt etwas ab. Nachdem die Verbraucherpreisinflation im November noch über zwei Prozent betragen hatte, schwächte sie sich zuletzt merklich ab und wies im Februar ersten Angaben zufolge eine Rate von 1,6 Prozent auf (Abbildung 22). Hauptgrund hierfür war die Energiekomponente. Während die Preise in diesem Bereich bis einschließlich November ein halbes Jahr lang mit überaus kräftigen Raten expandiert hatten, gingen sie danach merklich zurück. Darüber hinaus wurde

Abbildung 23:
Verbraucherpreise 2016–2020



Quartalsdaten: kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7; Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

zum Jahreswechsel im Zuge der Einführung des neuen Basisjahres 2015 der Warenkorb für die Berechnung des Verbraucherpreisindex nachjustiert, wie es turnusgemäß alle fünf Jahre geschieht. So erhielt insbesondere der Bereich Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe ein höheres Gewicht, während vor allem die Bereiche Verkehr sowie Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke an Bedeutung verloren. Die Berechnung anhand des neuen Wägungsschemas hat zur Folge, dass die Inflation in den einzelnen Monaten des Jahres 2018 Vorjahresraten aufweist, die jeweils um etwa 0,2 Prozentpunkte unter denen liegen, die unter Anwendung des alten Schemas bestimmt worden waren.⁵ Bei einer Fortsetzung der jüngsten Preistrends in den einzelnen Segmenten dürfte das neue Schema auch für die nähere Zukunft tendenziell dazu führen, dass etwas niedrigere

⁵ Tendenziell werden Verbraucher im Zeitablauf relativ mehr von jenen Gütern kaufen, die weniger starke Preisanstiege zu verzeichnen haben (und entsprechend relativ weniger von den Gütern, die sich besonders schnell verteuern). Deshalb ist die Teuerungsrate bezogen auf den ursprünglichen Warenkorb typischerweise höher als jene, die sich auf einen Warenkorb bezieht, der nach derartigen Anpassungsreaktionen zustande kommt.

Inflationsraten ausgewiesen werden, als dies sonst der Fall gewesen wäre. Für den Prognosezeitraum rechnen wir – einhergehend mit der weiterhin bestehenden, aber im Verlauf wohl etwas abnehmenden Überauslastung der Produktionskapazitäten – mit Inflationsraten von 1,5 Prozent im laufenden und 1,7 Prozent im kommenden Jahr, wobei sich im Jahr 2019 insbesondere die schwächere Entwicklung bei den Energiepreisen bemerkbar macht (Abbildung 23).

Lohnkosten steigen deutlich schneller als Produktivität

Der Tariflohnanstieg schwächt sich nur vorübergehend ab. Nachdem die Tarifverdienste ausweislich des Tarifindexes der Deutschen Bundesbank im vergangenen Jahr durchschnittlich um 2,8 Prozent zulegten, werden sie in diesem Frühjahr mit 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr vorübergehend etwas schwächer steigen. Maßgeblich ist der Tarifvertrag in der Metall- und Elektroindustrie, der nach dem kräftigen Tarifanstieg im April 2018 erst wieder im Juli dieses Jahres eine Anhebung vorsieht. Im öffentlichen Dienst der Länder erzielten die Tarifpartner Anfang März einen Abschluss. Demnach erhöhen sich die Monatsgehälter bei einer Laufzeit von 33 Monaten in drei Stufen um 3,0 Prozent/mindestens 100 Euro (rückwirkend zum 1. Januar 2019), um 3,1 Prozent/mindestens 90 Euro (1. Januar 2020) und um 1,3 Prozent/mindestens 50 Euro (1. Januar 2021). Gleichzeitig wird die Jahressonderzahlung bis 2022 auf dem Niveau von 2018 eingefroren. Die Mindesterhöhungsbeträge führen zu überproportionalen Gehaltszuwächsen in den unteren Entgeltgruppen. Nach Angaben der Tarifparteien erhöhen sich die Tarifverdienste somit um ein Gesamtvolumen von 3,2 Prozent (2019), 3,2 Prozent (2020) und 1,4 Prozent (2021). Während die Tarifverträge auch im öffentlichen Dienst von Bund und Gemeinden, im Bauhauptgewerbe und in der chemischen Industrie für dieses Jahr bereits vereinbart wurden, stehen die Abschlüsse im Einzelhandel sowie im Groß- und Außenhandel noch aus. Insgesamt rechnen wir für das laufende Jahr mit einem Anstieg der Tarifverdienste von 2,6 Prozent (Tabelle 7). Im kommenden Jahr

dürften die Tariflöhne wieder etwas stärker zulegen. Auch wenn die Konjunktur unserer Prognose zufolge an Fahrt verliert, dürften die Anspannungen am Arbeitsmarkt aufgrund von Arbeitskräfteknappheiten weiterhin hoch bleiben. Wir rechnen mit einem Tariflohnanstieg von 2,9 Prozent.

Tabelle 7:
Löhne und Produktivität 2017–2020

	2017	2018	2019	2020
<i>Stundenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,2	2,7	2,6	2,9
Effektivlöhne	2,4	2,7	3,1	3,1
Lohndrift	0,3	-0,1	0,5	0,2
Lohnkosten	2,5	2,5	3,0	3,0
Arbeitsproduktivität	0,9	0,0	-0,1	1,0
Lohnstückkosten	1,6	2,5	3,1	1,9
Lohnstückkosten (real)	0,1	0,6	0,8	-0,2
<i>Personenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,2	2,8	2,6	2,9
Effektivlöhne	2,5	3,2	3,0	3,3
Lohndrift	0,4	0,4	0,4	0,4
Lohnkosten	2,6	3,0	3,1	3,1
Arbeitsproduktivität	0,7	0,1	-0,1	1,1
Lohnstückkosten	1,8	2,8	3,1	2,0
Lohnstückkosten (real)	0,3	1,0	0,8	-0,1

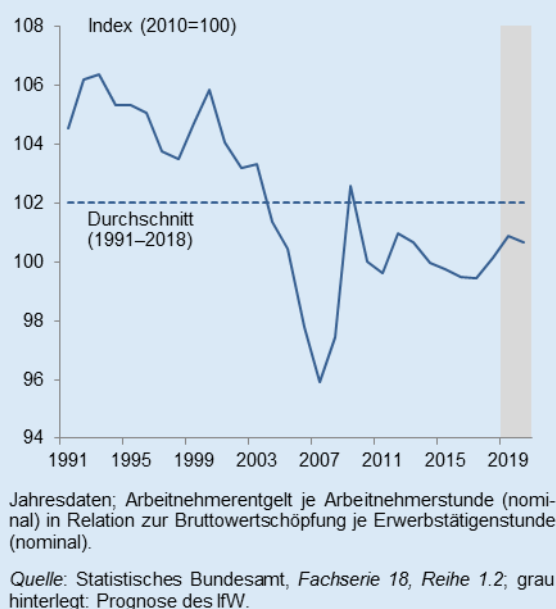
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflatiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des Ifw.

Die Effektivverdienste steigen weiter stärker als die Tarifverdienste. Die Anspannungen am Arbeitsmarkt aufgrund von Arbeitskräfteknappheiten, die nicht zuletzt in einer hohen Zahl von offenen Stellen je Arbeitslosen sowie langen Vakanzzeiten von offenen Stellen zum Ausdruck kommen, dürften für die Lohnentwicklung im Prognosezeitraum eine wichtigere Rolle spielen als die verlangsamte konjunkturelle Dynamik. Wir gehen daher davon aus, dass die Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) weiter stärker steigen werden als die Tarifverdienste. Hierbei dürften sowohl über-tarifliche Zahlungen in tarifgebundenen Unter-

nehmen eine Rolle spielen als auch die Lohnentwicklung in nicht tarifgebundenen Unternehmen. Wir rechnen damit, dass nach 3,2 Prozent im vergangenen Jahr die Effektivlöhne im laufenden und kommenden Jahr um 3,0 bzw. 3,3 Prozent zulegen. Steigerungen von über 3 Prozent wurden im wiedervereinigten Deutschland bislang nur 1992/1993 sowie 2011 verzeichnet.

Abbildung 24:
Reale Lohnstückkosten 1991–2020



Die positiven Impulse von der Lohnkosten-seite auf die Arbeitsnachfrage laufen aus. Neben der kräftigen Erhöhung der Bruttolöhne und -gehälter spielt aus Sicht der Unternehmen die Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung zu Beginn dieses Jahres eine Rolle, wodurch die Lohnkosten vorübergehend zusätzlichen Schub erhalten haben. Da gleichzeitig aufgrund der konjunkturellen Verlangsamung der Anstieg der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen voraussichtlich ähnlich gering ausfallen wird wie im vergangenen Jahr, verschlechtert sich das Verhältnis von Lohnkosten zu Produktivität deutlich. Die realen Lohnstückkosten legen spürbar zu und nähern sich ihrem langjährigen Durchschnitt, den sie seit Mitte der 2000er Jahre unterschritten haben (Abbildung 24). In der Folge gehen von der Lohnkostenseite kaum noch

positive Impulse auf die Arbeitsnachfrage der Unternehmen aus.

Beschäftigungsaufbau schwächt sich ab

Das Tempo des Beschäftigungsaufbaus war im Zuge der konjunkturellen Abschwächung im abgelaufenen Halbjahr niedriger als in den Jahren zuvor. Die Erwerbstätigkeit nahm im Schlussquartal 2018 saisonbereinigt um 110 000 Personen gegenüber dem Vorquartal zu; in den Jahren 2015 bis 2017 lag der Vorquartalsanstieg noch bei durchschnittlich knapp 150 000 Erwerbstätigen. Eine Ausnahme stellte der jüngste, außergewöhnlich starke Anstieg im Januar dar (+80 000), den wir vor dem Hintergrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage und der Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt als Ausreißer werten. Maßgeblich für den Zuwachs der Erwerbstätigkeit blieb die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung; sowohl die Zahl der Selbständigen als auch die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnerten Beschäftigten sanken hingegen weiter. Zuwächse bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wurden in fast allen Wirtschaftszweigen verzeichnet. Eine Ausnahme stellt die Zeitarbeit dar, wo die Beschäftigung bereits seit gut einem Jahr merklich rückläufig ist (-11 Prozent). Dies dürfte jedoch zu einem großen Teil auf die Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes im Jahr 2017 zurückzuführen sein, die den Einsatz von Zeitarbeit restriktiver gestaltet (Groll 2018b: [IfW-Box 2018.19](#)).

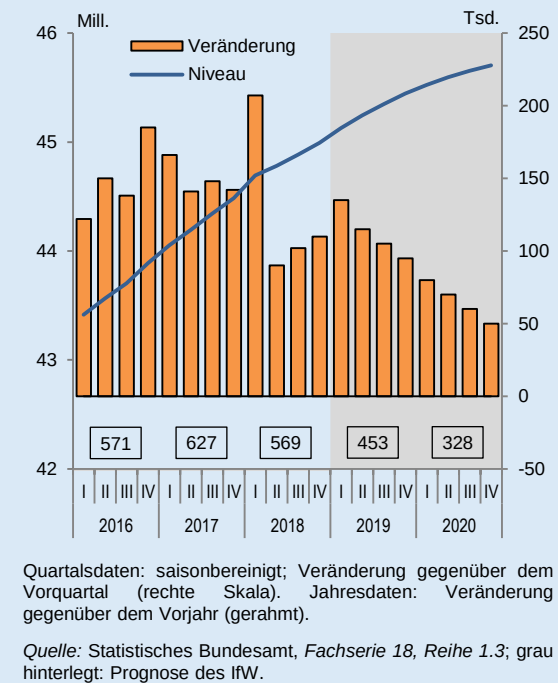
Die Kurzarbeit ist insbesondere aufgrund der Probleme im Fahrzeugbau leicht ausgeweitet worden. Die Zahl der Arbeitnehmer in konjunkturell bedingter Kurzarbeit stieg von 12 000 Personen im Juli auf über 30 000 Personen im September und verharrt seitdem auf diesem Niveau (von der Bundesagentur für Arbeit geschätzte Werte liegen bis einschließlich März vor). Von der Ausweitung der Kurzarbeit waren zunächst insbesondere Arbeitnehmer in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie in Verkehr und Lagerei betroffen, später gewannen andere Bereiche der Metall- und Elektroindustrie an Bedeutung (Daten nach Wirtschaftsbereichen liegen bis einschließlich November vor). Für die Auswei-

tung der Kurzarbeit dürften vor allem die Probleme in der Automobilindustrie (Produktionsverzögerungen wegen WLTP, Diskussion um Diesel-Fahrverbote), aber auch die niedrigen Rheinpegel als Sonderfaktoren verantwortlich sein.

Die registrierte Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung insgesamt bildeten sich weiter zurück. Im Februar waren saisonbereinigt 2,24 Mill. Personen als arbeitslos registriert (Quote: 5,0 Prozent). Die gesamte Unterbeschäftigung, die in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit neben den registrierten Arbeitslosen auch Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umfasst, sank auf 7,1 Prozent. Die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Flüchtlinge lag zuletzt bei 189 000 Personen. Weitere 195 000 Flüchtlinge sind ebenfalls ohne Arbeit, aber nicht als arbeitslos registriert, vor allem weil sie an Integrationskursen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge ohne Arbeit hat indes ihren Hochpunkt überschritten. Das Tempo der Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge entspricht dabei bislang in etwa dem Tempo, das bei Flüchtlingen früherer Zuwanderungsepisoden beobachtet wurde.

Der Beschäftigungsaufbau wird allmählich an Fahrt verlieren. Die Frühindikatoren zur Arbeitsnachfrage befinden sich immer noch auf hohen Niveaus. Die Zahl der offenen Stellen ist allerdings kaum noch gestiegen, und das ifo Beschäftigungsbarometer hat sich in den vergangenen Monaten verschlechtert. Vor diesem Hintergrund sowie aufgrund der zuletzt relativ schwachen wirtschaftlichen Entwicklung erwarten wir eine Gegenbewegung zum außergewöhnlich starken Anstieg der Erwerbstätigkeit im Januar. Für den weiteren Verlauf im Prognosezeitraum rechnen wir damit, dass der Beschäftigungsaufbau an Fahrt verlieren wird (Abbildung 25). Zum einen lässt die Arbeitsnachfrage aufgrund der verlangsamten konjunkturellen Dynamik sowie aufgrund der ungünstigeren Lohnkostenentwicklung nach. Zum anderen stehen einem weiteren kräftigen Beschäftigungsaufbau zunehmend Knappheiten beim Arbeitskräfteangebot entgegen.

Abbildung 25:
Erwerbstätige 2016–2020



Die Arbeitslosigkeit nimmt aufgrund des Anstiegs des Erwerbspersonenpotenzials weiterhin in geringerem Ausmaß ab, als die Beschäftigung zunimmt. Während die Alterung der inländischen Bevölkerung für sich genommen das Erwerbspersonenpotenzial reduziert, wird es derzeit durch die steigende Erwerbsbeteiligung vor allem Älterer und durch die Zuwanderung in Summe spürbar erhöht. Die dämpfenden Effekte der Alterung verstärken sich allerdings im Prognosezeitraum. Zudem gehen wir davon aus, dass die Zuwanderung allmählich nachlässt, wenngleich auf weiterhin relativ hohem Niveau; so sank der Wanderungssaldo im vergangenen Jahr schätzungsweise nur geringfügig auf knapp unter 400 000 Personen. In der Folge verringert sich der Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials in den kommenden Jahren; das Arbeitskräfteangebot wird relativ knapper. Die Arbeitslosigkeit insgesamt wird voraussichtlich weiter abnehmen, die Rückgänge aber geringer werden (Abbildung 26). Wir erwarten, dass die Arbeitslosenquote auf 4,8 Prozent (2019) und 4,6 Prozent (2020) sinkt (Tabelle 8).

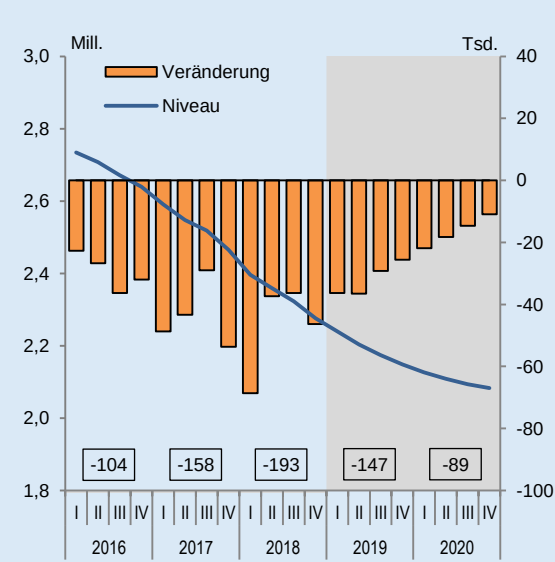
Tabelle 8:
Beschäftigung 2016–2020 (1 000 Personen)

	2016	2017	2018	2019	2020
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	59 476	60 222	61 095	61 720	62 227
Erwerbstätige (Inland)	43 642	44 269	44 838	45 291	45 618
Selbständige	4 334	4 294	4 218	4 164	4 136
Arbeitnehmer (Inland)	39 308	39 975	40 619	41 127	41 482
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	31 508	32 234	32 967	33 557	33 952
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 804	4 742	4 675	4 612	4 572
Pendlersaldo	92	114	124	122	122
Erwerbstätige (Inländer)	43 550	44 155	44 713	45 169	45 496
Arbeitnehmer (Inländer)	39 216	39 862	40 495	41 005	41 360
Registrierte Arbeitslose	2 691	2 533	2 340	2 193	2 105
Arbeitslosenquote (Prozent)	6,1	5,7	5,2	4,8	4,6
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,9	3,5	3,2	2,9	2,8

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1 2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 26:
Arbeitslose 2016–2020



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr (gerahmt).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW

Öffentliche Haushalte: Politik schmelzt Überschüsse ab

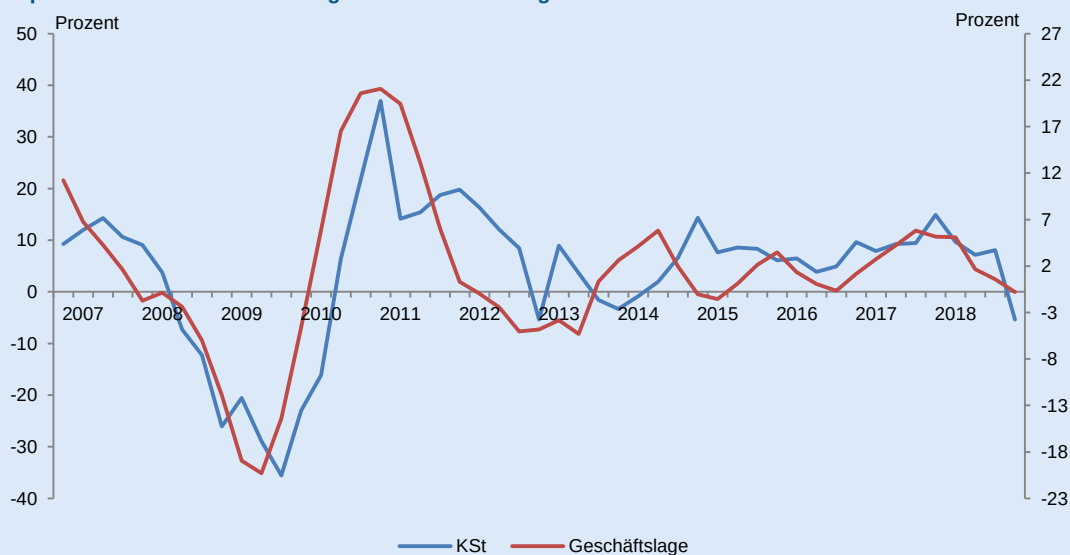
Die öffentlichen Haushalte haben das Jahr 2018 erneut mit einem Rekordüberschuss abgeschlossen. Vor allem die weiterhin sehr gute Arbeitsmarktlage hat zum Überschuss von 58 Mrd. Euro (1,7 Prozent in Relation zum

Bruttoinlandsprodukt) beigetragen. Zudem konnte die Finanzpolitik durch die erst späte Regierungsbildung auf Bundesebene die gute Haushaltslage erst verspätet in expansive Maßnahmen umsetzen, die nun im laufenden und kommenden Jahr zu Buche schlagen werden. Außerdem waren die Zinsausgaben weiter rückläufig gewesen, und die konjunkturelle Abkühlung machte sich erst im Monat Dezember bei der Körperschaftsteuer bemerkbar, wobei der deutliche Rückgang wohl von Sondereffekten überzeichnet war (Kasten 4). Im Prognosezeitraum werden die Maßnahmen der Bundesregierung die öffentlichen Haushalte belasten, und die konjunkturelle Abkühlung auf die öffentlichen Haushalte durchschlagen, so dass die Überschüsse merklich sinken dürften.

Der Anstieg der Einnahmen wird im Jahr 2019 durch Steuerrechtsänderungen gedämpft. Durch die Verschiebung des Einkommensteuertarifs und die Anhebung von Grund- und Kinderfreibeträgen wird der Zuwachs der Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer merklich reduziert. Die gewinnabhängigen Steuern dürften angesichts der konjunkturellen Abschwächung zudem etwas langsamer expandieren als im Vorjahr. Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen werden wohl im gleichen Tempo zulegen wie im Vorjahr. Zwar dürfte der Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter etwas geringer ausfallen. Doch entfällt der Effekt durch die Reduktion des Rentenbeitragssatzes

Kasten 4:**Zum Einfluss des Niedrigwassers auf die Körperschaftsteuereinnahmen**

Das Körperschaftsteueraufkommen ist das erste Mal seit dem Jahr 2015 in einem aufkommensstarken Monat deutlich unter den Vorjahreswert gesunken (-9 Prozent).^a Maßgeblich hierfür war vor allem ein Minus bei den Vorauszahlungen, die die Unternehmen für das jeweils laufende Jahr leisten.^b Die Vorauszahlungen der Körperschaften werden typischerweise recht zeitnah an den sich abzeichnenden Unternehmenserfolg im Einvernehmen zwischen Unternehmen und Finanzbehörde angepasst. Dass die Körperschaftsteuervorauszahlungen zeitnah dem Konjunkturverlauf folgen, zeigt der Vergleich mit der Geschäftslageeinschätzung laut ifo-Umfrage. Die jeweiligen Vorjahresvergleiche zeigen bei den Quartalsdaten einen hohen Gleichlauf auf (Abbildung K4-1). In der zweiten Jahreshälfte 2018 wiesen beide Indikatoren auf eine Abschwächung hin.

Abbildung K4-1:**Körperschaftsteuervorauszahlungen und Geschäftslage 2006–2019**

Quartalsdaten, Vorjahresvergleich. Geschäftslage: Geschäftslage laut ifo Konjunkturtest (rechte Skala). KSt: Körperschaftsteuervorauszahlungen.

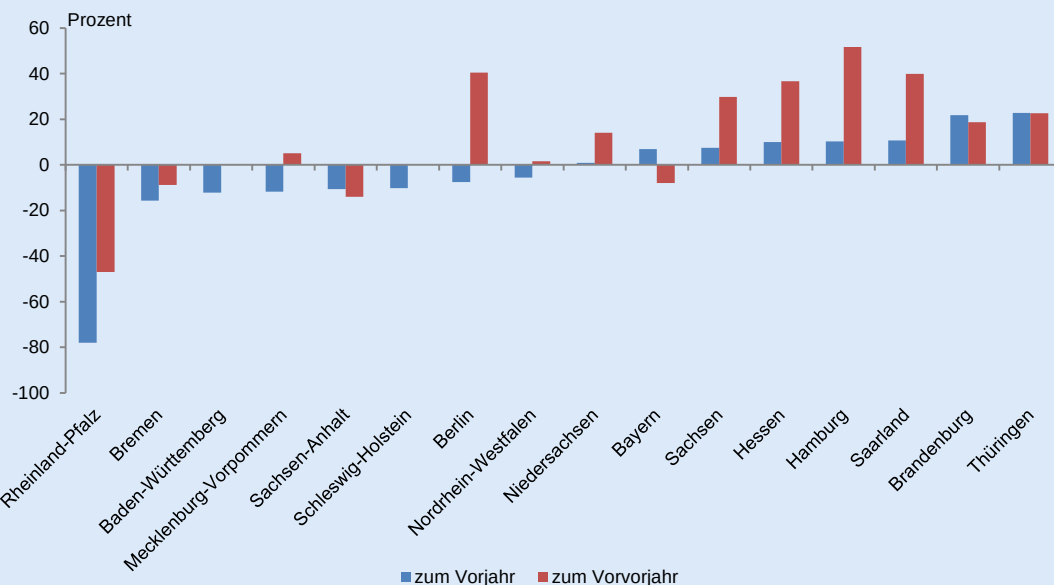
Quelle: Bundesministerium der Finanzen, *interne Arbeitsunterlage*; ifo Institut; eigene Berechnungen.

Bei der Interpretation der Vorauszahlungen, die im Schlussquartal 2018 um 5 Prozent gesunken sind, ist allerdings zu berücksichtigen, dass das Vorjahresergebnis ausgesprochen stark war, so dass eine niedrigere Dynamik Ende 2018 zum Teil als Normalisierung zu sehen ist. Dies erklärt aber nicht die gesamte Abschwächung. Stellt man den Zweijahresvergleich her, lagen die Vorauszahlungen im vierten Quartal 2018 zwar fast 9 Prozent höher, doch lagen die Zweijahresvergleichsraten in den Vorquartalen durchgängig bei über 15 Prozent.^c

Ein weiterer maßgeblicher Effekt, der die Vorauszahlungen im letzten Quartal 2018 (und vielleicht auch die ifo-Umfrage zur Geschäftslage) beeinflusst haben dürfte, ist die ausgeprägte Niedrigwasserperiode (Ademmer et al. 2018: [IfW-Box 2018.17](#)). Darauf deutet die Verteilung der Körperschaftsteuereinnahmen nach Ländern hin (Daten zur Zahlungsstruktur und damit eine Aufgliederung in Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen liegen auf Länderebene nicht vor).

Die Einnahmen des Landes Rheinland-Pfalz, wo die vom Niedrigwasser stark betroffene BASF ihren Sitz hat, lagen im Dezember 2018 um rund $\frac{3}{4}$ unter dem Vorjahreswert. Die Interpretation dieses Ergebnisses wird zwar dadurch erschwert, dass der bereits angesprochene hohe Vorjahreswert ebenfalls maßgeblich auf Rheinland-Pfalz zurückging. Allerdings ist der Rückgang in der Zweijahres-Betrachtung mit 47 Prozent immer noch sehr markant und auch für die durchaus hoch volatilen Veränderungsraten der Körperschaftsteuer auf Länderebene bemerkenswert (Abbildung K4-2). Ohne Rheinland-Pfalz lag der Rückgang der Körperschaftsteuereinnahmen nicht bei 9 Prozent, sondern bei knapp 1 Prozent.

Dass das Dezemberergebnis des Rheinlandes Rheinland-Pfalz so ausgesprochen negativ war, wird mit dem Befund komplettiert, dass andere Länder, wie Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen, wo ebenfalls Industrieanlagen am Rhein zu finden sind, auch eher schwache Körperschaftsteuereinnahmen zu verbuchen hatten.

Abbildung K4-2:**Körperschaftsteuereinnahmen im Dezember 2018 nach Ländern**

Veränderungsraten zum Vorjahr bzw. Vorvorjahr.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, *interne Arbeitsunterlage*; eigene Berechnungen.

Fazit: Das schwache Ergebnis der Körperschaftsteuer im Dezember 2018 geht maßgeblich auf die Vorauszahlungen zurück, die wiederum aktuelle konjunkturelle Entwicklungen relativ zeitnah nachzeichnen. Zwar waren die Vorauszahlungen im Vorjahr überzeichnet, doch schlägt ebenfalls die konjunkturelle Abschwächung des zweiten Halbjahres 2018 durch. Dass hierbei die Niedrigwasserepisode auch für die Körperschaftsteuereinnahmen von Bedeutung sein dürfte, wird von der regionalen Verteilung der Einnahmen gestützt. Letzteres deutet daraufhin, dass sich der negative Trend des Dezembers bei den Vorauszahlungen angesichts der Normalisierung der Pegelstände nicht im gleichen Umfang fortsetzen dürfte.

^aTypischerweise erfolgen die Vorauszahlungen in den Monaten März, Juni, September und Dezember, wodurch das Aufkommen dieser Monate deutlich über denen der anderen Monate liegt. — ^bDie Körperschaftsteuerzahlungen beziehen sich stets auf das Entstehungsjahr der Steuerschuld, werden wegen der Veranlagung aber erst im Nachgang endgültig festgelegt. Um einen gleichmäßigeren Zahlungsstrom zu erreichen, werden typischerweise bereits im laufenden Jahr Vorauszahlungen geleistet, die sich an der zu erwartenden Steuerlast orientieren. Eine Aufgliederung der Steuerzahlungen nach Entstehungsjahr, Zahltermin und Zahlungsart (Vorauszahlung, Nachzahlung bzw. Erstattung) findet sich in der Zahlungsstrukturstatistik. — ^cDie grundsätzlich hohe Dynamik im Jahr 2018 geht auch auf eine Rechtsänderung zurück, durch die Abzugsmöglichkeiten für Körperschaften entfallen sind.

vom 1. Januar 2018, und die zeitgleiche und im absoluten Umfang identische Reduktion des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung bzw. Anhebung des Beitragssatzes in der sozialen Pflegeversicherung dürften per Saldo zu Mehreinnahmen führen, da mehr Personen in der sozialen Pflegeversicherung versichert sind als in der Arbeitslosenversicherung. Die Wiedereinführung der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung hat keinen direkten Einfluss auf die Höhe der Beitragseinnahmen, wobei allerdings die Bruttolohn- und -gehaltssumme und damit die Beitragseinnahmen indi-

rekt gedämpft werden dürften (Groll 2018a: [IfW-Box 2018.9](#)). Die sonstigen Einnahmen verlieren wohl deutlich an Fahrt, obwohl zu Beginn des Jahres die Mautsätze angehoben worden sind und die Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank $\frac{1}{2}$ Mrd. Euro höher ausfällt als im Vorjahr. Dafür entfallen einmalige Zahlungen wie die Geldstrafen der Firmen VW und Audi sowie Zahlungen aus einem Schiedsverfahren mit der Firma TollCollect. Alles in allem dürften die Einnahmen trotz des geringeren Tempos merklich auf 1593 Mrd. Euro zulegen (Tabelle 9).

Tabelle 9:
Einnahmen und Ausgaben des Staates 2016–2020 (Mrd. Euro)

	2016	2017	2018	2019	2020
Einnahmen	1 415,5	1 473,8	1 543,6	1 592,9	1 646,4
➤ relativ zum BIP	44,8	45,0	45,6	45,5	45,3
Steuern	731,7	766,4	801,0	825,3	851,7
➤ relativ zum BIP	23,2	23,4	23,7	23,6	23,4
Sozialbeiträge	523,9	548,6	571,7	595,2	619,2
➤ relativ zum BIP	16,6	16,7	16,9	17,0	17,0
Sonstige Einnahmen	159,9	158,9	170,8	172,3	175,5
➤ relativ zum BIP	5,1	4,8	5,0	4,9	4,8
Ausgaben	1 386,8	1 439,8	1 485,5	1 551,5	1 620,0
➤ relativ zum BIP	43,9	43,9	43,9	44,3	44,5
Arbeitnehmerentgelt	237,8	246,7	256,3	265,8	275,4
Vorleistungen	150,1	156,3	161,8	168,7	175,7
Soziale Sachleistungen	268,4	278,4	286,1	298,4	312,2
Bruttoinvestitionen	68,2	72,4	78,1	84,7	90,9
Geleistete Vermögenseinkommen	37,4	33,8	31,0	29,7	29,0
Monetäre Sozialleistungen	486,8	506,1	520,3	545,8	571,0
Subventionen	28,0	28,4	28,9	29,9	31,0
Sonstige laufende Übertragungen	75,5	75,2	83,0	91,4	95,5
Vermögensübertragungen	35,6	43,9	41,2	38,4	40,6
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,6	-1,4	-1,4	-1,4
Finanzierungssaldo	28,7	34,0	58,0	41,4	26,3
➤ relativ zum BIP	0,9	1,0	1,7	1,2	0,7
Einnahmen der Gebietskörperschaften	919,8	954,2	1 001,7	1 028,3	1 058,6
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	918,7	953,1	1 000,6	1 027,2	1 057,5
Transfers der Sozialversicherung	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Ausgaben der Gebietskörperschaften	899,2	930,3	958,6	996,3	1 039,5
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	789,0	815,1	840,3	873,9	909,2
Transfers an die Sozialversicherung	110,3	115,1	118,3	122,3	130,3
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	20,5	23,9	43,1	32,0	19,1
Einnahmen der Sozialversicherung	607,1	635,9	661,4	688,1	719,2
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	496,8	520,8	543,0	565,7	588,9
Ausgaben der Sozialversicherung	598,9	625,8	646,4	678,7	712,0
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	597,8	624,7	645,3	677,6	710,9
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	8,2	10,1	14,9	9,4	7,2

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte legen 2019 kräftig zu. Angesichts der guten Haushaltslage vieler Gebietskörperschaften ist mit einem weiterhin kräftigen Anstieg der Bruttoinvestitionen zu rechnen, wobei nicht nur der Baubereich begünstigt sein dürfte, sondern unter anderem durch die Anschaffungen im Bereich Verteidigung auch Ausrüstungen und sonstige Anlagen. Ebenfalls dürften Ausgaben zur Investitionsförderung zum Beispiel im Bereich Breitbandausbau zulegen, was sich in den Ausgaben für Subventionen und Vermögensübertragungen niederschlagen dürfte. Letztere werden im laufenden Jahr allerdings deutlich nachlassen, da die Zahlungen der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein im Zuge der

Abwicklung der HSH Nordbank entfallen. Mit geringerem Tempo dürften die Arbeitnehmerentgelte zulegen. Zwar führt der jüngst vereinbarte Tarifabschluss der Länder zu einem deutlichen Lohnplus, doch dürfte der Personal Ausbau langsamer stattfinden als in den Vorjahren. Gestärkt durch Maßnahmen wie dem Digitalpakt werden die Ausgaben für Vorleistungen kräftiger zulegen als im Vorjahr. Bei den sozialen Sachleistungen ist mit einer starken Zunahme zu rechnen. Zum einen wird sich das Pflegepersonalstärkungsgesetz hier auswirken, und zum anderen kommt die Ausweitung des Hilfsmittelverzeichnisses der gesetzlichen Krankenversicherung zum Tragen. Unter anderem durch das Rentenpaket, die Anhebung des

Kindergeldes und die Ausweitung des Kinderzuschlags werden die monetären Sozialleistungen deutlich steigen. Die Zinsausgaben werden hingegen wohl weiter sinken. Bei den sonstigen laufenden Transfers ist insbesondere wegen der im derzeitigen Stand der Haushaltsplanung deutlich höheren EU-Eigenmittel-Zahlungen abermals mit einem spürbaren Anstieg zu rechnen. Insgesamt dürften die Ausgaben des Staates rund 1552 Mrd. Euro betragen. Der Budgetüberschuss sinkt deutlich auf 41 Mrd. Euro (1,2 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung).

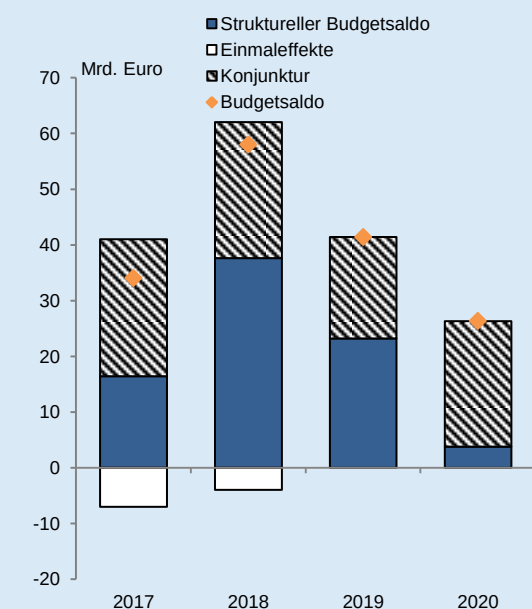
Im Jahr 2020 steigen die Einnahmen wieder etwas schneller. Während die Beitragseinnahmen wohl nahezu mit der gleichen Geschwindigkeit expandieren werden wie im Jahr 2019, dürften sich die Steuereinnahmen trotz der steuerlichen Forschungsförderung und einer abermaligen Anpassung des Einkommensteuertarifs leicht beschleunigen, vor allem weil die nominale Wirtschaftsleistung – auch bedingt durch die höhere Zahl an Arbeitstagen – wohl stärker zulegen wird als im Vorjahr. Die sonstigen Einnahmen dürften wieder mit ihrer trendmäßigen Entwicklung etwas kräftiger zulegen. Sondereffekte, die den Zuwachs im Vorjahr gedämpft hatten, entfallen. Insgesamt rechnen wir mit Einnahmen in Höhe von 1646 Mrd. Euro.

Der Ausgabenanstieg setzt sich ungebrems fort. Die bereits im Vorjahr ergriffenen Maßnahmen auf Bundesebene führen auch im Jahr 2020 zu höheren Ausgaben. Ebenso ist auf Ebene der Kommunen und der Länder mit zusätzlichen Ausgaben zu rechnen, was sich insbesondere in anhaltend hohen Raten bei Vorleistungen und Bruttoinvestitionen niederschlagen dürfte. Die Ausgaben für soziale Sachleistungen dürften angesichts der Umsetzung des Pflegepersonalstärkungsgesetzes wiederum deutlich anziehen. Die Umsetzung der „Grundrente“ führt dazu, dass die monetären Sozialleistungen ebenfalls ähnlich kräftig wie im Jahr 2019 expandieren dürften. Die Dynamik der sonstigen laufenden Übertragungen dürfte allerdings spürbar nachlassen, da die EU-Eigenmittel-Zahlungen nicht mehr so kräftig ausge-

weitert werden.⁶ Insgesamt dürften die Ausgaben auf 1620 Mrd. Euro steigen. Der Budgetüberschuss sinkt wohl auf 26 Mrd. Euro.

Der strukturelle Überschuss sinkt fast auf null. Ein wesentlicher Teil der Budgetüberschüsse der vergangenen Jahre war zyklischen Ursprungs. So machte die Konjunkturkomponente unseren Berechnungen zufolge im Jahr 2018 20 Mrd. Euro des Überschusses von etwas über 58 Mrd. Euro aus. Die expansive Finanzpolitik sorgt zudem dafür, dass der strukturelle Budgetsaldo in den kommenden beiden Jahren deutlich auf gut 2 Mrd. Euro (0,1 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) im Jahr 2020 sinkt (Abbildung 27).

Abbildung 27:
Struktureller Budgetsaldo 2017–2020



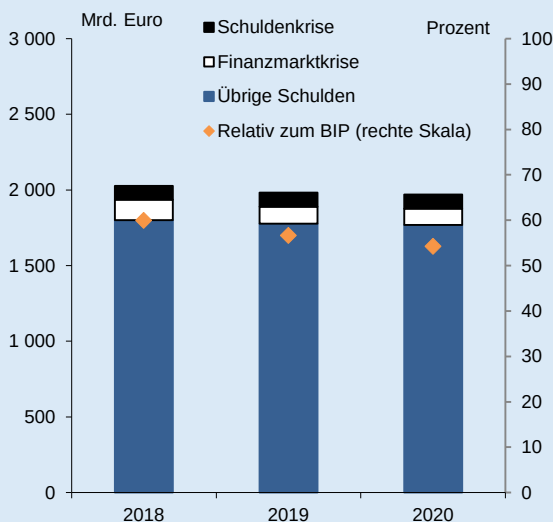
Quelle: Europäische Kommission, AMECO; eigene Berechnungen und Prognosen.

Der Bruttoschuldenstand sinkt im laufenden Jahr deutlich unter die Maastricht-Marke. Durch die Überschüsse, den deutlichen Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts und den Abbau der Verbindlichkeiten der „Bad Banks“ sinkt der Bruttoschuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt rapide und dürfte

⁶ Ein No-Deal-Brexit wird hier nicht betrachtet. In diesem Falle dürfte der Anstieg der Eigenmittelzahlungen noch höher ausfallen.

Ende des Jahres etwa 56,7 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen. Im Jahr 2020 dürfte dann ein Wert von 54,1 Prozent erreicht werden (Abbildung 28).

Abbildung 28:
Bruttoschuldenstand 2018–2020



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankenrettung entstehen: FMS-Wertmanagement und EAA.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; BMF, *Monatsbericht*; eigene Berechnungen und Prognosen.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Die protektionistischen Risiken für die deutsche Exportwirtschaft sind noch nicht ausgestanden, auch wenn es im chinesisch-amerikanischen Handelskonflikt jüngst Entspannungssignale gab. Die seit zwei Jahren von den Vereinigten Staaten ausgehenden protektionistischen Tendenzen haben zur Eintrübung des weltwirtschaftlichen Klimas beigetragen. Im bilateralen Verhältnis zwischen den USA und China zeichnete sich in jüngster Zeit eine Verständigung ab, die nicht nur die Spirale der Zollsatzanhebungen stoppen, sondern auch die bereits verhängten Zusatzzölle wieder zurücknehmen könnte. Dies stellt für sich genommen ein Aufwärtsrisiko für den Welthandel und damit auch für die Weltkonjunktur dar, weil dann Produktionsstrukturen, die auf grenzüberschreitenden Güteraustausch angelegt sind, wieder

wirksamer genutzt werden können. Allerdings können durch handelsumlenkende Effekte auch negative Effekte in Drittländern auftreten. Im Handelskonflikt mit der Europäischen Union sind demgegenüber noch keine Fortschritte zu verzeichnen, und es steht weiterhin die US-amerikanische Drohung im Raum, speziell auf die Automobileinfuhren empfindliche Zusatzzölle zu verhängen. Zwar wären die Langfristeffekte, die sich auf der Basis von Handelsmodellen bestimmen lassen, eher gering. So schätzen Felbermayr und Steininger (2019), dass ein seitens der USA einseitig auf 27 Prozent angehobener Pkw-Zoll die Gesamtausfuhren Deutschlands langfristig um etwa 0,8 Prozent reduzieren würde, wodurch die Wirtschaftsleistung um 0,1 bis 0,2 Prozent zurückginge. Kurzfristig können die Effekte aber deutlich größer ausfallen, da die Anpassung der Produktionsstrukturen wie auch der Absatzkanäle Zeit benötigt. Zudem würde die größere Politikunsicherheit bei einer Eskalation des transatlantischen Handelsstreits zusätzlich konjunkturell dämpfend wirken. Es steht zu vermuten, dass sich die US-amerikanische Regierung erst nach einem Abschluss der amerikanisch-chinesischen Handelsgespräche dem Verhältnis zur Europäischen Union zuwenden wird. Da die Verhandlungen mit China offenbar kurz vor dem Abschluss stehen, könnten neue Zollmauern gegenüber der Europäischen Union aber schon in Kürze auf der Agenda stehen.

Im Brexit-Prozess ist ein abruptes Zurückfallen auf WTO-Standards am 30. März 2019 unwahrscheinlicher geworden. Zwar lässt sich ein EU-Austritt des Vereinigten Königreiches ohne ein Austrittsabkommen, das die Handelsbeziehungen zwischen beiden Wirtschaftsräumen regelt, nicht gänzlich ausschließen. Allerdings bestehen verschiedene Optionen, mit denen ein abrupter Übergang in ein Drittland-Verhältnis nach WTO-Standard abgewendet werden können. Hierzu zählen eine Verlängerung des Brexit-Verhandlungsprozesses, ein Inkraftsetzen der für den Fall eines Austrittsabkommens bereits vereinbarten Übergangsregelungen, ein abermaliges Votum der britischen Wähler (mit entsprechend aufschiebender Wirkung auf den Brexit-Prozess) und die Erklärung gegenseitigen Freihandels, die bei gleichzeitiger Absichtserklärung zur Aufnahme

von Freihandelsgesprächen nicht gegen die WTO-Meistbegünstigungsregel verstieße. Im Notfall könnte das Vereinigte Königreich über unilateral erklärten temporären Freihandel für die eigenen Importe zumindest größeren Versorgungsproblemen im eigenen Land entgegenwirken, was wiederum die Handelsbeziehungen teilweise stabilisieren könnte. Derzeit steht zu erwarten, dass eine dieser Optionen zum Zuge kommen wird, um ein für alle Seiten schädliche Belastung vor allem des Warenaustausches abzuwenden.

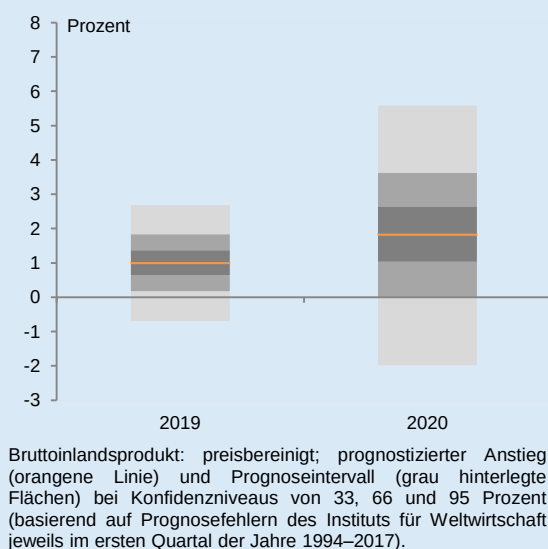
Die konjunkturelle Abkühlung in Deutschland bietet keinen Anlass zu staatlichem Gegensteuern. Für die stabilitätspolitische Einschätzung des Konjunkturverlaufs ist neben dem Expansionstempo auch das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung in den Blick zu nehmen. Während der Stagnationsphase des zurückliegenden Halbjahrs ist besonders die ausbleibende Dynamik öffentlich wahrgenommen worden, so dass im Schlussquartal des vergangenen Jahres die Möglichkeit einer technischen Rezession in den Vordergrund der Konjunkturdebatte rückte. Abgesehen davon, dass es ohne die im zweiten Halbjahr wirkenden Sondereffekte (WLTP-Umstellung, Niedrigwasser) zu positiven Zuwachsraten in beiden Quartalen gekommen wäre, vollzieht sich die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland bis zuletzt bei einer Kapazitätsauslastung oberhalb des Normalniveaus. Der Konjunkturmotor läuft somit immer noch mit überhöhter Drehzahl. In einer solchen Phase hätte selbst eine „technische Rezession“ für die Konjunkturpolitik keine Bedeutung, da eine ökonomische Rezession (rückläufige gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung unterhalb des Normalniveaus) nicht vorliegt und sich im Prognosezeitraum auch noch nicht abzeichnet. Dementsprechend wäre ein zusätzlich expansiv wirkendes Eingreifen des Staates stabilisierungspolitisch kontraproduktiv, da es die tatsächliche Wirtschaftsleistung wieder weiter vom Potenzialpfad wegführen würde. Die bereits im vergangenen Jahr beschlossenen und in diesem Jahr expansiv wirkenden Maßnahmen des Staates belaufen sich auf rund 0,6 Prozent der Wirtschaftsleistung und werden vor allem über die Stärkung der Masseneinkommen die konsumnahen Wirtschaftsbereiche fördern. Der strukturelle

Überschuss in Höhe von 1,1 Prozent aus dem Vorjahr schmilzt im Zuge der finanzpolitischen Ausrichtung auf 0,7 Prozent in diesem und 0,1 Prozent im kommenden Jahr ab. Sollte es im Handelskonflikt mit den Vereinigten Staaten zu drastischen protektionistischen Maßnahmen kommen, die die deutschen Ausfuhren spürbar dämpfen, so ließen sich die unmittelbaren Effekte nicht durch staatliches Handeln ausgleichen, da der im Auslandsgeschäft wegfallende Absatz aufgrund der spezifischen Güterstruktur kaum kurzfristig im Inland absorbiert werden kann. Über das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren kann aber ein stärkeres Übergreifen des außenwirtschaftlichen Impulses auf die Binnenwirtschaft eingedämmt werden.

Bei den staatlichen Infrastrukturausgaben droht derzeit eine Überdosierung. Die Bereitstellung von wachstumsgerechten Infrastrukturen ist ein wichtiger Beitrag zur Standortqualität. Hierauf kann der Staat sowohl durch die Regulierung als auch über die eigene Investitionstätigkeit erheblichen Einfluss nehmen. Bis vor drei Jahren waren die preisbereinigten staatlichen Infrastrukturinvestitionen (gemessen an den Ausgaben für den öffentlichen Nichtwohnungsbau) für den Zeitraum einer halben Dekade in der Tendenz rückläufig, seitdem sind erhebliche Aufwüchse zu verzeichnen. Diese gehen seit zwei Jahren allerdings mit einem kräftigen Baupreisaufruf einher, denn die staatliche Nachfrage trifft auf einen Wirtschaftsbereich, der seit längerem historische Spitzenwerte bei der Kapazitätsauslastung verzeichnet, auch weil infolge niedriger Zinsen vor allem der Wohnungsbau boomt. So zog der Deflator für den öffentlichen Bau von 1,6 Prozent im Jahr 2016 auf 3,7 Prozent (2017) und 5,7 Prozent (2018) an. Im Prognosezeitraum dürfte er mit Raten um 5 Prozent weiter kräftig zulegen. Damit verpufft etwa die Hälfte der Aufwüchse in den öffentlichen Infrastrukturhaushalten in Form von höheren Preisen. Die rege Ausgabentätigkeit für Baumaßnahmen ist – insbesondere auf kommunaler Ebene – nicht zuletzt der guten Kassenlage geschuldet. Eine solche prozyklische Investitionstätigkeit wirkt aber nicht nur konjunkturell destabilisierend, wie sich an der Überhitzung der Bauwirtschaft ablesen lässt. Sie führt über den Konjunkturzyklus hinweg auch zu einem geringeren Aufbau des staatli-

chen Infrastrukturkapitalstocks als es bei einem mittelfristig verstetigten Finanzgebaren der öffentlichen Hand möglich wäre. Insbesondere würden dann auch die Bauunternehmen eher bereit sein, ihre Kapazitäten auszuweiten. Solange sie befürchten müssen, im Zuge weniger dynamisch expandierender Steuereinnahmen überproportional ausbleibende öffentliche Aufträge zu erhalten, werden sie beim Kapazitätsaufbau eher vorsichtig agieren und lieber zwischenzeitlich höhere Preise mitnehmen. So erreichte der Deflator der Bruttowertschöpfung im Baugewerbe im vergangenen Jahr mit 7,9 Prozent den höchsten Wert seit dem Jahr 1992. Insgesamt machen die kräftigen Preisschübe bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand deutlich, dass sich die Vorteilhaftigkeit der staatlichen Investitionstätigkeit im Infrastrukturbereich nicht allein an den derzeit günstigen Finanzierungsbedingungen festmachen lässt.

Abbildung 29:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2019–2020



Quelle: Eigene Berechnungen.

Eine Industriepolitik, die insbesondere auf digitale Netzwerküter abstellt, sollte sich vor allem für den Ausbau des europäischen Binnenmarkts engagieren. Deutschland ist so stark in die Weltwirtschaft integriert wie kaum ein anderes Land vergleichbarer Größe. Dies hat erheblich zum Wohlstand hierzulande beigetragen. Möglich wurde dies nicht zuletzt durch die vielen größeren Mittelständler („Hid-

den Champions“), die auf den Weltmärkten führend sind. Deren Prosperität ist nicht auf eine gezielte nationale Industriepolitik zurückzuführen, sondern lebt von der allgemeinen Offenheit des Landes, zu der auch die Integration in den europäischen Binnenmarkt beigetragen hat. Naturgemäß prägen sich dabei Spezialisierungsmuster heraus, die in den Außenwirtschaftsbeziehungen gegenseitige Abhängigkeiten schaffen. So ist die ausgeprägte mittelständische Struktur im deutschen Unternehmenssektor günstig für die Produktion hochspezialisierter Ausrüstungsgüter und entsprechender – auch digitaler – Dienstleistungen, aber weniger geeignet für die Produktion von digitalen Plattformprodukten für Massenmärkte, in denen für die Dauer eines Technologiezyklus typischerweise wenige Unternehmen eine dominante Marktposition einnehmen. Für das Entstehen von neuen digitalen Plattformprodukten kann auch die Größe des Heimatmarktes eine wichtige Rolle spielen, der für die Skalierung der Geschäftsmodelle von jungen Unternehmen besonders wichtig ist, bevor sie in der übrigen Welt aktiv werden. Der ökonomische Heimatmarkt ist nicht gleichbedeutend mit dem nationalen Markt, sondern entspricht im Wesentlichen – abgesehen von zunehmend weniger bedeutsamen Sprachbarrieren – dem Wirtschaftsraum, in dem derselbe Ordnungs- und Regulierungsrahmen besteht wie im Sitzland des Unternehmens. In der Europäischen Union ist dies idealerweise der europäische Binnenmarkt.⁷ Bestehende Hürden für die transeuropäische Aktivität junger Unternehmen (auch mit Blick auf die Risikokapitalversorgung) abzubauen, sollte daher oberste Priorität einer Wirtschaftspolitik haben, die technologieoffen agiert und das konkrete Ausprägen der Wirtschaftsstruktur den Marktkräften überlässt (Dohse et al. 2019). Ob im Europäischen Binnenmarkt Anbieter der Digitalwirtschaft hervortreten, die denen in den Vereinigten Staaten oder Chinas vergleichbar sind, wird sich dann zeigen. Gegen eine aktive Industrieförderung zugunsten solcher Unternehmen spricht nicht zuletzt, dass dadurch Ressourcen von anderen Unternehmen abgezogen werden, die bislang

⁷ Diesem Ziel dient auch, die Wirtschaftsbeziehungen zum Vereinten Königreich nach einem EU-Austritt des Landes möglichst barrierefrei zu halten.

ohne Förderung am Markt erfolgreich waren. Deren Entwicklungsmöglichkeiten würden sich dann verschlechtern. So klagen bereits heute viele Unternehmen darüber, dass zunehmende Knappheiten bei gut ausgebildeten Fachkräften und Spezialisten (insbesondere in den MINT-Berufen) ihre Wachstumsmöglichkeiten beschränken. Diese Arbeitskräfte werden nicht nur für den Aufbau von neuen digitalen Plattformin-

dustrien benötigt, sondern auch für andere Wirtschaftsbereiche, nicht zuletzt für die erfolgreiche Fortführung der bereits weltweit von Deutschland aus aktiven „Hidden Champions“. Drehtüreffekte, die neue, subventionierte Unternehmen auf Kosten des Wachstums frei am Markt agierender Unternehmen entstehen lassen, sollten nicht das Ergebnis der Wirtschaftspolitik sein.

Literatur

- Abadie, A., und J. Gardeazabal (2003). The economic costs of conflict: a case study of the Basque country. *American Economic Review* 93 (1): 113–132.
- Abadie, A., A. Diamond und J. Hainmueller (2014). Comparative Politics and the Synthetic Control Method. *American Journal of Political Science* 59 (2): 495–510.
- Ademmer, M., N. Jannsen, S. Kooths und S. Möhle (2018a). Zum Einfluss des Niedrigwassers auf die Konjunktur. IfW-Box 2018.17. Via Internet (25.2.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2018/zum-einfluss-des-niedrigwassers-auf-die-konjunktur-0/>>.
- Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, S. Fiedler, D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths und G. Potjagailo (2018b). Aufschwung stößt an Grenzen – Belebung nur temporär. Kieler Konjunkturberichte 50 (2018|Q4). Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (6.3.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kieler-konjunkturberichte/2018/aufschwung-stoesst-an-grenzen-belebung-nur-temporaer-11863/>>.
- Ademmer, M., N. Jannsen, S. Kooths und S. Möhle (2019a). Niedrigwasser bremst Produktion. *Wirtschaftsdienst* 99 (1): 79–80.
- Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, S. Fiedler, K.-J. Gern, D. Groll, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, S. Möhle, G. Potjagailo und U. Stolzenburg (2019b). Mittelfristprojektion für Deutschland. Kieler Konjunkturberichte 54 (2019|1). Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (14.3.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kieler-konjunkturberichte/2019/deutsche-wirtschaft-im-abschwung-0/>>.
- Baker, S.R., N. Bloom und S.J. Davis (2016). Measuring economic policy uncertainty. *The Quarterly Journal of Economics* 131 (4): 1593–1636.
- Biggs, M., T. Mayer und A. Pick (2009). Credit and economic recovery. DNB Working Paper 218. De Nederlandsche Bank, Amsterdam.
- BIS (Bank for International Settlements) (2019). Debt Service Ratios. Via Internet (5.3.2019) <<https://www.bis.org/statistics/dsr.htm?m=6%7C380%7C671>>.
- Born, B., G.J. Müller, M. Schularick und Petr Sedláček (2017). The Costs of Economic Nationalism: Evidence from the Brexit Experiment. CEPR Discussion Paper DP12454. Centre for Economic Policy Research, London.
- Boysen-Hogrefe, J. (2018). Zur Prognose der öffentlichen Konsumausgaben. IfW-Box 2018.20. Via Internet (4.3.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2018/zur-prognose-der-oeffentlichen-konsumausgaben-0/>>.
- Creditreform (2018). Insolvenzen in Deutschland, Jahr 2018. Via Internet (6.3.2019) <<https://www.creditreform.de/nc/aktuelles/news-list/details/news-detail/insolvenzen-in-deutschland-jahr-2018.html>>.
- Davis, S.J. (2018). Guest Contribution: Trump's Trade Policy Uncertainty Deters Investment. Econbrowser. Via Internet (5.3.2019) <<http://econbrowser.com/archives/2018/08/guest-contribution-trumps-trade-policy-uncertainty-deters-investment>>.
- Deutsche Bundesbank (2017). Sparverhalten im Niedrigzinsumfeld – Ergebnisse der PHF Sommerbefragung 2016. Research Brief, 12. Ausgabe. April. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (2019). Zur Schwäche der deutschen Automobilproduktion im zweiten Halbjahr. Monatsbericht. Februar. Frankfurt am Main.
- DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag) (2019). Ausblick verdunkelt sich. DIHK-Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2019. Via Internet (6.3.2019) <<https://www.dihk.de/themenfelder/wirtschaftspolitik/konjunktur-und-wachstum/umfragen-und-prognosen/konjunkturumfrage-jahresbeginn-2019/ergebnisse-02-19>>.

- Dohse, D., G. Felbermayr, H. Görg, S. Kooths, W. Lechthaler und C. Trebesch (2019). Zeit für eine neue Industriepolitik? Positionspapier des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) zum Entwurf einer Nationalen Industriestrategie 2030. Kiel Policy Brief 122. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (6.3.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kiel-policy-briefs/2019/zeit-fuer-eine-neue-industriepolitik-12387/>>.
- Dovern, J., und N. Jannsen (2017a). Systematic Errors in Growth Expectations over the Business Cycle. *International Journal of Forecasting* 33: 760–769.
- Dovern, J., und N. Jannsen (2017b). Systematische Prognosefehler in unterschiedlichen Konjunkturphasen. IfW-Box 2017.15. Via Internet (3.9.2018) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2017/systematische-prognosefehler-in-unterschiedlichen-konjunkturphasen-8789/>>.
- Felbermayr, G., und M. Steininger (2019). Effects of New US Auto Tariffs on German Exports, and on Industry Value Added around the World. Ifo Institut. Via Internet (8.3.2019) <<https://www.cesifo-group.de/de/dms/ifodoc/docs/pr/pr-PDFs/201902-Felbermayr-Steininger-Automotive-Tariffs.pdf>>.
- Gern, K.-J., und P. Hauber (2019). Konjunkturabschwächung in China. *Wirtschaftsdienst* 99 (3). Im Erscheinen.
- Gern, K.-J., P. Hauber, S. Kooths, S. Möhle und U. Stolzenburg (2019). Gebremste Expansion der Weltwirtschaft. Kieler Konjunkturbericht 51 (2019|Q1). Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (12.3.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kieler-konjunkturberichte/2019/gebremste-expansion-der-weltwirtschaft-0/>>.
- Groll, D. (2018a). Gesamtwirtschaftliche Folgen der geplanten Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung. IfW-Box 2018.9. Via Internet (12.3.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2018/gesamtwirtschaftliche-folgen-der-geplanten-rueckkehr-zur-paritaetischen-finanzierung-in-der-gesetzlichen-krankenversicherung-10997/>>.
- Groll, D. (2018b). Zur Zeitarbeit als Frühindikator am aktuellen Rand. IfW-Box 2018.19. Via Internet (28.2.2018) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2018/zur-zeitarbeit-als-fruehindikator-am-aktuellen-rand-0/>>.
- ING (2016). Negative rates, negative reactions. Via Internet (5.3.2019) <<https://www.ingwb.com/media/1471698/negative-interest-rates-report.pdf>>.
- Jannsen, N. (2014). Die Schwäche des Welthandels und Implikationen für die deutschen Exporte. IfW-Box 2014.9. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (8.3.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2014/die-schwaechе-des-welthandels-und-implikationen-fuer-die-deutschen-exporte-8855/>>.
- Jannsen, N. (2017). Zum Zusammenhang zwischen Unternehmens- und Vermögenseinkommen, Arbeitstagen und Terms of Trade. IfW-Box 2017.11. Via Internet (6.3.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2017/zum-zusammenhang-zwischen-unternehmens-und-vermoegenseinkommen-arbeitstagen-und-terms-of-trade-8793/>>.
- Jannsen, N. (2018). Zur Revisionsanfälligkeit der privaten Konsumausgaben im vierten Quartal. IfW-Box 2018.3. Via Internet (6.3.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2018/zur-revisionsanfaelligkeit-der-privaten-konsumausgaben-im-vierten-quartal-10168/>>.
- Jannsen, N., und M. Kallweit (2018). Auswirkungen des neuen WLTP-Prüfverfahrens. *Wirtschaftsdienst* 98 (11): 831–832.
- Jannsen, N., und G. Potjagailo (2016). Die Wirkung von Unsicherheit in den Abnehmerländern auf die deutschen Ausfuhren. IfW-Box 2016.9. Via Internet (6.3.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2016/die-wirkung-von-unsicherheit-in-den-abnehmerlaendern-auf-die-deutschen-ausfuehren-8821/>>.
- Kallweit, M., und N. Jannsen (2018). Auswirkungen des neuen WLTP-Prüfverfahrens. *Wirtschaftsdienst* 98 (11): 831–832.
- Kooths, S., und U. Stolzenburg (2018). Zur Exportabhängigkeit der deutschen Konjunktur. *Wirtschaftsdienst* 98 (3): 219–220. Via Internet (11.12.2018) <<https://archiv.wirtschaftsdienst.eu/jahr/2018/3/zur-exportabhaengigkeit-der-deutschen-konjunktur/>>.
- Novy, D., und A.M. Taylor (2014). Trade and uncertainty. NBER Working Paper w19941. National Bureau of Economic Research. Cambridge, Mass.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2018). Aufschwung verliert an Fahrt – Weltwirtschaftliches Klima wird rauer. Gemeinschaftsdiagnose im Herbst 2018. Essen.
- VDA (Verband der Automobilindustrie) (2019). Mattes: Deutsche Hersteller zeigen viele Innovationen in Genf. Pressemitteilung vom 2. März. Via Internet (5.3.2019) <<https://www.vda.de/de/presse/Pressemeldungen/20190304-Mattes-Deutsche-Hersteller-zeigen-viele-Innovationen-in-Genf-.html>>.

Tabellenanhang

Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2017–2020					
	2017	2017	2018	2019	2020
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		2,2	1,4	1,0	1,8
Private Konsumausgaben		1,8	1,0	1,5	1,8
Konsumausgaben des Staates		1,6	1,0	1,9	2,0
Anlageinvestitionen		2,9	2,6	2,2	2,7
Ausrüstungsinvestitionen		3,7	4,2	1,7	2,8
Bauinvestitionen		2,9	2,4	2,8	3,2
Sonstige Anlagen		1,3	0,4	1,2	0,9
Vorratsveränderung		0,0	0,5	0,0	0,0
Inländische Verwendung		2,0	1,9	1,8	2,0
Ausfuhr		4,6	2,0	2,8	4,3
Einfuhr		4,8	3,3	5,0	5,0
Außenbeitrag		0,3	-0,4	-0,7	0,0
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3 277,3	3,7	3,3	3,3	4,0
Private Konsumausgaben	1 732,2	3,4	2,6	2,8	3,3
Konsumausgaben des Staates	638,9	3,8	3,6	4,5	4,5
Anlageinvestitionen	665,7	5,0	5,6	5,6	5,7
Ausrüstungsinvestitionen	215,2	4,2	4,9	3,0	3,3
Bauinvestitionen	326,6	6,4	7,3	8,1	8,3
Sonstige Anlagen	123,9	2,9	2,6	3,2	2,7
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		-7,2	14,6	15,0	14,0
Inländische Verwendung	3 029,5	4,0	4,2	3,8	4,1
Ausfuhr	1 541,9	6,3	3,1	3,4	5,0
Einfuhr	1 294,1	7,6	5,2	4,5	5,3
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		247,8	229,2	221,8	228,3
Bruttonationaleinkommen	3 346,3	3,8	3,3	3,4	4,0
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,5	1,9	2,3	2,1
Private Konsumausgaben		1,6	1,6	1,3	1,5
Konsumausgaben des Staates		2,2	2,6	2,5	2,4
Ausrüstungsinvestitionen		0,5	0,6	1,3	0,6
Bauinvestitionen		3,3	4,8	5,1	4,9
Sonstige Anlagen		1,5	2,2	2,0	1,8
Ausfuhr		1,6	1,1	0,5	0,7
Einfuhr		2,6	1,8	-0,5	0,3
Nachrichtlich: Verbraucherpreise		1,5	1,7	1,5	1,8
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2 456,4	3,9	3,1	3,1	4,1
Arbeitnehmerentgelt	1 668,8	4,2	4,6	4,3	4,0
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		67,9	69,0	69,8	69,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	787,6	3,3	-0,3	0,4	4,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 869,9	3,4	3,3	3,5	3,4
Sparquote (Prozent)		9,9	10,4	10,9	10,9
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1 366,6	4,2	4,8	4,3	4,1
Effektivlohn, Stundenbasis		2,4	2,7	3,1	3,1
Lohnstückkosten, Stundenbasis		1,6	2,5	3,1	1,9
Produktivität, Stundenbasis		0,9	0,0	-0,1	1,0
Arbeitslose (1 000)		2 533	2 340	2 193	2 105
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,7	5,2	4,8	4,6
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		44 269	44 838	45 291	45 618
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		34,0	58,0	41,4	26,3
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		1,0	1,7	1,2	0,7
Öffentliche Schulden (Prozent)		63,9	59,9	56,7	54,1
Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.					
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; grau hinterlegt: Prognose des IfW.					

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2020

	2018	2019	2020	2019		2020	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erw. erbstätige	1,3	1,0	0,7	1,0	1,0	0,8	0,6
Arbeitsvolumen	1,4	1,0	0,8	1,0	1,1	0,6	1,0
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,2	0,0	0,1	- 0,1	0,1	- 0,2	0,4
Produktivität ¹	0,0	- 0,1	1,0	- 0,6	0,4	1,1	0,9
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,4	1,0	1,8	0,4	1,5	1,7	1,9

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 438,9	2 518,6	2 611,1	1 226,3	1 292,2	1 275,4	1 335,7
Private Haushalte ²	1 776,7	1 826,7	1 887,9	891,4	935,4	924,4	963,5
Staat	662,2	691,8	723,2	335,0	356,9	351,0	372,2
Anlageinvestitionen	703,3	742,4	784,9	355,8	386,5	375,6	409,3
Ausrüstungen	225,7	232,5	240,2	110,5	122,0	113,9	126,3
Bauten	350,5	378,7	410,0	181,4	197,3	196,0	214,0
Sonstige Anlageinvestitionen	127,1	131,2	134,7	64,0	67,2	65,7	68,9
Vorratsveränderung ³	14,6	15,0	14,0	16,5	- 1,5	14,9	- 0,9
Inländische Verwendung	3 156,8	3 276,0	3 409,9	1 598,7	1 677,3	1 665,9	1 744,1
Außenbeitrag	229,2	221,8	228,3	117,6	104,2	119,3	109,0
Exporte	1 590,2	1 643,9	1 726,3	810,3	833,6	846,5	879,9
Importe	1 360,9	1 422,1	1 498,1	692,7	729,4	727,2	770,9
Bruttoinlandsprodukt	3 386,0	3 497,8	3 638,2	1 716,3	1 781,5	1 785,2	1 853,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,9	3,3	3,7	2,7	3,8	4,0	3,4
Private Haushalte ²	2,6	2,8	3,3	2,1	3,5	3,7	3,0
Staat	3,6	4,5	4,5	4,5	4,5	4,8	4,3
Anlageinvestitionen	5,6	5,6	5,7	5,3	5,8	5,6	5,9
Ausrüstungen	4,9	3,0	3,3	2,4	3,6	3,1	3,6
Bauten	7,3	8,1	8,3	8,0	8,1	8,0	8,5
Sonstige Anlageinvestitionen	2,6	3,2	2,7	3,2	3,2	2,8	2,5
Inländische Verwendung	4,2	3,8	4,1	3,8	3,8	4,2	4,0
Exporte	3,1	3,4	5,0	2,3	4,4	4,5	5,6
Importe	5,2	4,5	5,3	4,9	4,1	5,0	5,7
Bruttoinlandsprodukt	3,3	3,3	4,0	2,7	3,9	4,0	4,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 179,3	2 214,6	2 255,5	1 087,1	1 127,5	1 109,1	1 146,4
Private Haushalte ²	1 610,1	1 634,2	1 663,2	800,6	833,6	816,9	846,3
Staat	568,7	579,8	591,6	286,1	293,7	291,8	299,8
Anlageinvestitionen	608,3	621,4	638,0	299,6	321,8	306,9	331,1
Ausrüstungen	216,3	220,0	226,1	104,4	115,7	106,9	119,2
Bauten	280,7	288,6	297,9	139,8	148,7	144,0	153,9
Sonstige Anlageinvestitionen	112,1	113,4	114,4	55,5	57,9	56,0	58,4
Inländische Verwendung	2 785,3	2 834,2	2 890,2	1 397,9	1 436,3	1 425,5	1 464,7
Exporte	1 486,9	1 529,0	1 595,1	754,4	774,6	783,7	811,4
Importe	1 299,9	1 365,0	1 433,7	664,6	700,4	696,2	737,6
Bruttoinlandsprodukt	2 974,2	3 002,6	3 057,8	1 489,1	1 513,5	1 515,2	1 542,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,0	1,6	1,8	1,1	2,1	2,0	1,7
Private Haushalte ²	1,0	1,5	1,8	0,8	2,2	2,0	1,5
Staat	1,0	1,9	2,0	2,0	1,9	2,0	2,1
Anlageinvestitionen	2,6	2,2	2,7	1,8	2,5	2,4	2,9
Ausrüstungen	4,2	1,7	2,8	0,9	2,4	2,4	3,1
Bauten	2,4	2,8	3,2	2,6	3,0	3,0	3,5
Sonstige Anlageinvestitionen	0,4	1,2	0,9	1,2	1,1	0,9	0,8
Inländische Verwendung	1,9	1,8	2,0	1,7	1,8	2,0	2,0
Exporte	2,0	2,8	4,3	1,3	4,3	3,9	4,8
Importe	3,3	5,0	5,0	4,6	5,4	4,7	5,3
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,0	1,8	0,4	1,5	1,7	1,9

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2020

	2018	2019	2020	2019		2020	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,6	1,3	1,5	1,3	1,3	1,6	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,6	2,5	2,4	2,4	2,5	2,7	2,2
Anlageinvestitionen	3,0	3,3	3,0	3,4	3,3	3,0	2,9
Ausrüstungen	0,6	1,3	0,6	1,4	1,2	0,7	0,5
Bauten	4,8	5,1	4,9	5,2	5,0	4,9	4,8
Exporte	1,1	0,5	0,7	1,0	0,1	0,5	0,8
Importe	1,8	- 0,5	0,3	0,2	- 1,2	0,2	0,4
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,3	2,1	2,3	2,3	2,2	2,1

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 356,6	2 435,2	2 516,1	1 202,2	1 233,0	1 241,7	1 274,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	313,5	328,0	339,5	158,5	169,5	164,2	175,3
Bruttolöhne und -gehälter	1 432,5	1 493,7	1 555,6	711,3	782,3	741,9	813,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	610,5	613,5	621,0	332,4	281,1	335,7	285,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	501,8	511,3	545,6	230,6	280,7	247,2	298,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 858,3	2 946,5	3 061,7	1 432,8	1 513,7	1 488,9	1 572,8
Abschreibungen	600,0	628,2	657,8	310,7	317,5	325,3	332,4
Bruttonationaleinkommen	3 458,4	3 574,7	3 719,5	1 743,6	1 831,1	1 814,3	1 905,2
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 531,3	2 610,3	2 716,3	1 265,0	1 345,3	1 316,6	1 399,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	785,3	788,6	821,1	395,2	393,4	410,6	410,6
Arbeitnehmerentgelt	1 746,0	1 821,7	1 895,1	869,8	951,9	906,0	989,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,8	3,3	3,3	3,1	3,6	3,3	3,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,8	4,6	3,5	4,5	4,7	3,6	3,4
Bruttolöhne und -gehälter	4,8	4,3	4,1	4,2	4,4	4,3	4,0
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,2	3,0	3,3	2,8	3,1	3,3	3,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	0,5	1,2	0,2	0,7	1,0	1,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	- 0,3	1,9	6,7	- 1,6	4,9	7,2	6,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,1	3,1	3,9	2,3	3,8	3,9	3,9
Abschreibungen	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7
Bruttonationaleinkommen	3,3	3,4	4,0	2,7	4,0	4,1	4,0
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,1	3,1	4,1	2,3	3,9	4,1	4,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	- 0,3	0,4	4,1	- 1,8	2,8	3,9	4,4
Arbeitnehmerentgelt	4,6	4,3	4,0	4,2	4,4	4,2	3,9

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 400,9	1 468,0	1 530,3	705,1	762,9	736,3	794,0
Nettolöhne und -gehälter	945,2	991,2	1 032,0	466,9	524,2	487,3	544,7
Monetäre Sozialleistungen	579,9	605,9	631,6	302,3	303,6	315,2	316,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	124,2	129,1	133,2	64,1	65,0	66,2	67,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	610,5	613,5	621,0	332,4	281,1	335,7	285,3
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 80,7	- 83,9	- 86,1	- 43,0	- 41,0	- 44,1	- 42,1
Verfügbares Einkommen	1 930,8	1 997,5	2 065,2	994,5	1 003,0	1 027,9	1 037,3
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	52,8	53,6	54,4	26,5	27,1	26,9	27,5
Konsumausgaben	1 776,7	1 826,7	1 887,9	891,4	935,4	924,4	963,5
Sparen	206,9	224,4	231,7	129,6	94,7	130,4	101,3
Sparquote (%) ⁶	10,4	10,9	10,9	12,7	9,2	12,4	9,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,9	4,8	4,2	4,7	4,9	4,4	4,1
Nettolöhne und -gehälter	4,7	4,9	4,1	4,7	5,0	4,4	3,9
Monetäre Sozialleistungen	2,6	4,5	4,2	4,4	4,5	4,3	4,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,1	4,0	3,2	3,9	4,0	3,2	3,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	0,5	1,2	0,2	0,7	1,0	1,5
Verfügbares Einkommen	3,3	3,5	3,4	3,3	3,6	3,4	3,4
Konsumausgaben	2,6	2,8	3,3	2,1	3,5	3,7	3,0
Sparen	9,0	8,4	3,3	11,9	4,0	0,6	6,9

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2020

	2018	2019	2020	2019		2020	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd.EUR

Einnahmen							
Steuern	801,0	825,3	851,7	414,7	410,6	427,5	424,2
Sozialbeiträge	571,7	595,2	619,2	288,0	307,2	299,9	319,3
Vermögenseinkommen	18,4	18,7	18,5	11,8	6,9	11,7	6,8
Sonstige Transfers	25,2	23,8	24,2	10,8	13,0	11,0	13,3
Vermögenstransfers	13,0	12,0	12,0	5,5	6,5	5,5	6,5
Verkäufe	114,0	117,6	120,6	55,9	61,7	57,4	63,3
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 543,6	1 592,9	1 646,4	786,8	806,1	813,0	833,4
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	448,1	467,3	488,0	225,0	242,2	235,3	252,8
Arbeitnehmerentgelt	256,3	265,8	275,4	127,6	138,2	132,3	143,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,0	29,7	29,0	15,1	14,5	14,7	14,3
Subventionen	28,9	29,9	31,0	14,2	15,7	14,8	16,2
Monetäre Sozialleistungen	520,3	545,8	571,0	272,4	273,5	285,1	286,0
Sonstige laufende Transfers	83,0	91,4	95,5	44,7	46,6	46,7	48,7
Vermögenstransfers	41,2	38,4	40,6	14,2	24,2	15,4	25,3
Bruttoinvestitionen	78,1	84,7	90,9	36,4	48,3	39,5	51,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,4	- 1,4	- 1,4	- 0,6	- 0,9	- 0,6	- 0,9
Insgesamt	1 485,5	1 551,5	1 620,0	749,1	802,4	783,2	836,8
Finanzierungssaldo	58,0	41,4	26,3	37,7	3,7	29,7	- 3,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	4,5	3,0	3,2	2,5	3,5	3,1	3,3
Sozialbeiträge	4,2	4,1	4,0	4,1	4,2	4,1	3,9
Vermögenseinkommen	16,1	1,4	- 1,2	3,3	- 1,6	- 1,0	- 1,6
Sonstige Transfers	15,7	- 5,5	1,7	- 6,9	- 4,2	1,7	1,7
Vermögenstransfers	27,6	- 7,7	0,0	0,0	- 13,4	0,0	0,0
Verkäufe	2,9	3,2	2,5	3,4	2,9	2,6	2,5
Sonstige Subventionen	- 9,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,7	3,2	3,4	3,0	3,4	3,3	3,4
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	3,1	4,3	4,4	4,2	4,3	4,5	4,4
Arbeitnehmerentgelt	3,9	3,7	3,6	3,6	3,8	3,7	3,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 8,5	- 4,2	- 2,2	- 4,4	- 4,0	- 2,6	- 1,7
Subventionen	1,9	3,5	3,8	3,0	4,0	4,5	3,1
Monetäre Sozialleistungen	2,8	4,9	4,6	4,9	4,9	4,7	4,6
Sonstige laufende Transfers	10,3	10,1	4,5	10,2	10,0	4,5	4,5
Vermögenstransfers	- 6,1	- 6,8	5,7	7,4	- 13,6	8,1	4,3
Bruttoinvestitionen	7,9	8,4	7,4	7,3	9,3	8,5	6,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 9,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,2	4,4	4,4	4,7	4,2	4,6	4,3

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18*; eigene Berechnungen; Prognose des IfW.

Hauptaggregate der Sektoren Mrd. EUR						
	Gegenstand der Nachweisung	2018				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 053,2	2 074,5	328,2	650,5	–
2 –	Abschreibungen	600,0	343,4	75,4	181,2	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 453,2	1 731,0	252,8	469,3	– 229,2
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 745,1	1 251,3	256,3	237,5	15,0
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,1	13,4	0,2	9,5	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	27,4	25,7	0,2	1,5	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	712,4	492,0	– 3,5	223,9	– 244,2
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 746,0	–	–	1 746,0	14,0
9 –	Geleistete Subventionen	28,9	–	28,9	–	5,5
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	355,9	–	355,9	–	7,1
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	704,0	650,7	31,0	22,4	180,4
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	776,9	349,4	18,4	409,1	107,5
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 858,3	190,7	311,0	2 356,6	– 301,6
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	435,1	96,3	–	338,8	10,5
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	445,1	–	445,1	–	0,5
16 –	Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	699,8	–	–	699,8	4,7
17 +	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	701,5	128,9	571,7	0,8	3,0
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	587,1	66,0	520,3	0,8	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	579,9	–	–	579,9	7,7
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	335,0	172,1	83,0	79,9	53,0
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	287,1	149,0	25,2	112,8	100,9
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 814,8	134,3	749,7	1 930,8	– 258,1
23 –	Konsumausgaben	2 438,9	–	662,2	1 776,7	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 52,8	–	52,8	–
25 =	Sparen	375,9	81,5	87,5	206,9	– 258,1
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	69,9	18,2	41,2	10,5	3,9
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	61,2	28,6	13,0	19,6	12,6
28 –	Bruttoinvestitionen	717,9	418,7	78,1	221,1	–
29 +	Abschreibungen	600,0	343,4	75,4	181,2	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,7	– 1,2	– 1,4	0,9	1,7
31 =	Finanzierungssaldo	251,1	17,8	58,0	175,2	– 251,1
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 814,8	134,3	749,7	1 930,8	– 258,1
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	430,0	–	430,0	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	430,0	–	–	430,0	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 814,8	134,3	319,7	2 360,8	– 258,1
38 –	Konsum 2)	2 438,9	–	232,2	2 206,7	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 52,8	–	52,8	–
40 =	Sparen	375,9	81,5	87,5	206,9	– 258,1
1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).						
Quelle: Statistisches Bundesamt, <i>Hauptaggregate der Sektoren</i> ; Prognose des IfW.						

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
	Gegenstand der Nachweisung	2019				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 155,0	2 141,2	342,4	671,4	–
2 –	Abschreibungen	628,2	358,3	79,5	190,4	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 526,7	1 782,9	262,9	480,9	– 221,8
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 820,7	1 306,1	265,8	248,9	15,6
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,4	13,3	0,2	9,9	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	28,4	26,6	0,2	1,6	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen ...	711,0	490,1	– 2,9	223,8	– 237,3
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 821,7	–	–	1 821,7	14,6
9 –	Geleistete Subventionen	29,9	–	29,9	–	5,5
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	366,1	–	366,1	–	7,2
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	705,3	655,4	29,7	20,2	190,0
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	782,9	354,3	18,7	409,9	112,4
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 946,5	189,0	322,3	2 435,2	– 298,7
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	450,0	97,3	–	352,6	9,7
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	459,2	–	459,2	–	0,5
16 –	Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	725,3	–	–	725,3	4,9
17 +	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	726,9	130,8	595,2	0,8	3,2
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	613,6	66,9	545,8	0,8	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	605,9	–	–	605,9	8,2
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	347,5	174,9	91,4	81,3	53,5
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	297,6	158,1	23,8	115,7	103,4
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 899,7	138,8	763,4	1 997,5	– 252,0
23 –	Konsumausgaben	2 518,6	–	691,8	1 826,7	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 53,6	–	53,6	–
25 =	Sparen	381,1	85,2	71,6	224,4	– 252,0
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	68,8	19,3	38,4	11,1	4,1
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	59,7	27,8	12,0	20,0	13,1
28 –	Bruttoinvestitionen	757,4	432,2	84,7	240,5	–
29 +	Abschreibungen	628,2	358,3	79,5	190,4	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,6	– 1,1	– 1,4	0,9	1,6
31 =	Finanzierungssaldo	244,5	20,8	41,4	182,3	– 244,5
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 899,7	138,8	763,4	1 997,5	– 252,0
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	449,9	–	449,9	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	449,9	–	–	449,9	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 899,7	138,8	313,5	2 447,4	– 252,0
38 –	Konsum 3)	2 518,6	–	242,0	2 276,6	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 53,6	–	53,6	–
40 =	Sparen	381,1	85,2	71,6	224,4	– 252,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
	Gegenstand der Nachweisung	2020				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 285,1	2 235,3	356,0	693,9	–
2 –	Abschreibungen	657,8	373,7	83,7	200,3	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 627,4	1 861,6	272,2	493,5	– 228,3
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 894,1	1 358,5	275,4	260,3	16,2
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,7	13,2	0,2	10,3	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	29,4	27,6	0,2	1,7	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen ...	739,0	517,5	– 3,1	224,6	– 244,5
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 895,1	–	–	1 895,1	15,2
9 –	Geleistete Subventionen	31,0	–	31,0	–	5,5
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	376,5	–	376,5	–	7,4
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	714,2	666,6	29,0	18,6	199,3
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	796,4	362,9	18,5	414,9	117,2
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 061,7	213,8	331,8	2 516,1	– 309,5
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	465,5	98,6	–	366,9	10,1
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	475,2	–	475,2	–	0,5
16 –	Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	751,5	–	–	751,5	5,1
17 +	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	752,9	132,9	619,2	0,8	3,6
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	639,9	68,0	571,0	0,8	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	631,6	–	–	631,6	8,8
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	361,8	183,6	95,5	82,7	54,1
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	309,8	167,0	24,2	118,6	106,0
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 012,5	163,4	783,9	2 065,2	– 260,4
23 –	Konsumausgaben	2 611,1	–	723,2	1 887,9	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 54,4	–	54,4	–
25 =	Sparen	401,5	109,0	60,7	231,7	– 260,4
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	72,8	20,5	40,6	11,7	4,2
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	63,4	30,6	12,0	20,8	13,7
28 –	Bruttoinvestitionen	798,9	445,4	90,9	262,5	–
29 +	Abschreibungen	657,8	373,7	83,7	200,3	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,6	– 1,1	– 1,4	0,9	1,6
31 =	Finanzierungssaldo	252,5	48,6	26,3	177,6	– 252,5
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 012,5	163,4	783,9	2 065,2	– 260,4
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	471,3	–	471,3	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	471,3	–	–	471,3	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 012,5	163,4	312,6	2 536,5	– 260,4
38 –	Konsum 2)	2 611,1	–	251,9	2 359,2	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 54,4	–	54,4	–
40 =	Sparen	401,5	109,0	60,7	231,7	– 260,4

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW.